

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Multiplizierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 31. Dezember 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Inflations-Gebühr

Beträgt für die sechsheftige Anzeigenzeit oder deren Äquivalent 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 16 Buchstaben zählen für zwei Worte. Quoten für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zehnstundentag für Arbeiterinnen.

Die am 22. d. M. von uns veröffentlichte und kurz besprochene Gewerbeordnungs-Novelle bleibt hinter den bescheidensten Wünschen nach Sozialreform weit zurück. Statt eines großzügigen, von der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten geforderten zureichenden Arbeiterschutzes für alle Kategorien für Arbeiter bietet die unter einseitiger Berücksichtigung der Wünsche des Scharfmacherverbandes zustande gekommene Novelle kaum ein armseliges Flickwerk für einen Teil gewerblicher Arbeiter. Der Gesetzestext ist wenig übersichtlich, die Begründung zeichnet sich keineswegs durch leichte Verständlichkeit oder Eingehen auf die zu regelnde Materie aus. Es erscheint angebracht, die einzelnen Teile der Novelle des Näheren zu beleuchten.

Wir beginnen mit dem Bruchstück des Gesetzentwurfs: der Einführung einer zehnstündigen Höchst-Arbeitszeit für Arbeiterinnen in Betrieben, in denen mindestens 10 Arbeiterinnen beschäftigt werden. Das bisherige, was hier zugunsten der Arbeiterinnen vorgeschlagen wird, ist durch jahrzehntelange politische Aufklärungsarbeit und durch eine Reihe schwerer gewerkschaftlicher Kämpfe durch die Arbeiter mühsam errungen. Wir fürchten schon zu weit zu gehen, wenn wir überhaupt von einer über die theoretische Anerkennung der gebieterischen Notwendigkeit der gesetzlichen Festlegung einer kürzeren Maximalarbeitszeit als der zurzeit bestehenden hinausgehenden Errungenschaft sprechen. Denn der Zehnstundentag der Novelle läßt eine außerordentlich große Reihe von Ausnahmestufen zu, die das kaum Zugestandene durch eine Hintertür wieder beseitigen. Wie steht es mit diesen Ausnahmen? Sie übertreffen die heute zulässigen Ausnahmen vom Elftundentag der Fabrik-Arbeiterinnen noch bedeutend. Die Gewerbeordnung kennt schon heute 4 große Kategorien von Ausnahmen des zurzeit bestehenden elfstündigen Maximalarbeitszeitgesetze für Fabrik-Arbeiterinnen. Nach der Gewerbeordnung können schon jetzt in folgenden Fällen Ausnahmen zugelassen werden:

1. Wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit kann die untere Verwaltungsbehörde auf die Dauer von 2 Wochen mit Ausnahme des Sonnabends und für höchstens 40 Tage Ausnahmen bewilligen. Diefelbe Befugnis steht der höheren Verwaltungsbehörde zu. Diefelbe kann auch für mehr als 40 Tage Ueberarbeit zulassen jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die Arbeitszeit so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet. Für Werkstätten mit Motorenbetrieb, die nicht als Fabriken zu betrachten sind, durch Verordnung vom 9. Juli 1900 den Fabriken gleichgestellt sind, ist nach der Bundesratsverordnung vom 13. Juli 1900 eine Ueberarbeit an 40 Tagen ohne Bewilligung einer Behörde zulässig, nur bei Bewilligung von mehr als 40 Tagen ist Erlaubnis der unteren Verwaltungsbehörde notwendig. Für Konfektionsbetriebe (Bundesratsverordnung vom 17. Februar 1904) endlich stehen den Unternehmern 60 Ueberarbeitstage frei.

2. Wenn Naturereignisse oder Unglücksfälle den regelmäßigen Betrieb einer Fabrik unterbrochen haben, so kann Ueberarbeitszeit bis auf die Dauer von vier Wochen durch die höhere Verwaltungsbehörde auf längere Zeit durch den Reichskanzler zugelassen werden. In dringenden Fällen solcher Art sowie zur Verhütung von Unglücksfällen kann auch die untere Verwaltungsbehörde Ueberarbeit bis auf die Dauer von 14 Tagen gestatten. Ähnliche Bestimmungen gelten für die Motor- und für die Konfektionswerkstätten.

3. Wenn die Natur des Betriebes oder Rücksichten auf die Arbeiter in einzelnen Fabriken es erwünscht erscheinen lassen, kann eine andere Regelung der Arbeitszeit durch den Reichskanzler (für Motor- und Konfektionswerkstätten durch die höheren Verwaltungsbehörden) zugelassen werden.

4. Für Fabriken, welche mit ununterbrochenem Feuer betrieben werden, oder welche sonst durch die Art des Betriebes auf eine regelmäßige tägliche und Nacharbeit angewiesen sind oder deren Betrieb eine Einteilung in regelmäßige Arbeitsschichten von gleicher Zeitdauer nicht gestattet oder seiner Natur nach auf bestimmte Jahreszeiten beschränkt ist, kann der Bundesrat Ausnahmen gestatten. Solche Ausnahmen sind für die Steinkohlen-, Zink- und Bleierzbergwerke und Kokerien des Regierungsbezirks Oppeln und für Konservenfabriken zugelassen.

5. Für Fabrikationszweige, in denen regelmäßig zu gewissen Zeiten ein vermehrtes Arbeitsbedürfnis eintritt, kann ebenfalls der Bundesrat Ueberarbeit zulassen, jedoch für höchstens 40 Tage im Jahre, falls nicht die Arbeitszeit so geregelt wird, daß ihre tägliche Dauer im Durchschnitt der Betriebstage des Jahres die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit nicht überschreitet.

Alle diese Ausnahmen sind ohne irgend einen Schutz gegen Mißbrauch durch die Novelle aufrechterhalten und noch vermehrt worden. Daß die Ausnahmen durchaus nicht nur auf dem Papier stehen, zeigt ein Blick in die Gewerbeinspektionsberichte. Die Berichte für 1906 erweisen, daß Ueberarbeit in 2610 Be-

trieben, und zwar in 2431 Fällen durch die höheren Verwaltungsbehörden, in 5477 Fällen durch die unteren Verwaltungsbehörden, gestattet war. Diese Ueberarbeit betraf 197938 Arbeiterinnen; die Zahl der bewilligten Ueberstunden betrug 2464879.

Die Vermehrung der Ausnahmegestimmungen der Novelle besteht zunächst darin, daß wegen außergewöhnlicher Häufung der Arbeit sowohl die untere wie die höhere Verwaltungsbehörde 60 (statt 40) Ueberarbeitstage zulassen darf. Ferner soll der Reichskanzler „wenn besondere Verhältnisse es erwünscht erscheinen lassen“, — was läßt sich in den schwammigen Begriff alles hineinlegen! — eine anderweitige Regelung der Arbeitszeit gestatten können, falls die Dauer der Beschäftigung elf Stunden täglich und 60 Stunden in der Woche nicht überschreitet. Eine Begründung dieses abnormen Vorschlages fehlt. Statt die bestehenden Ausnahmen zu beseitigen oder zum mindesten mit einem Schutz zugunsten der Arbeiter zu umgeben, sind also die Ausnahmen noch so erheblich vermehrt, daß man im Zweifel sein kann, ob eine so normierte Höchst-Arbeitszeit von 10 Stunden nicht für eine Reihe von Arbeiterinnen Verschlechterungen des zur Zeit bestehenden tatsächlichen Zustandes herbeiführt.

Die Novelle enthält zum Schutz gegen Umgehung der Maximalarbeitszeit weder ein Verbot der Weggabe von Arbeiten an Dritte, wie es beispielsweise mit Erfolg Bestaustralien vorgeschrieben hat, noch die Schutzvorschrift dahin, daß Ueberarbeit höher entschädigt werden muß. Solche Schutzvorschriften enthält zum Beispiel die Seemannsordnung, die Werkstätten- und Fabrikgesetze von Bestaustralien und Basel.

Der Zehnstundentag der Novelle kann endlich nicht unerheblich dadurch noch beeinträchtigt werden, daß der Begriff Fabrik fortan ausfallen soll. Es sollen statt dessen die Vorschriften über Kinderarbeit und Frauenarbeit auf alle Betriebe Anwendung finden, in denen in der Regel mindestens zehn Arbeiter beschäftigt werden. Daß der Begriff Fabrik ein schwankender ist und daß in den letzten Jahren von Gerichten selbst Fabriken mit 90 und mehr Arbeitern nicht als Fabriken angesehen worden sind, ist in den Gewerbeinspektoren-Berichten und von uns häufig getadelt. Dagegen, daß dieser Art der Beseitigung der Arbeiterschutzesvorschriften ein Ende bereitet werde, ist nichts einzuwenden. Aber der neue Vorschlag ist völlig unzulänglich und keineswegs durch Rücksichten auf Arbeiterinteressen bestimmt worden. Welcher verständige Grund spricht denn dagegen, daß die Schutzvorschriften auf alle, und nicht nur auf größere Betriebe Anwendung finden? Weshalb sollen die Rücksichten auf das geistige, körperliche und sittliche Wohl der Arbeiterinnen und auf das Gemeinwohl, die für eine Höchst-Arbeitszeit gebieterisch sprechen, schweigen, wenn nicht 10, sondern 9 Arbeiterinnen zusammen oder auch nur eine Arbeiterin in einem Betriebe beschäftigt werden? Die Novelle gibt keinen Grund hierfür an und kann keinen angeben, weil es keinen gibt. Ihr Vorschlag bedeutet insofern sogar eine Verschlechterung gegenüber dem heutigen Zustand, als heute eine Reihe von Betrieben weit weniger als 10 Personen als Fabriken anerkannt werden. Die Frage, ob der Erfas des Begriffs Fabrik durch „Betrieb mit wenigstens 10 Personen“ ein hinreichender ist, ist entschieden zu verneinen. Durch die neue Begriffsbestimmung dürfte eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeiterinnen und Kindern den Schutzvorschriften entzogen sein, denen sie bisher unterlagen. Wie ist denn die Regierung zu ihrem Vorschlage gekommen? Die Vorlage will durch die neue Begriffsbestimmung keineswegs den Arbeitern entgegenkommen, sondern nur das erfüllen, wozu das internationale Berner Uebereinkommen von 1905 die rückständigsten Staaten verpflichtet hatte. Bei der Berner Uebereinkunft stellte es sich heraus, daß die Art und Weise des Verbots der Nachtarbeit von Frauen und Kindern hinsichtlich des Geltungsbereichs der Schutzvorschriften in den verschiedenen Ländern sehr verschiedenartig geregelt ist. Die Schutzbestimmungen finden Anwendung auf alle Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern und auf alle Motorbetriebe in Dänemark, Italien und Portugal, auf alle Betriebe mit mehr als fünf Arbeitern oder mit Personen unter 18 Jahren oder mit mehr als zehn Arbeitern in Teilen der Schweiz, auf Betriebe mit mehr als 20 Arbeitern, auf Motorbetriebe, Betriebe mit Arbeitsteilung usw. in Desterreich-Ungarn, auf eine ziffernmäßig unbestimmte Anzahl von Arbeitern bei gewissen Merkmalen des Großbetriebes: in Deutschland, Norwegen, Schweden und Teilen der Schweiz. Bei der Beratung des Berner Uebereinkommens war man sich darüber klar, daß keineswegs die Arbeiterschutzesvorschriften für Betriebe mit weniger als zehn Personen nicht notwendig seien. Man einigte sich dahin, eine internationale Verpflichtung zur Regelung für alle Betriebe mit mehr als zehn Personen zu übernehmen, weil Betriebe, die mit weniger als zehn Personen arbeiten, wenn sie dezentralisierte Arbeiterbetriebe sind, überwiegend für die Deckung des lokalen oder nationalen Bedarfs, nicht aber für den Weltmarkt arbeiten, es also Sache jeder Nation sei, die verhältnismäßig wenigen Frauen in diesen Betrieben zu schützen, da drei Fünftel bis drei Viertel der

Frauen sich in Betrieben befinden, die regelmäßig mit mehr als zehn Arbeitern arbeiten.

Statt die Arbeiterschutzesvorschriften auf alle Betriebe auszudehnen oder mindestens den vorgeschrittenen Ländern entsprechend, den Begriff der Fabrik auszudehnen, hat die Novelle sich damit begnügt, fast das Mindestmaß dessen, was die internationale Uebereinkunft für den Umkreis des Verbotes der Frauennachtarbeit verlangte, bei der Ausschaltung des Begriffes Fabrik anzuwenden. Nur um eine Ziffer geht die Novelle unter das Berner Mindestmaß herab. Die Berner Konvention verlangt als Minimum eine elfstündige Nachtruhezeit für Betriebe mit mehr als zehn Arbeiterinnen, die Novelle für Betriebe mit mindestens zehn Arbeiterinnen.

Das ist alles, was die Novelle an Schutz für Arbeiterinnen bietet. Von der Freigabe des Sonnabendnachmittags, von einer Ausdehnung des Schutzes auf Schwangere, Vermehrung des Schutzes für die Arbeiterinnen bis achtzehn Jahren usw. kein Wort!

Der durchlöcherter Zehnstundentag, wie ihn die Novelle vorschlägt, ist beschämend kleinlich und rückständig gegenüber ausländischen Staaten. Seit 65 Jahren kennt England einen gesetzlichen Zehnstundentag für Frauen und in den Textilfabriken eine 56 1/2 stündige Wochentagsarbeitszeit, Frankreich hat seit 1904 den Zehnstundentag und eine Reihe kantonalen Bestimmungen der Schweiz und Gesetze Australiens gehen weiter bis zum Achtstundentag.

Dierzu tritt das absolute Fehlen einer gesetzlichen Begrenzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter. Wir erinnern daran: Desterreich hat seit 1885, die Schweiz seit 1877 für alle erwachsenen Fabrikarbeiter den Elftundentag, Nordamerika den Neun- und Achtstundentag, Frankreich für alle erwachsenen Arbeiter in Motorenbetrieben den Zwölfstundentag, für gemischte Betriebe den Zehnstundentag, selbst Rußland hat seit 1897 für Fabriken mit Motorenbetrieb, Bergwerke, Eisenbahnwerkstätten und Staatsbetriebe den 11 1/2 Stunden- und am Sonnabend den Zehnstundentag, Kalifornien und Delaware für öffentliche Arbeiten den Achtstundentag, Bestaustralien (einschließlich Neu-Seeland) eine Wochentagsarbeitszeit von 48 Stunden oder 8 1/2 Stunden täglich, ähnlich Neu-Seeland. Basel kennt für alle Betriebe den gesetzlichen Neun- und Zehnstundentag. Deutschland liegt an der Spitze der Scharfmacher. Die notwendige Schutzbestimmung für männliche Arbeiter fehlt der Novelle. Die erwachsene weibliche Arbeiterinnen schlägt sie einen so durchlöcherter Zehnstundentag vor, daß die Ausnahmen fast die Regel überwiegen. Weit, weit ab von den so berechtigten Forderungen der Arbeiterklasse auf den Zehnstundentag für alle Arbeiter gibt die Novelle selbst in dem Teil, der noch als ihr bester anzuspriechen ist, fast nichts. Die weiteren Vorschriften der Novelle sollen in einem ferneren Artikel besprochen werden und eine Zusammenfassung der Forderungen folgen, die in einer wirklich sozialpolitischen Novelle zur Gewerbeordnung für die Arbeiterklasse notwendig und erreichbar sind, um dem Arbeiter die Möglichkeit zu geben, an den Errungenschaften der Kultur, die auf seiner geistigen und körperlichen Arbeit beruht, auch teilzunehmen.

Die bayerischen Skalpjäger.

Da der bayerische Landesverband des Flottenvereins offenbar befürchtete, daß es ihm bei der Hauptversammlung in Kassel ebenso ergehen könnte, wie bei der im Rat dieses Jahres stattgefundenen Hauptversammlung in Köln, hatte er am 29. Dezember eine besondere Delegiertenversammlung nach München einberufen. Die Landesdelegierten für Kassel sind durch diese Versammlung auf ein ganz bestimmtes Programm festgelegt worden. Zwar gab man sich den Anschein, als ob man den Delegierten „keine bestimmte Marschroute“ nach Kassel mitgeben wollte, allein diese Veteuerungen wurden lägen gestiftet durch den einstimmigen Beschluß, daß die nach Kassel zu entsendenden Delegierten den Aktivist Keim von der Stelle des geschäftsführenden Vorsitzenden zu verlangen hätten! Zu Delegierten wurden gewählt: Reichsrat Hr. v. Würzburg, Graf du Roulin und Regierungsrat v. Braun, also dieselben Personen, die auch in Köln die bayerische Opposition vertreten hatten.

Der erste Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes, Oberst v. Spieß, gab eine Schilderung des dreijährigen Kampfes des bayerischen Landesverbandes gegen das „System Keim“. Die Belehrung des Volkes über die Notwendigkeit einer starken Flotte sei in Bayern nur möglich, wenn jede verlegende Form der Agitation vermieden, wenn alle Angriffe gegen politische Parteien unterlassen würden. Es müsse auch entschiedene Front gemacht werden gegen jeden Versuch, die Autorität der Reichsregierung und des Marineamtes zu untergraben. An der früheren Versammlung zwischen Deutschland und England sei die allzu lärmende, gewalttätige Agitationsart des Flottenvereins mit schuld. — Man sieht, der bayerische Landesverband nimmt sich der vom Flottenverein angegriffenen Regierung und Marineverwaltung viel energischer an, als die angegriffenen Stellen selbst. Freiherr von Tirpitz hatte ja bekanntlich den Herren Stresemann und Konforten gegenüber in der Budgetkommission nichts anderes zu erwidern, als daß diese Herren dafür sorgen möchten, daß ihre weitergehenden Schiffsbauprojekte

eine Majorität im Reichstage fänden! Und so richtig es auch ist, daß der Arm des Flottenvereins in England große Mißstimmung erregt hat, so sicher ist es andererseits, daß die Tatsache des forcierten Flottenrüstens durch die Gesetze von 1900, 1906 und die von allen bürgerlichen Parteien unterstützte neueste Marinevorlage noch viel schlimmere Bedenken in England auszulösen geeignet sind! Der Salbungsvorwurf des Obersten v. Spieß ist also ziemlich mißglückt!

Der Freiherr v. Würzburg behauptete, es sei „Widerfium und Unwahrheit“, auch nur entfernteste Beziehungen des Landesvorstandes zur Zentrumspartei zu behaupten. Daraus ist nur soviel richtig, daß dem Vorstand des bayerischen Flottenvereins keine Zentrumsanhänger angehören. Daß aber die Rücksichtnahme auf das Zentrum die Triebfeder der ganzen bayerischen Opposition darstellt, beweist gerade das Protokoll über die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgehabte Sitzung des Gesamtvorstandes des Flottenvereins vom 11. Mai dieses Jahres. Keim hatte in der Tat ganz recht, wenn er erklärte, daß sein Stuhl in erster Linie den Herren Erzberger und Schädlcr zum Opfer gebracht werden sollte!

Der Kampf, der in Kassel entbrennen wird, wird nach dem Verlauf der diesmaligen Krise ohne Pardon geführt werden. Keim wird aller Wahrscheinlichkeit nach auf der Strecke bleiben. Aber wenn der Flottenverein den Versuch machen sollte, aus der Opferung Keims die Harmlosigkeit des Flottenvereins herzuleiten, so ist es gerade unsere Aufgabe, den Nachweis zu führen, daß durch den Flottenverein und durch das forcierte Flottenrüsten auch ohne die Flottenvereine Keim ein unerträgliches Zustand geschaffen wird, der nur in einer weltpolitischen Katastrophe sein Ende zu finden vermag!

Der ungefüllte Prozeß.

Der Gardcn-Prozeß vor der Strafkammer wird immer mehr zur Umfützung des Gardcn-Prozesses vor dem Schöffengericht. Eine Feststellung in diesem Prozeß nach der anderen wird umgestoßen und ins Gegenteil verkehrt. Graf Nolcke wird weißgewaschen und seine einstige Gattin, die verfolgte Unschuld des ersten Prozesses, schwarz angestrichen bis zur völligen Verteufelung. Der Montag war ein schwarzer Tag für Gardcn. Alle Sachverständigen zeugten für die normale Gefährlichkeit Nolckes — auch Dr. Max Hirschfeld ließ ihn im Stich und schloß sich seinen geehrten Herren Vorrednern an. Er suchte seinen Mißzug mit einer eleganten Annonade zu decken, aber mußte trotz alledem ein Stück seines wissenschaftlichen Rufes auf der Wahlstatt lassen. Zugabe, daß dem Herrn Sachverständigen im Schöffengerichtsprozeß vom Vorjahren aufgegeben wurde, die Aussage der Frau v. Elbe zur Grundlage seines Gutachtens zu nehmen, zugegeben, daß diese Aussage den Eindruck der Glaubwürdigkeit machte — der wissenschaftliche Sachverständige hätte dem doch wohl einige Bedenken vorbringen dürfen, ob auf so schmaler Grundlage ein so einschneidendes Gutachten aufzubauen sei. Einer der anderen Sachverständigen hat mit Zug bemerkt, daß er sich selbst wenn er die Aussage der Zeugin v. Elbe im Schöffengerichtsprozeß für wahr gehalten hätte, gefütet haben würde, aus solch spärlichem Material schon weitgehende Schlüsse auf homosexuelle Veranlagung des Grafen Nolcke zu ziehen.

Nach den Sachverständigenutachten ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß Graf Nuno v. Nolcke seinen Prozeß gewonnen hat. Für die Deffenlichkeit ist das aber an diesem Prozeß das minder Wichtige. Ob Graf Nuno v. Nolcke die Weiber haßt oder gern hat und ob seine ehemalige Frau ein Drache oder ein Engel ist, das kann ernsthaften Leuten sehr egal sein. Für sie haben nur die politischen Enthüllungen des Prozesses Bedeutung und die sind durch die Umfützung des Schöffengerichts-Prozesses in keiner Weise erschüttert. Im Gegenteil, noch schärfer als im ersten Prozeß ist das Bild der Kamarilla aus dem Rahmen getreten. Hände über die politische Verfassung Deutschlands spricht der eidlisch erhärtete Satz Bismarcks, ein kaiserlicher Adjutant könne wegen seiner ständigen Anwesenheit um die Person des Kaisers die deutsche Politik mehr beeinflussen als ein Reichstagsmitglied! Möglich ist das natürlich nur, wo der Wille eines einzigen, des Monarchen, allein entscheidet. Möglich nur in einem Staate, dessen Konstitution ein wesentliches Schemen ist, dessen wahre Verfassung der Absolutismus ist.

Ebenso wenig wie die politischen Enthüllungen werden natürlich jene über die gesellschaftlichen Zustände in den Kreisen unserer Herrschenden durch die Umfützung des Prozesses umgestoßen. Das Bild der Nolckeschen Ehe wird nicht besser, wenn die Rolle des Schuldigen wechselt. Die Verfeinerung gewisser Armeeteile durch die hochgestellten Pädagogen nicht weniger schlimm, weil sie in dieser Prozeßverhandlung nicht mehr erwähnt wurde, der intellektuelle Verfall in den Kreisen der Edelsten und Besten, der sich in Spiritismus, Gesundbaten usw. bemerkbar macht, nicht kleiner, wenn den Liebenbergern nicht Homosexualität nachgesagt werden kann. Natürlich wird das die Junkerpresse nicht abhalten, die Reinwaschung Nolckes für eine Reinwaschung seiner Klasse anzugeben.

Erst im neuen Jahre wird der Prozeß beendet werden. Am Donnerstag soll Gardcn sein Schlusswort sprechen.

Der Kampf ums Knappschäftsstatut.

Bodum, 28. Dezember.

Die Generalversammlung des Allgemeinen Knappschäftsvereins, die über das Wohl und Wehe von über 300 000 Menschen zu entscheiden hatte und der von allen Seiten der Bevölkerung die größte Bedeutung zugesprochen wurde, wäre beinahe der Auflösung verfallen. Welche Ironie: am Vorstandssitz der Vertreter des Ministers, Geheimrat Ober-Bergrat Dr. Steinbrink, ein Wachtmeister erscheint, um die Versammlung zu überwachen, der Vorsitzende, Bergrat Weidmann, fordert den Beamten auf, das Lokal zu verlassen, der Polizeimeister weigert sich, der Aufforderung zu folgen. Wiederholte Hinweise darauf, daß er das Hausrecht verletze, sich des Hausfriedensbruchs schuldig mache, lassen ihn kalt, er droht sogar, die Versammlung aufzulösen. Endlich reichte der Vorsitzende telegraphisch Bescheid beim Regierungspräsidenten ein und kurz darauf verstand — wohl auf höhere Anweisung — der Diener der heiligen Germania! Der Vertreter der Regierung spielte den summen Fischhauer!

Der preussische Staat war also wieder mal durch die löbliche Bodumer Polizei, die mehr zu sagen hat als ein preussischer Regierungsvertreter, gerettet. Nach der von den Scharfmachern verlangten Sprachprognostik ist es übrigens erklärlich, wenn die Polizei glaubt, überall die Nase dabei haben zu müssen.

Aus der Versammlung selbst ist hervorzuheben, daß die Unternehmer es offensichtlich darauf angelegt hatten, die Arbeiterkassen durch Rücksichtslosigkeit zu reizen. Schon vorher hatten die Werks-

vertreter beschlossen, die Anträge der Arbeitervertreter abzulehnen. Sie wollten keine friedliche Einigung. Die Kellerten beantragten namentliche Abstimmung bei den Beschlußfassungen. Das lehnten die Werksvertreter ab, und Bergasseffor Kleine hielt eine profanatorische Rede, in der er erklärte, es liege keine Veranlassung vor, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen!! Und gemäß des vorher gefassten Beschlusses lehnten denn auch die Werksvertreter den Entwurf der Arbeiter einfach ab. Die Arbeitervertreter konnten natürlich nicht für die von den Werksbesitzern verlangten Verschlechterungen stimmen. So fiel dem auch der Entwurf der Werksvertreter und zwar mit 235 gegen 88 Stimmen.

Um aber auf jeden Fall eine Einigung herbeizuführen, machte der Kellerte Schulte, unterstützt von Robis, Ehardt und Genossen, zugunsten der jüngeren Invaliden, einen weiteren Vorschlag und zwar, den Beitrag von 98 Pf. auf 1 Kr. zu erhöhen. Nach einer Beratung von 5 Minuten wurde auch dieser Antrag seitens der Werksbesitzer abgelehnt (mit 1910 gegen 300 Stimmen) und das Schicksal des Statuts war somit besiegelt. So ist also nach heiligem Kampf und Ringen das Los der Vergarbeiter vielleicht auf Jahre hinaus verschlechtert worden, denn das neue Zwangsstatut bedeutet eine Verelendung des Vergarbeiterstandes. Wen trifft die Schuld an dem Mißlingen des Vergleichs? Dem Sturmen der Unternehmer! Die Kellerten haben ihre Schuldigkeit getan und immer und immer wieder versucht, zu einer friedlichen Abklärung zu gelangen.

Vergessen werden darf nicht, daß indirekt das Zentrum für die Mißhandlung der Vergarbeiter verantwortlich ist. Ohne die ultramontanen Verräterei, speziell bei Beratung der Vergarbeiter im Jahre 1906, hätten die Scharfmacher das „Steine statt Brotgesetz“, wie es das Organ des christlichen Gewerksvereins bezeichnete, nicht erhalten. Den Dank für die Verschlechterungen mögen die Arbeiter beim Zentrum anbringen.

Essen, 29. Dezember.

Eine öffentliche, zahlreich besuchte Vergarbeiterversammlung fand heute hier unter dem Vorsitz des Genossen Piskart im van der Loosischen Saale statt, um den Bericht über die Bochumer Generalversammlung von gestern entgegenzunehmen. Der Referent Walbeder gab einen interessanten Ueberblick über die gestrige Versammlung, stellte das neue von der preussischen Regierung oktroyierte Statut dem alten gegenüber und bewies an Hand von Tabellen, daß letzteres bedeutendere Verschlechterungen gegen bisher mit sich bringe. Redner gedachte der Stellung der Vergarbeiter im Mittelalter, wo dank ihrer Macht durch Organisationen selbst fürsten und sonstige hohe Herren um ihre Gunst bühnten, während jetzt der Vergarbeiterstand ein mißachteter sei, denn die geringe Pension zwinge den alten Vergarbeiter resp. seine Familie, die Armenpflege oder öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. Zum Schlusse wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Vergarbeiterversammlung erklärt sich mit dem Verhalten derjenigen Kellerten, die in der Generalversammlung vom 28. Dezember 1907 den Statutentwurf der Werksbesitzer abgelehnt haben, einverstanden, und spricht ihnen für ihre mannhafteste Haltung ihre Anerkennung aus.

Die Versammlung betont ausdrücklich, daß nach ihrer Ueberzeugung die Schuld an dem Scheitern ihres Einigungswerkes diejenigen Werksbesitzer treffen, die den Vermittelungsorschlag Schulte-Robis ablehnten.

In dem nunmehr in Kraft tretenden Zwangsstatut erklärt die Versammlung lediglich ein Produkt der bergarbeiterfeindlichen Gesetzgebung des preussischen Landtages. Die Vorgänge im Bochumer Knappschäftsverein haben so deutlich wie nur möglich gezeigt, daß die Vergarbeiter nicht eher zu einem geländlichen Lebensdinggesetz gelangen und ihre alten knappschäftlichen Rechte wieder erhalten, als bis die ganze, die Vergarbeiter betreffende Gesetzgebung einem Parlamente überantwortet ist, das aus allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangen ist.

Die Kadetten in der dritten Duma.

Trotz aller Eintönigkeit und Jochlosigkeit der dritten Duma hat sich in den anderthalb Monaten ihrer Tätigkeit dennoch Material genug gesammelt, um einige Schlüsse über die Rolle und die tatsächliche Richtung der einzelnen Parteien zu ermöglichen. Neben den Oktobristen (von denen wir ein andermal sprechen wollen), sind es besonders die Kadetten, deren Auftreten Aufmerksamkeit verdient. Während sie in der ersten und auch wohl in der zweiten Duma noch die führende Rolle innehatten, sind sie diesmal durch das Gesetz vom 3. (16.) Juni in die Reihen der parlamentarischen Opposition zurückgeworfen worden. Wir haben bereits früher („Vorwärts“ Nr. 248 „Die Kadetten auf dem Marsch nach rechts“) unsern Zweifel darüber Ausdruck gegeben, ob sich die Kadetten der Bedeutung dieser Stellung bewußt sind und ob sie aus ihr die einzig mögliche Konsequenz ziehen, d. h. eine wahrhaft oppositionelle, auf Kritik der Regierung und der sie unterstützenden Parteien gerichtete Taktik befolgen werden. Unsere Zweifel haben sich als vollauf berechtigt erwiesen; denn die Kadetten zögerten nicht, alle Verpflichtungen, die aus ihrer nunmehrigen Stellung resultieren, mit Füßen zu treten.

Was die Kadetten in der dritten Duma ganz besonders charakterisiert, ist der Umstand, daß sich von ihnen so gut wie gar nichts sagen läßt: vom ersten Tage an waren sie ängstlich bemüht, sich so wenig wie möglich bemerkbar zu machen, und sie haben sorgfältig alles vermieden, was bei ihren rechtsstehenden Nachbarn, den Oktobristen, Anstoß erregen könnte. Spult doch der Traum eines kadettisch-oktobristischen Blocks noch immer in den Köpfen der Kadettenführer, die sich wenig darum kümmern, wenn auf der Jagd nach diesem Geblide ihrer Phantasie der letzte lässliche Rest ihrer demokratischen Prinzipien flöten geht. Freilich liegt es ja in der Kompromißfähigkeit, zu Halbheiten geneigten Natur der Kadetten, dem Beispiel jenes von der Feder des großen Satirikers Schredin gezeichneten russischen „Liberalen“ zu folgen, der seine Reformbestrebungen zuerst „nach Maßgabe der Rücksicht“ zu verwickeln suchte, dann sich mit „wenigstens etwa 3“ zufrieden gab und schließlich seine Tätigkeit „der Wiedererkauf ent-sprechend“ einrichtete. — Die beiden Fälle, in denen die Kadetten sich einigermassen „herorgetan“ haben, legen bereites Zeugnis davon ab: Mit vollem Bewußtsein dessen, was sie tun, haben sie bei der Beratung der Antwortadresse ihren Antrag auf Einstellung der Worte „konstitutionelle Staatsordnung“ zurückgezogen, ohne ihn zur Abstimmung zu stellen, d. h. ohne den Versuch zu machen, die offenen Anhänger einer Verfassung um sich zu fassen. Statt dessen haben sie für die zweideutige oktobristische Fassung („erneute Staatsordnung“) gestimmt unter dem fadenheiligen Vorwande, dadurch die Einmütigkeit der Duma gegenüber der auf dem Worte „Selbstherrschaft“ beruhenden Rechte zu betonen. Dieses Vorgehen von Leuten, die sich bei jeder Gelegenheit mit ihrem strengen Konstitutionalismus brüsten, verdient als das gebrandmarkt zu werden, was es ist: „als schmählicher, durch nichts gerechtfertigter Verrat der eigenen Ueberzeugungen“.

Das zweite bemerkenswerte Auftreten der Kadetten betrifft den sogenannten Zwischenfall Robitschew. Robitschew schleuderte in Verantwortung der maßlos reaktionären Regierungsdeklaration dem Herrn Stolypin in einer glänzenden Rede eine schroffe, aber wohlverdiente Beschuldigung ins Gesicht.

Nicht nur daß darauffin die kadettische Fraktion ihren anerkannten Führer als Vork in die Wüste jagte und ihn zwang, sich wie ein Schuljunge vor dem Minister zu entschuldigen, sie tat noch ein anderes: sie stimmte in die Stolypin von der Rechten dargebrachte Ovation ein, angeblich um zu zeigen, daß sie die Person von der Sache scheidet. ... In Wirklichkeit ist diese widerliche Bauernhüherei nur ein Auswuchs jener superflugen kadettischen Politik, die auf krummen Wegen, durch Lokalitätsbezeugungen und Antidambrieren bei Ministern „wenigstens etwa 3“ — unter völligem Verzicht auf das übrige — zu erreichen trachtet. „Zunmer langsam voran“ — das ist stets der Wahlspruch der Kadetten gewesen, und dieses langsame Vorgehen hat sie immer mehr und mehr nach rechts geführt. Die klägliche Rolle der oktobristischen Gefolgschaft, die sie freiwillig übernommen haben, wirkt ein großes Licht auf die politische Verhumpfung, in welche die Kadetten nun wohl auf Rinnerniedersehen versunken sind.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 30. Dezember 1907.

Vom Reichsvereinsverband.

Der Lieberische „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ ist mit Energie bemüht, seine Einrichtungen auszubauen. Hat er auch bei den letzten Reichstagswahlen trotz der ihm zugesprochenen großen Geldmittel im ganzen nur verhältnismäßig wenig geleistet, so hat doch schon dieses Wenige genügt, ihm aus konservativen und liberalen Kreisen manche neuen anzustehenden Mitglieder und Förderer zuzuführen. Und diese reichen Mittel sollen alsbald zur Erweiterung der Organisation, der Rednerschulen und zur Einrichtung einer großen eigenen Druckerei Verwendung finden. Vor einem Jahre hatte der Reichsverband nur drei Geschäftsstellen, heute hat er deren zehn in verschiedenen Städten, und fast in gleichem Verhältnis hat die Zahl der sogenannten Ortsgruppen zugenommen.

Besonders Augenmerk hat in letzter Zeit die Geschäftsleitung des Verbandes auf die Gründung von Rednerschulen gerichtet. Bisher hatte der Verband nur sieben sogenannte „fliegende Rednerschulen“. Nach und nach aber soll in den nächsten Monaten die Gesamtzahl auf 21 gebracht werden. Dabei verfolgt die Geschäftsleitung die Taktik, hauptsächlich junge Arbeiter zu „Rednern“ heranzubilden, da sie sich viel größeren Erfolg davon verspricht, diese in sozialdemokratische Versammlungen zu dirigieren, als Leute, die nicht selbst am Werkisch gestanden haben und deshalb nicht vor den Arbeitern als „Standesgenossen“ parodieren können. Da die Verbandseitung die Lehrkräfte gut honoriert und bei der Auswahl nicht allzu wählerisch ist, findet sie genug „Lehrer“ für ihre Rednerschulen. In den bisherigen sieben „liegenden Rednerschulen“ waren 47 Lehrer tätig, darunter 3 Reichstagsabgeordnete, 1 Landtagsabgeordneter, 3 Rechtsanwälte, 5 Professoren, 6 Ärzte, 3 Arbeitersekretäre, 3 Redakteure, 6 Generalsekretäre und Beamte des Reichsverbandes, 4 Schulmänner, 2 Juristen, 5 Offiziere a. D., 3 Fabrikbesitzer, 1 Stadtrat, 1 Ingenieur und 1 Bergbau. Am den Dril — von einer systematischen eigentlichen Ausbildung kann keine Rede sein — zu verbosständigen, soll zum März nächsten Jahres in Berlin eine Rednerschule für Fortgeschrittene, eine Art Redner-Hochschule, errichtet werden. Außerdem sind besondere Ausbildungskurse für Volksschullehrer und, wie es scheint, auch für Unterbeamte geplant.

Ferner soll die Herausgabe von Broschüren, Flugblättern usw. stark vermehrt und zum Zweck der schnelleren und billigeren Herstellung solcher Nachwerke eine eigene Druckerei errichtet werden. Bisher fehlt es nur an Schriftstellem, die den hochgestellten Anforderungen der Geschäftsleitung an journalistische Scharpsichtigkeit und Flachheit genügen; doch haben sich die Herren Generalsekretär v. Liebert und der Landtagsabgeordnete Julius Forster, die sich beide bisher als höchst leistungsfähig auf diesem Gebiete bewährten, aufopferungsvoll angeboten, in die kassende Lücke zu treten.

Konservative Sehnsucht.

Das „Fest der Liebe“ hat auch der alten „Kreuzzeitung“ die Junge gelöst und läßt sie einer sonst flug verhaltenen Sehnsucht wieder Ausdruck geben. So brauchbar und bequem auch der Präzision ist, so möchten doch die Konservativen am liebsten zurück zu ihrer alten Liebe, zum Zentrum. Soast finden sie offenbar Gedächtnis an der Paarung. Aber ungenügsam, wie sie sind, genügt ihnen die schmähliche Freundschaft nicht, sie möchten mit gleicher Lieb noch mehr umfassen. Deshalb soll nach Wünschen der „Kreuzzeitung“ das Zentrum in die Paarung mit aufgenommen werden; und man muß gestehen, daß das Verlangen sehr verständlich ist. Denn der Block, der zur Aufrechterhaltung des Zentrums gegründet wurde, treibt in Wirklichkeit eine Politik, die um nichts weniger reaktionär als diejenige war, die zur Zeit der konservativ-liberal-nationalliberalen Herrschaft getrieben wurde. Für die Liberalen ist allerdings dieses Programm etwas peinlich; denn die „Kreuzzeitung“ will den Block nur deshalb festigen, damit das Zentrum zur späteren Mitarbeit herangebildet werde. Wenn die alten Zentrumsführer die Festigkeit des Blocks eingesehen haben, dann werden sie „langsam den Anschlag an die anderen bürgerlichen Parteien vorbereiten, und die Regierung wird ohne Zweifel einen ehrenvollen Frieden dem jetzigen Kriegszustande vorziehen“.

Man kann nicht offenerzögiger sein. Der Block dient den Konservativen dazu, dem Zentrum zu beweisen, daß es ein für allemal an Seitenprinzipe, wie es die Kritik der Kolonialskandale oder die Wöhrliche an den militärischen Regierungsforderungen sind, zu verzichten habe. Querst kommt der Freisinn und leistet den Konservativen die Dienste, die das Zentrum verweigert hat; ist aber das Zentrum geahmt, dann ist der Freisinn überflüssig und lässig. Man braucht sich dann auch in Kultur- und kirchlichen Fragen keinen Zwang mehr anzutun, sich von keinem Kanzler mehr den verhassten liberalen „Geist“ anpreisen zu lassen, sondern man kann mit dem Zentrum vereint den uralten Freisinn wieder die Absätze der Junkerstücke kosten lassen.

Sorläufig ist freilich das Zentrum noch spröde. Die „Germania“ erklärt sehr energisch, daß es mit dieser Regierung keinen Frieden geben kann. Sie registriert zwar mit Vergnügen „das Geständnis, daß man mit der Aufrechterhaltung des Zentrums einen schweren Fehler gemacht habe“, aber von einem „ehrenvollen Frieden“ mit Bülow könne keine Rede sein. Das Zentrum brauche sich nicht „erziehen“ zu lassen und Fürst Bülow stehe und falle mit seiner Blockpolitik. Aber man braucht das nicht allzu ernst zu nehmen. Zur gegebenen Zeit wird das Zentrum schon heimfinden und seine jetzige harte Rücksichtnahme auf die Konservativen, sein Verlangen der Oppositionspartei, seine Zurückhaltung in der preussischen Wahlrechtsfrage, das alles zeigt nur, daß das Zentrum der Meinung ist, daß der Zeitpunkt, wo es wieder mit den Konservativen zusammen die Reichsgeschichte lenken wird, nach seiner Meinung nicht mehr sehr fern ist.

Christlicher Mißmut.

Das Organ des christlichen Holzarbeiter-Verbandes stellt in seiner letzten Nummer eine Verurteilung über die Erfolge der Arbeiterbewegung im abgelaufenen Jahre an und kommt dabei zu folgendem Ergebnis:

Die Reichstagswahl hat das soziale Bewußtsein der Herrschenden nicht geschärft und auf dem durch sie gelockerten Boden konnte dann im Jahre 1907 auch die durch Arbeitgeber geführte und von manchen einflussreichen Parteien durchgeführte Bewegung gedeihen, die zur Genüge unter dem Namen gelbe Gewerkschaften, nationale, reichstreu und vaterländische Arbeitervereine bekannt ist. Wahn frei! — Wie es nach der Reichstagswahl seitens der christlich-nationalen Arbeiterpartei und heute? Die gelbe Bewegung schiebt sich äppig ins Kraut und jede selbständige Arbeiterbewegung hat gegenüber dem Unverstande der verästelten Kreise einen äußerst schwierigen Stand. Selbst der so glanzvoll verlaufene zweite deutsche Arbeiterkongress hat, soweit sich übersehen läßt, nicht vermocht, die indifferenten Arbeitermassen aufzurütteln und den bei der Reichstagswahl entstandenen nationalen Gedanken in nationale, soziale, politische Arbeit bei Regierung und Bürgertum umzusetzen.

Das christliche Gewerkschaftsblatt erklärt dann, daß die Arbeiterkraft die Wurzeln ihrer Kraft in der Selbsthilfe zu suchen habe. Die Vorgänge des Jahres 1907 beweisen, daß die Arbeiterkraft in Zukunft noch mehr als bisher ihrer eigenen Kraft vertrauen muß, daß sie vor allem ihre Heil nicht in erster Linie von jener Institution erwarten kann, die die Gemeinschaft aller darstellt: vom Staate und dessen Vertreterin, der Regierung.

Das klingt, nach dem Cerere und Getreide auf dem christlich-nationalen Kongress, recht mahnend und tröstlich. Aber es muß zugestanden werden, daß aus diesem Mißmut ein gut Teil besserer Erkenntnis spricht. Vielleicht kommen die christlichen Arbeiter noch mit der Zeit dahinter, daß ebenso wenig wie auf den Staat und die Regierung, so auch auf die bürgerlichen Parteien, mit Einschluß des Bürgertums, ein Verlaß ist und daß die Selbsthilfe der Arbeiter, richtig verstanden, nur im Rahmen einer einzigen, großen, Klassenbewußten Arbeiterbewegung zu finden ist.

Die westfälische Landwirtschaftskammer gegen das Koalitionsrecht der Landarbeiter.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen hat beschlossen, der nächsten Hauptversammlung folgende Resolution zur Annahme zu empfehlen: Veranlaßt durch die bezüglichen Verhandlungen des deutschen Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses spricht sich die Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen nachdrücklich gegen alle Bestrebungen aus, die darauf gerichtet sind, das Koalitionsrecht auf die ländlichen Arbeiter und Diensthilfen auszudehnen, weil sie dadurch eine unabsehbare Schädigung nicht allein der Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft erblickt.

Hinterpeter. In Bielefeld ist, wie der Telegraph meldet, am Sonntag der Geheimrat Professor Dr. Hinterpeter gestorben, der ehemalige Erzieher des Kaisers. Am 9. Okt. 1837 in Bielefeld geboren, studierte Hinterpeter von 1840—1850 in Halle und Berlin Philologie und Theologie, dann unterrichtete er kurze Zeit am Bielefelder Gymnasium und wurde 1851 Erzieher in der Familie des Grafen Wörms-Salitz. Im Jahre 1866 wurde er vom damaligen Kronprinzen als Erzieher für seinen Sohn, den jetzigen Kaiser, gewonnen. In der Erzieherstellung blieb Hinterpeter bis 1877.

Ein neues Stücklein preussischer Polizeiwirtschaft macht in Wilhelmshaven großes Aufsehen, richtet es sich diesmal doch nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern gegen eine Militärlapelle. Am 1. Weihnachtstages hielt das Musikkorps der 2. Marinebrigade ein Nachmittagskonzert ab, dem abends ein weiteres in einem anderen Lokal folgte. Dem Charakter nach waren sich beide Konzerte gleich. Kurz vor dem Beginn des Abendkonzerts erhielt der Musikdirektor Wobler die Nachricht, daß die Polizei sämtliche Programmnummern bis auf zwei gestrichen habe. Auf sein persönliches Vorstellwerden und nach Aufstellung anderer Konzertsätze konnte das Konzert abgehalten werden. Das Vorgehen des Polizeichefs Regierungsdirektors Wolff stützt sich auf die hannoversche Sabbatordnung vom 22. August 1900, wonach an den ersten Festtagen nur die Aufführung ernstlicher Musikstücke gestattet ist. Da feststeht, daß die erst gestrichenen Konzertsätze ernstlichen Charakters waren und die Polizei gegen andere Musikaufführungen keinen Einspruch erhob, hat der Vorgesetzte des betr. Lokals beim Staatsministerium Beschwerde erhoben, auf deren Verlauf man recht gespannt sein darf.

Zur Charakteristik der bürgerlichen Presse.

In der sogenannten unparteiischen, zumeist regierungsliberalen Presse findet man oft ein Inserat des in Köln wohnenden „berühmten Wahrsagers“ D. Vettermann, der sich gegen gutes Geld „berichtet, wohnt“ zu sagen über Ehe, Kinder, Prozeß, Lotterie, Sterbefälle in der Familie, Geschäftliches, Erbchaften und Veränderungen. Wie kürzlich in einem in Nürnberg verhandelten Strafprozeß bekannt wurde, hat der Zeitschriftenhändler in der kurzen Zeit von drei Wochen dort nicht weniger als 440 Dummhe, meist Mädchen und junge Ehefrauen, gefunden, die auf das Inserat hineingefallen sind. Ein Kölner Polizeibeamter befandte in dem Prozeß als Zeuge, daß der „Wahrsager“ ein im höchsten Grade anrüchlicher Mensch sei, der schon viele Strafaufenthalte absolviert, Zuhälter gewesen und wegen eines Einbruchs in die Kriminalschulwache anderthalb Jahre Gefängnis erhalten habe.

Es ist interessant, die Namen der Zeitungen kennen zu lernen, die durch zum Teil wiederholten Abdruck des handgreiflichen Schwindelinserts für schnuppiges Geld dem Verleger sein Gewerbe überhaupt erst ermöglicht haben. Das Inserat hat gefunden in folgenden Zeitungen: „Niederrheinische Volkszeitung“ (Zisterburg), „Völsener Neuzeit“, „Danziger Neuzeit“, „Brandenburger Gesellschaft“, „Straßburger Zeitung“, „Chemnitzer Neuzeit“, „Zwickauer Tageblatt“, „Erfurter Allg. Anzeiger“, „Eisenacher Tagespost“, „Geraer Zeitung“, „Dresdener General-Anzeiger“, „Königsbrunnener Tageblatt“, „Waldische Presse“ (Karlshagen), „Kamptzener General-Anzeiger“, „Nürnbergischer General-Anzeiger“ u. a.

Anarchistenhaß im Ruhrgebiet.

Eine Weihnachtstunde hat dem anarchistenfeindlichen Spießbürgertum die Polizei des Vergarbeiterbezirks Altkathen bei Oberhausen bereitet, indem sie am Freitag zwei Anarchisten festnahm. Was die beiden Sünder verbrochen haben, ist nicht zu erfahren, voreinst legt ihnen die polizeifremde Presse nur an anarchistische Propaganda zur Last. Gewiß kein Grund zur Bestrafung. Aber im Reich des Polizeimilitärs wurde, von dessen staatsverachtendem Eifer unsere Genossen so manches Lied zu singen wissen, sind solche Dinge begreiflich. Die Festgenommenen verweigerten bisher jede Auskunft über Herkunft und Namen.

Italien.

Wechsel im Kriegsministerium.

Rom, 20. Dezember. Der König hat das Entlassungsgesuch des Kriegsministers General Gigano genehmigt unter Verleihung des Großkreuzes des St. Mauritius- und Lazarus-Ordens. Zum Nachfolger Giganos wurde der Senator Ingenieur Severino Casanova ernannt.

Rußland.

Finanzpolitik.

Die Hungersnot nimmt gewaltige Dimensionen an. Aus allen Ecken und Enden des Nierenreiches laufen schreckliche Nachrichten vom Hunger ein. Nach der offiziellen Statistik sollen 21 Gouvernements mit 43 Millionen Einwohnern „Mangel an Getreide“ haben. . . Die Getreide-

preise haben eine für Rußland vorernte Hohe erreicht und der russische Bauer durchlebt nun schon das dritte Hungerjahr nacheinander. Während er aber vor Hunger umkommt, wird aus Rußland massenweise Getreide ausgeführt und zu Schandenpreisen auf dem Weltmarkt verkauft; denn um die Steuern und das Pachtgeld zu zahlen, muß der Bauer fast sein ganzes Getreide verkaufen, verkaufen so schnell wie nur möglich, und die Regierung ihrerseits bietet alles mögliche auf, um das den Bauern entzogene Getreide ins Ausland zu schaffen: Sie hat im Ausland 12 Milliarden Schulden aufgenommen, und dorthin fließen jährlich 500 Millionen Mark Zinsen. Die Regierung ist daher bemüht, etwas Gold von dort ins Land zurückzubekommen! „Wir werden selber Hunger sterben, aber unser Getreide ausführen“, erklärte der frühere Finanzminister Wischnegradsky.

Die Getreideausfuhr in diesem Jahre war eine gewaltige: 369 Millionen Pud! Die Händler machten glänzende Geschäfte, dem Bauern aber wurde die letzte Krume Brot entzogen und ins Ausland geschickt. — Es ist klar, daß die Hungersnot eine beständige Erscheinung im russischen Leben bleiben muß, solange Nikolaus und seine Regierungskünstler im Lande hausen.

Finland.

Schritt für Schritt!

Helsingfors, 20. Dezember. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die russische Regierung bereitet neue Eingriffe in die finnischen Verhältnisse vor. Jetzt mißt sie sich in Finnlands Verkehrswege ein: Soeben erging an den hiesigen Senat eine Verordnung des Generalgouverneurs, im Anschluß an die Sabarie der Jarenacht „Standart“ eine Unterordnung in der finnischen Eisenbahnverwaltung einzuleiten! Die russische Regierung mißt sich des ferneren sogar an Schritte gegen Finnlands Beteiligung an internationalen Kongressen zu unternehmen!!

Indien.

Vom Nationalkongress.

Surat, 28. Dezember. (W. L. S.) Die gemäßigten Mitglieder des indischen Nationalkongresses hielten heute eine Sitzung ab. Vaiparai unterstützte die Wahl Ghoses als Vorsitzenden. Es wurde ein Ausschuss ernannt mit der Aufgabe, die Wiedereröffnung des Kongresses in seiner ursprünglichen Gestalt in die Wege zu leiten.

Surat, 29. Dezember. (W. L. S.) Die Gemäßigten, welche zwei Drittel sämtlicher Delegierten darstellen, haben eine neue Kongressorganisation ausgearbeitet behufs Befähigung der kolonialen Selbstregierung auf verfassungsmäßigem Wege. Sie hoffen, daß, nachdem die Extremisten jetzt ausgeschaltet sind, die Regierung sie unterstützen und den Mohammedanern eine weitgehendere Beteiligung an der Bewegung gestatten werde. Die Extremisten hielten eine gesonderte Versammlung ab; sie beabsichtigen, eine fortschrittlichere Politik zu verfolgen.

London, 20. Dezember. (W. L. S.) Aus Surat wird gemeldet: Die Auflösung des indischen Kongresses veranlaßt einen vollständigen Bruch zwischen den Gemäßigten und den Radikalen, welche nach der Auflösung jeder für sich Meetings abhielten. Die Radikalen äußerten sich zugunsten einer Politik des Widerstandes gegen die Regierung.

Berichtigung. In Nr. 301 in der 2. Beilage (Artikel: „Die nordwestlichen Kommunalwahlen“) haben sich ein paar Zeilen eingeschlichen: „In Kristiania sind 27 Sozialdemokraten gewählt (nicht 71), ebenso in Stavanger 17 (nicht 171). Die Tatsache, daß als Summe der in den Städten gewählten Sozialdemokraten die Zahl 350 angegeben ist, läßt übrigens die beiden hohen Zahlen schon als fehlerhaft erkennen.“

Die beiden am Ende des betreffenden Absatzes genannten Städte heißen nicht Gardö und Sabö, sondern Gardö und Badö.

Aus der Partei.

Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in den Thüringer Staaten.

Jena, 29. Dezember. Im Gewerkschaftshause „Zum Löwen“ trat heute vormittag die von 23 Abgeordneten besuchte Konferenz zusammen. Von den neun Thüringer Vaterländer sind es ihrer sechs, in denen zusammen 20 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen. — Die Verhandlungen fanden unter der Leitung der Einberufer, der beiden Parteisekretäre, statt. Nach ein paar Begrüßungsworten des Abgeordneten Leber-Jena wurde in einem kurzen Referat die Thüringer Eisenbahnfrage vom Abgeordneten Hofmann-Saalfeld behandelt. Nach eingehender Debatte wurde in einer Resolution zum Ausdruck gebracht, daß den jammervollen Zuständen auf dem Gebiete der Eisenbahnpolitik in Thüringen nur durch Schaffung von Reichseisenbahnen ein Ende bereitet werden könne. An die Regierungen der in Betracht kommenden Staaten wird das Ersuchen gerichtet, in energischer Weise dafür zu sorgen, daß den zur Chumacht verurteilten Thüringer Kleinstaaten ein größerer Einfluß auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens zugestanden wird, zumal diese Frage auch in finanzieller Beziehung von weitgehendster Bedeutung für die Kleinstaaten ist.

Abgeordneter Vöck-Gotha referierte über die Finanzsalamiat der Thüringer Kleinstaaten. Er betonte zunächst, daß die Finanzverhältnisse der Kleinstaaten ausschließlich beeinflusst werden durch die Finanzverhältnisse des Reiches. Trotz der Vielgestaltigkeit der Steuerverhältnisse in den einzelnen Staaten ist die Ausparierung der Massen überall die gleiche. Das Umfassen der Militärversicherung bedeutet für die Massen des Volkes in den Kleinstaaten eine ganz empfindliche Steigerung der Lasten. Deshalb sei es geboten, in erster Linie gegen die gegenwärtige Art der Reichspolitik im allgemeinen zu protestieren und das Verlangen auf eine Erweiterung der Reichsbeitragssteuer und Einführung einer Vermögens-, sowie einer progressiven Reichsteinkommensteuer wiederholt zu stellen. In einer entsprechenden Resolution wurden diese Forderungen nach lebhafter Debatte einstimmig beschlossen.

Das Vereins- und Versammlungsrecht der neun Thüringer Vaterländer wurde in einem kurzen Referat vom Abgeordneten Vaudert-Weimar behandelt und in Vergleich mit dem Entwurfe des Reichs-Vereinsgesetzes gestellt. Ohne Debatte wurde einstimmig der Resolution zugestimmt, in der betont wird, daß der betreffende Entwurf nicht nur keine wesentlichen Verbesserungen, sondern für einige Staaten sogar noch Verschlechterungen enthalte und keine Gewähr dafür biete, daß die gerade in ein paar Thüringer Staaten beliebte Polizeimilitär beim Verbot sozialdemokratischer Versammlungen beseitigt wird. Aus diesem Grunde wird an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion das Ersuchen gerichtet, dem Entwurf nicht zuzustimmen.

Abgeordneter Köppler-Altenburg behandelte kurz die Wahlrechtsfrage und in welcher Weise man sich eventuell in den einzelnen Thüringer Staaten an den Wahlrechtsdemokratien zu beteiligen habe. Nach lebhaftem Austausch der verschiedensten Ansichten beschloß man, den zu dieser Frage auf dem preussischen Parteitag gefassten Beschlüssen die Sympathie mit der Versicherung auszusprechen, dafür sorgen zu wollen, daß auch in den Thüringer Staaten die Arbeiter geschlossen sich an den notwendig machenden Kämpfen zur Erweiterung der wichtigsten Volksrechte beteiligen.

Beschlossen wurde ferner, eine Zentralkommission zur Sammlung des parlamentarischen Materials der Thüringer Kleinstaaten zu schaffen. Abgeordneter Leber-Jena wurde mit der Einberufung betraut.

Da die Beratungen der Konferenz allen Erwartungen entsprechen haben und sich die Zweckmäßigkeit solcher Zusammenkünfte herausstellte, wurden die Parteisekretäre Vaudert und Leber beauftragt, bei Bedarf in absehbarer Zeit wieder eine solche Konferenz einzuberufen.

Genosse Keir Hardie verunglückt.

London, 30. Dezember. Nach einem Telegramm aus Wellington ist der sozialdemokratische Führer Keir Hardie bei einem Automobilunfall schwer verletzt worden.

Der Sozialismus in der Türkei.

Die Tifliser Zeitung „Semlja“ bringt interessante Mitteilungen über eine angehende Arbeiter- und Bauernbewegung in der Türkei. Die Revolution in Rußland und in Persien übten auch auf die muslimännische Einwohnerschaft eine große Wirkung aus. Die Arbeiter und die Bauern beginnen gegen ihre Ausbeutung anzukämpfen. So streikten unlängst 80 Arbeiter einer Seidenstickereiwerkstatt in Diarbekir. In dem Bezirke Wana bemächtigen sich die Bauern der Kloster-güterbesitzer Ländereien und zahlen kein Pachtgeld. In vielen Orten weigerten sich die Einwohner eine neue Steuer zu entrichten; sie wurde aufgehoben. Vor kurzem wurde in der Stadt Wana eine sozialistische Partei gegründet unter dem Namen: „Türkische revolutionäre Föderation“. Sie steht auf dem Boden des Klassenkampfes und stellt in ihrem Programm eine ganze Reihe allgemeiner sozialistischer Forderungen auf. Außerdem fordert sie, daß die Bauern, welche 5 Jahre fremdes Land bebaut haben, Eigentümer desselben werden, und daß solche, die zu wenig Land haben, solches aus dem Staatsfonds bekommen sollen.

Aus Industrie und Handel.

Der preussische Fiskus als Kohlenverkäufer.

Auf die Aufkündigung, sie trieben Kohlenwucher, antworten die Privatgrubenbesitzer, das könne schon deshalb nicht wahr sein, weil die Staatsgruben noch höhere Preise erhielten. Diese Behauptung ist nicht unzutreffend. In Oberschlesien sind 1906 in Betrieb gewesen die Fiskusgruben König, Königin Luise, Welschowitz und Amurob mit einer Belegschaft von 18 080 Köpfen und einer Förderung von 5 811 937 Tonnen Steinkohlen. Die fiskalischen Gruben lieferten 20 Prozent der ober-schlesischen Förderung. Unstreitig könnte der Fiskus mit einer so bedeutenden Fördermenge niederhaltend auf die Preise einwirken. Indessen betrug 1906 der Halbwert pro Tonne Förderung der an Private vertriehenen ober-schlesischen Gruben durchschnittlich 7,27 M., während die Fiskusgruben über einen Tonnenwert von 8,05 M. herhielten. Vergleichen wir die Preisentwicklung im Laufe eines Jahrzehnts, dann kommt folgendes Resultat heraus:

Es betrug der Halbwert pro Tonne			
	1896	1906	Steigerung
	M.	M.	M.
Oberschlesien überhaupt	5,50	7,61	2,11
Fiskalische Gruben dorcselbst	5,83	8,05	2,22

Der Fiskus hat also nicht nur höhere Preisstellungen, sondern er hat auch eine stärkere Preissteigerung vorgenommen wie die Privatkapitalisten.

Nach viel vorkleinerlicher ist die fiskalische Grubenwirtschaft im Saargebiet. Dort hat sie keine Konkurrenz. Nach kürzlichen Mitteilungen aus dem hiesigen Saargebiet hat sich nämlich der Saariskus mit dem rheinisch-westfälischen Kohlenyndikat über das Abgabegeld und im Anschluß daran auch über die Normalpreise verständigt, mit welchem Erfolg, zeigt diese Aufstellung:

Der Halbwert pro Tonne Steinkohlen betrug			
	1896	1906	Zunahme
	M.	M.	M.
Preußen überhaupt	6,72	8,79	2,07
Saargebiet	7,71	10,07	2,36
Saargebiet (fiskalisch)	8,09	11,55	2,50

Wieder ist der Saargebietfiskus in der Preisstellung und Preiserhöhung weit voraus. Wir haben das bei Nachen belegene Saar-gebiet mit zum Vergleich herangezogen, weil es von den preussischen Kohlenindustriellen dem Saargebiet am nächsten liegt und ihm dieselbe in sozialer Hinsicht ähnelt. Von den großen Steinkohlenbezirken Preußens hat das fiskalische Saargebiet die weitest höchsten Durchschnittspreise, das ist unübersehbar.

Man kann das auch nicht etwa einer geringwertigen Leistung der Arbeiter in die Schuhe schieben. Von dem Halbwert der Steinkohlenförderung entfielen auf jeden beschäftigten Arbeiter

	1896	1906	Zunahme
	M.	M.	M.
in Preußen überhaupt	1,873	2,408	535
auf den fiskalischen Saargebiet	2,055	2,675	623

Die fiskalischen Gruben haben durchschnittlich den höchsten Ueberschuß pro Arbeiter. Das Jahreslohnvermögen der fiskalischen Saargebiete ist von 1896 bis 1906 nur um 180 M. gestiegen; wie oben ersichtlich nahm in derselben Zeit der Wert der Arbeiterleistung um 623 M. zu. Die außerordentliche Heraufsetzung der Saarkohlenpreise ist demnach nur zum kleinsten Teile durch die Lohnerhöhungen gerechtfertigt.

Der Flaschengenussautomat tritt seine Herrschaft an und macht die Arbeitskraft der bisherigen glänzigen Flaschenbläser überflüssig. Die deutsche Flaschenindustrie hat nunmehr das Owen'sche Patent für viele Millionen erworben, um vorzugehen, daß die Erfinder durch besondere Gesellschaften das Verfahren antizipieren lassen. Für etwa neun europäische Staaten fand die Patent-erwerbung statt, nachdem man im Jahre 1904 mit der englischen Company durch die Herrenheimer Glasbläser-Verhandlungen angeknüpft hatte. Seit diesem Jahre wurden in Manchester andauernd Proben angestellt, zu welchen die Aktiengesellschaft für Glasindustrie Dresden (vorm. F. Siemens) das in Deutschland zur Verwendung gelangende Gemenge in ganz bedeutenden Quantitäten verarbeitete. Die Resultate dieser Versuche bestätigten, was aber diese neue Erfindung verdrängt worden war. Ohne Verhülte einer menschlichen Arbeitskraft fertigt der Automat in der Stunde 850 bis 1000 Stück Bier- oder Champagnerflaschen an, welche dieselbe Glätte wie gedrehte Flaschen aufweisen und die gebildeten Flaschen an Haltbarkeit noch übertreffen. In einer Reduktion des Preises der Flaschen verwendet die deutsche Flaschenindustrie diese Erfindung zunächst nicht; sie will mittels hoher Abschreibungen für die Maschinen die bedeutenden Patentkosten decken und vorläufig nicht mehr als 10 Prozent der heutigen Herstellungsmenge als Automatenprodukt auf den Markt bringen.

Neue Beteiligungsziffern im Kohlenyndikat. Das Syndikat gibt die ab 1. Januar 1908 gültigen neuen Beteiligungsziffern seiner Mitglieder bekannt. Danach stellt sich die Gesamtsumme der Beteiligung

	für 1908	für 1907
in Kohlen auf 76 678 457 Tonnen gegen 76 426 534 Tonnen		
• Stolz	14 142 850	13 186 998
• Britetts	3 212 810	2 839 910

Es erhöhen sich demnach die Gesamtziffern gegen die bisherige Beteiligung

	in Kohlen um	250 623 Tonnen =	0,33 Prozent
• Stolz	1 055 857	=	8,0
• Britetts	372 900	=	13,1

In Kohlen ist die Beteiligung demnach nur gering, während sie in Stolz und Britetts recht beträchtlich erscheint. Die geringe Erhöhung in Kohlen ist erklärlich. Die Beteiligungsziffern der Bechen sind an und für sich so reichlich, daß selbst in der Hochkonjunktur diese Ziffern vielfach nicht erreicht wurden. Arbeitermangel und auch Bogenmangel hinderten die Bechen, sich darin noch weiter auszu-

dehnen, und so kommt in Kohlen eine verhältnismäßig nur geringe Erhöhung in den Beteiligungsziffern in Frage.

Aus der Ziegelindustrie. Der diesjährige Gesamtabsatz des Dortmunder Verkaufsvereins für Ziegelfabrikate betrug 60 Mill. Stück Ziegelsteine. Da 130 Mill. Stück vorhanden waren, blieben 70 Mill. auf Lager. Der Bedarf für die Periode 1908 wird auf 65 Mill. geschätzt. Infolgedessen brauchen nur rund 80 Mill. Stück produziert zu werden. Das bedeutet eine Produktionsminderungsleistung von 75 bis 80 Proz. Der Vorstandsvorschlag, eine Einschränkung von 60 Proz. vorzunehmen, fand die Zustimmung der Mitglieder. Die Preise dürften um etwa zwei bis drei Mark pro 1000 Stück zurückgehen.

Aus der Frauenbewegung.

Her mit dem Wahlrecht!

Für die Arbeiterinnen ist die Politik schon lange kein Mähdorn mehr. Die Sozialdemokratie hat schon im Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts versucht, die Frauen der arbeitenden Klassen aufzuklären über die Wichtigkeit der politischen Fragen. Unsere ersten Vorkämpferinnen erzählten uns von den Schwierigkeiten der Agitation unter den Frauen. Waren doch bis dahin die Frauen überhaupt nicht daran gewöhnt, zu denken und nun erst gar sich mit politischen und gesellschaftlichen Angelegenheiten zu beschäftigen. Waren sie doch in dem Grunde so erzogen: Die Frau schweige in der Gemeinde! — Gewiß war es schwer, an die Arbeiterinnen mit unseren Ideen, mit unserem Willen heranzukommen. Doch durch die unermüdete Arbeit einiger Frauen, hinter denen die sozialdemokratische Partei stand, wurde das Interesse der Frauen erweckt und jetzt sehen wir schon eine nach vielen Tausenden zählende Frauenschaft, die sich stolz zu unserer Partei bekennt. Freudig können wir auf unsere Genossinnen schauen, die wir unter den denkbar schwierigsten Umständen für uns gewonnen haben.

Bielgestaltig waren die Polizeistatistiken, die uns das Verfallungsleben erschwerten. Jede freiere Bewegung der Arbeiterinnenvereine wurde geahndet. Weil sich ein Verein mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigte, wurde er aufgelöst, oder doch unter Polizeiaufsicht gestellt und zu jeder Versammlung war polizeiliche Überwachung zur Stelle. Aus öffentlichen Versammlungen wurden die Frauen entfernt, weil der überwachende Beamte die Versammlung zu einer sozialdemokratischen Vereinsveranstaltung stempelte. Kurzum, alle Mittel waren recht, um den Frauen die Teilnahme am öffentlichen Leben zu erschweren. Man wollte sie durchaus von diesem fern halten. Es ist auch gar nicht so lange her, daß Graf Pöschmann im Reichstag erklärte, er wolle gern den Frauen die Betätigung in Berufsvereinen erlauben, aber — die Politik stehe ihnen nicht an. Als ob die heutige Gesellschaft danach fragt, was den Frauen gut oder schlecht ansteht. Werden sie doch gezwungen, den Kampf ums tägliche Brot — denn weiter reicht es heute nicht — ohne Rücksicht auf ihre Gesundheit, viel weniger noch auf den Wohlstand aufzunehmen. Nun soll das neue Jahr den Frauen mehr Bewegungsfreiheit auf politischem Gebiete bringen. Das neue Vereinsgesetz wird den Frauen jedenfalls dieselben Rechte sichern wie den Männern. Beide Geschlechter werden gemeinsam in politischen Vereinen sich betätigen können, auch der Frauen Wort wird gehört werden und ihr Rat den gleichgesinnten Männern willkommen sein. Die Frauen werden Gelegenheit haben, zu allen politischen Fragen Stellung zu nehmen, sich gleich dem Manne politisch zu schulen. Wenn es sich aber darum handelt, die gewonnene politische Einsicht in die Tat umzusetzen, wenn es darum geht, als Reichsbürger zu handeln, dann bleibt die Frau wieder abseits stehen. Das Tor zum höchsten Recht, zum Wahlrecht, ist ihnen noch verschlossen. Wir sagen, noch verschlossen, denn nach unserer Meinung kann es nur eine Frage der Zeit sein, bis den Frauen auch das Wahlrecht zugestanden wird. Ihre Aufgabe wird es sein, diese Frist möglichst zu verkürzen. Lehen wir die Begründung, die die Regierung dem Vereinsgesetzentwurf mit auf den Weg gibt, so finden wir in bezug auf die Frauen einen Passus, auf den bisher unseres Erachtens noch nicht genügend hingewiesen ist. Es heißt da:

„Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat dahin geführt, daß die Teilnahme der Frauen an öffentlichen Angelegenheiten eine erhebliche Steigerung erfahren hat; ihre Betätigung ist nicht nur im Handel, im Gewerbe und in der Industrie, sondern auch im übrigen öffentlichen Leben in ausbreitender Bewegung begriffen. In manchen Stellungen des öffentlichen Dienstes, die früher ausschließlich oder fast ausschließlich von Männern besetzt wurden, insbesondere auf dem Gebiete der Armen- und Waisenfürsorge, der Gewerbeaufsicht, des Post- und Telegraphendienstes, werden seit geraumer Zeit in größerem Umfange auch Frauen verwendet. Infolge dieser erweiterten, zum Teil selbständigen und mit Verantwortung verknüpften Tätigkeit sind die Frauen an der Lösung öffentlicher Aufgaben in der Gegenwart in weit höherem Maße beteiligt als früher. Es würde daher weder zeitgemäß sein, noch den Anforderungen der Billigkeit entsprechen, die gesetzlichen Bestimmungen aufrechtzuerhalten, die den Frauen die Möglichkeit verweigern, ihre Interessen und Wünsche auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens in Vereinen und Versammlungen zur Geltung zu bringen. Eine Besprechung der Berufsinteressen der Frauen wird aber heute kaum möglich sein, ohne dabei auf politische Fragen einzugehen, indem gesetzgeberische Maßnahmen berührt oder gesetzliche Bestimmungen beantwortet oder bekämpft werden. Die Frauen, die auf den selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhaltes angewiesen sind, haben durch ihre wirtschaftlichen auch politische Interessen und müssen sich über diese auch in der Form von Vereinen und Versammlungen verständigen können.“

All dieses können wir vollinhaltlich unterschreiben. Unleugbar trifft diese Begründung aber auch auf die Forderung des Wahlrechts der Frauen zu. Wenn die Frauen infolge ihrer Berufstätigkeit an der Lösung öffentlicher Aufgaben im hohen Maße beteiligt sind und man ihnen schon aus Billigkeit die Gelegenheit geben will, in Vereinen und Versammlungen ihre Wünsche zur Geltung zu bringen, so ist auch erforderlich, daß sie ihren Wünschen den nötigen Nachdruck verleihen können. Das können sie aber nur als gleichberechtigte Staatsbürger. Die Frauen, die auf selbständigen Erwerb ihres Lebensunterhaltes angewiesen sind, haben wirtschaftliche und politische Interessen und müssen sich über diese nicht nur verständigen, sondern sich auch gezwungen, zu ihnen Stellung zu nehmen. Die hohen Lebensmittelpreise werden von den Frauen in größerem Maße empfunden als von den Männern. Sei es, daß die Frau als Erwerbende mit dem Mann, das sie verdient, rechnen muß, oder daß sie mit dem geringen Einkommen des Mannes die Wirtschaft erhalten muß, und es interessiert sie ebenso sehr wie den Mann, wozu die Gelder des Mannes Verwendung finden. Sind es doch auch ihre Groschen, die durch indirekte Steuern für unser Heer und die Marine in Anspruch genommen werden. Auch sie leidet darunter, wenn für kulturelle Zwecke kein Geld zur Verfügung gestellt wird. Sie hat ein großes Interesse daran, daß die Arbeiterschaftsbeschäftigung ausgebaut wird, und hier ist es besonders auch der Mutterinstanz und der Kinderkath. Auf diesen Gebieten würden die Frauen sehr gut bei der Beschäftigung mitarbeiten. Ihre Rat würde den Gesetzgebern gute Wege weisen. Es gibt wohl keine Frage, die die Frauen nicht ebenso angeht wie die Männer. Und sind die Frauen gezwungen, gleich den Männern den Kampf ums Dasein aufzunehmen, dann muß man sie auch mit diesen rechtlich gleich stellen. Sind die Frauen gezwungen, dem Staate Steuern zu zahlen, seine Gesetze zu respektieren, kurzum, alle Pflichten des Staatsbürgers zu erfüllen, dann müssen sie auch mit allen Staatsbürgerrechten ausgedüht werden. Es gilt jetzt für die Frau, energisch für das Wahlrecht einzutreten. Die Parole für den Kampf gab uns die Regierung selbst in die Hand.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Nigdorf. Dienstag, den 7. Januar, 8½ Uhr, bei Thiel, Bergstraße 151/152 Vortrag Genosse Ehrlich: „Japanische Kultur“. Mittwoch, 1. Januar, keine Versammlung. Am 11. Januar: Maskenball bei Felsch, Anekebedstraße.

Gewerkschaftliches.

Die „Gelben“ und ihre Hintermänner.

Für die gelben „Gewerkschaften“ besteht in Berlin ein „Ausschuss zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“, für den die Herren Generalmajor z. D. v. Voebell, Freiherr v. Reibnitz und Justizrat Franz Wagner verantwortliche zeichnen. Dieser Ausschuss hat kürzlich ein lautes am Kopfe als „vertraulich“ bezeichnetes Rundschreiben an die Großindustriellen des Reiches verandt, das sich als einen Vettelbrief darstellt. Um möglichst viel Geld zu bekommen, wird dem Unternehmertum die Sache recht vielverheißend ausgemalt. Der „Förderungs-ausschuss“, wie er sich kurz nennt, soll nach dem Rundschreiben „durch eine Reihe von Maßnahmen dahin wirken, daß folgende Erkenntnis in der Arbeiterchaft zur Herrschaft gelangt:

1. Die Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nicht gegensätzlich, sondern parallelaufend. 2. Die Interessen der deutschen Arbeiter sind nicht international, sondern national. 3. Die Aufwärtsentwicklung der deutschen Arbeiterchaft, insbesondere ihre Lebenshaltung steigt und fällt mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des Reiches.“

Zu 1: Die Ursache, die in der jahrzehntelangen Geschichte der Hirsch-Dunderdigen Gewerkschaften so über alle Massen ad absurdum geführt worden ist, lebt hier neu auf. Zu 2: Die Erfahrung aller großen Lohnbewegungen, insbesondere der Vergleiche, Verkehrs-, Hafen- usw. Arbeiter beweisen das Gegenteil. Zu 3: Man will die Arbeiterchaft auf Grund dieses Satzes für die Zoll-, Flotten-, Betrügnungs-, Kolonial- und dergleichen Politik einmengen.

Die Verbekraft der gelben Verbände „gegenüber den sozialdemokratischen Vereinen soll insbesondere dadurch gesteigert werden, daß sie ihren Mitgliedern und deren Familien für einen sehr niedrigen Beitrag mehr praktische Vorteile bieten als jene.“ Das letztere könnte natürlich bei dem niedrigen Beitrag nicht geschehen, und so kommt das Rundschreiben, nachdem es noch die von dem „Bund der vaterländischen Arbeitervereine“ in Angriff genommenen und von dem Berliner Ausschuss zu fördernden Maßnahmen aufgezählt hat, zur Hauptsache: den von dem Großunternehmertum zu spendenden Geldmitteln. Es heißt da:

„Die Hauptaufgabe des Ausschusses wird aber die sein, Maßnahmen zu ergreifen, durch welche auch auf die noch nicht auf dem Boden der vaterländischen Arbeitervereine stehende Arbeiterchaft in diesem Sinne eingewirkt wird, insbesondere durch geeignete Literatur und Abhaltung von unterhaltenden (!) und belehrenden Vorträgen. Der Ausschuss wird sich hierzu der verschiedensten Mittelbedürfnisse bedienen, wie des „Vereins für Volkskultur“ und ähnlicher unpolitischer Organisationen. Sowohl für die allgemeine als wie für die örtliche Einwirkung durch den Ausschuss sind Anregungen und praktische Vorschläge seitens der Herren Förderer sehr erwünscht. Da der Grad der Wirkung, welcher erzielt werden wird, im wesentlichen von dem Umfange der verwendbaren Mittel abhängt, so bittet der Ausschuss um möglichst reichliche Ueberweisung von Geldbeiträgen. Da die meisten (!) Herren, welche unsere Bestrebungen unterstützen, die Nennung ihrer Namen nicht gewünscht haben, so werden von allen Förderern die Namen ohne ihre ausdrückliche Genehmigung nicht bekanntgegeben. Zusagekräften werden erbeten an den Vorsitzenden des Förderungs-ausschusses, Herrn Generalmajor z. D. v. Voebell, Berlin SW. 11, Hafenplatz 10. Geldsendungen eventl. auch unter Chiffre (!) an die königl. Seehandlungshauptkasse, Berlin W. 56, mit der Bezeichnung: Für das Konto Förderungs-ausschuss.“

Ein edles Unternehmen, das in solchem Maße das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hat. Der „Bund der vaterländischen Arbeitervereine“ soll wohl auch dadurch nicht in seiner „Verbekraft“ beeinträchtigt werden, daß man bei den Quittungen der Spender und Förderer die Namen der schäufsten und berüchtlichsten Ausbeuter listet. Das Rundschreiben erwähnt, daß dem „Bund“ bisher 45 Vereine beigegeben sind. Etwas Näheres über den Sitz und die Mitgliederzahl dieser Kontenhefte wird leider nicht mitgeteilt.

Berlin und Umgegend.

Die Arbeitslosigkeit der Schuhmacher.

Am Montagvormittag fand im Industriehaal in der Genthstraße eine stark besuchte öffentliche Schuhmacherversammlung statt. Gammacher sprach über die unter den Schuhmachern herrschende Arbeitslosigkeit. Er gab eine Darstellung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise und sagte aus: Der allgemeine Niedergang habe natürlich auch eine Einschränkung des Konsums zur Folge. Die Erzeugnisse der Schuhindustrie fanden deshalb weniger Absatz wie sonst und daraus ergebe sich eine bedeutende Zunahme der Arbeitslosigkeit in der mechanischen Schuhindustrie. Die Arbeiter und Arbeiterinnen dieses Industriezweiges leiden gegenwärtig besonders darunter, daß die Fabriken, wie alljährlich, vor Weihnachten die Betriebe geschlossen haben. Einige fangen kurz nach Neujahr wieder an, andere haben aber auf unbestimmte Zeit geschlossen und die Arbeiter zum Feiern gezwungen. Außer diesen Arbeitern, die ja nur vorübergehend arbeitslos sind, gibt es aber noch viele, die infolge der allgemeinen schlechten Geschäftslage zurzeit keine Beschäftigung haben. Die Zahl dieser Arbeitslosen in der mechanischen Schuhindustrie ist mindestens viermal so groß wie um dieselbe Zeit des vorigen Jahres und die Zahl derer, die durch den gegenwärtigen Stillstand der Fabriken arbeitslos geworden sind, ist doppelt so hoch wie im vorigen Jahre. Ueber die Arbeitslosigkeit in den Kleinbetrieben der Schuhmachermeister können keine Zahlen angeführt werden, da der Arbeitsnachweis der Innung keine Angaben macht und auch sonst keine ausreichende Kontrolle über die arbeitslosen Schuhmacherstellen vorhanden ist. Doch aber auch in der handwerksmäßigen Schuhmacherei zur erheblich größere Arbeitslosigkeit herrscht wie sonst, das ist jedem Kenner der Verhältnisse klar. Für die schlecht entlohnenden Arbeiter in der Schuhmacherei ist die Zeit der Arbeitslosigkeit natürlich eine Zeit besonders schwerer fühlbarer Not. — Der Referent schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf, daß das Festhalten an der Organisation und die weitere Stärkung derselben gerade in der Zeit der wirtschaftlichen Krise eine Notwendigkeit ist. — Das Gesamtbild, welches der Referent über die Arbeitslosigkeit entworfen hatte, wurde durch Einzeldarstellungen verschiedener Diskussionsredner ergänzt und vervollständigt.

Eine nette Neujahrgratulation haben die Kutscher der Vereinigten Wästelwerke erhalten, und zwar in Form eines Lohnabzuges. Die Kutscher erhielten bis dato einen Wochenlohn von 10,50 M., jetzt erhalten dieselben einen solchen von 13 M. pro Woche, d. h. alle diejenigen, welche führen nicht machen. Für diese 13 M.

müssen aber die Kutscher von morgens 7 bis abends 6 Uhr im Stall resp. auf dem Plage sein. Diejenigen Kutscher, welche führen machen, erhalten pro Tag 4 M., so daß, wenn sie Kutscher das Glück haben, jeden Tag zu fahren, sie dann einen Lohn von 24 M. bekommen. Die Arbeitszeit dieser Leute beginnt morgens um 5 Uhr und endet abends zirkla 7 Uhr. Für die Tätigkeit am Sonntag (einen halben Tag) erhalten die Leute 1 M. und diejenigen, welche Sonntags von morgens 7 bis abends 6 Uhr Stallwache haben, erhalten 2 M. Man hätte den Kutschern das nicht bieten können, wenn dieselben gut organisiert wären. Aber das ist in diesem Betriebe nicht der Fall. Beschäftigt werden zirkla 150 Personen, davon sind zirkla 30 organisiert. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Husland.

Droschkenkutscherstreik in Gent.

In der Weihnachtsnacht haben die Droschkenkutscher in Gent mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, in den Streik zu treten. Ihre Hauptforderung ist 2 Franc, also 1,60 M. Tagelohn. Sie erhielten bis jetzt bei 10- bis 15stündiger Arbeitszeit nur 1 bis 1,50 Franc Tagelohn und waren im übrigen ganz auf die Mildtätigkeit der Kundschaft angewiesen. In allen anderen größeren Städten Belgiens ist die Arbeitszeit der Droschkenkutscher auf 12 Stunden beschränkt und ihnen ein fester Tagelohn von 2 bis 2,50 Franc gesichert. Am Gentner Gemeinderat brachten die Sozialisten schon im Jahre 1898 einen Antrag ein, der das kommunale Reglement über den Droschkenverkehr in der Weise ergänzen sollte, daß den Kutschern ein Mindestlohn von 2 Franc gesichert würde. Die Katholiken und Liberalen, die wohl für sehr strenge Bestimmungen zur Sicherung des Verkehrs und zum Schutze der bemitleidenswerten Gänge zu haben waren, stimmten dem Antrag zum Schutze der Kutscher gegen allzumenschliche Ausbeutung nicht. Unsere Genossen haben ihn nun von neuem eingebracht. Die Führer haben beschlossen, den Preis für die einständige Droschkenfahrt vom 1. Januar ab von 1 auf 1,50 Franc zu erhöhen, die bescheidene Forderung der Kutscher lehnen sie jedoch rundweg ab.

Der 9. Kongreß der belgischen Gewerkschaften.

Der während der Weihnachtsfeiertage in Molenbeef-Saint-Jean (Vorort von Brüssel) stattfand, war von 213 Delegierten besucht, wovon 87 von solchen gewerkschaftlichen Gruppen, die der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen sind. Der hauptsächlichste Punkt, der zur Beratung stand, war die Schaffung eines Reserve- und Widerstandsfonds. Die Diskussion hierüber förderte eine Reihe für den Stand der belgischen Gewerkschaften recht bezeichnende Einzelheiten zutage. So wurde festgestellt und bemängelt, daß die meisten Gewerkschaften sehr geringe Beiträge erheben und bei Streiks sich dann einfach auf die Solidarität der übrigen Arbeiterchaft verlassen. Es sind dann auch in der Regel dieselben Kreise, die hierfür ihre Gelder aufwenden. Vergamans, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, berichtete unter anderem, daß die meisten Streiks der letzten 10 Jahre auf die Arbeiter der Textil- und der Holzindustrie entfielen. Dabei seien gerade diese Arbeiterkategorien am schlechtesten organisiert. Die Holzarbeiter zahlten nur 5 Centimes monatlich in die Zentralkasse ihrer Föderation. Quysmans wandte sich gegen die Schaffung eines solchen Fonds; er empfahl die Methoden der deutschen Gewerkschaften. Es müsse angestrebt werden die Unterstützung durch die eigene Kraft der Verbände. Vor allem müsse man Verbände nach Industrien schaffen. Auf jeden Fall lehnte die Diskussion, daß sich die Auffassung immer mehr Bahn bricht, daß die gewerkschaftlichen Kräfte zentralisiert werden müssen. Die Zentralisation auf der Basis der Nationalverbände, verbunden mit hohen Beiträgen, das ist das Ziel, auf das die belgischen Gewerkschaften hinstreben. Mit großer Wärme trat Ansele für die Gründung eines Widerstandsfonds ein. Es wurde schließlich der Beschluß gefaßt, einen Reservefonds zu bilden, zu dem auch die Partei und die Genossenschaften, ferner die Unterstützungs- und die Bildungsvereinigungen Beiträge leisten sollen. Im Prinzip erklärte sich der Kongreß auch für die Schaffung eines besonderen Widerstandsfonds, um in Zeiten der Krisis die Angriffe der Unternehmer abzuwehren zu können. Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, eine Urabstimmung hierüber in allen Gewerkschaften vornehmen zu lassen.

Der Gewerkschaftskommission sind jetzt 64 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen, es sind das 20 000 mehr als im Vorjahre. Der Kommission stehen auch noch viele gewerkschaftliche Gruppen fern, und zwar namentlich deswegen, um die ar die Gewerkschaftskommission abzuführenden Beiträge zu sparen. So sind von den etwa 50 000 organisierten Bernarbeitern der Gewerkschaftskommission etwa 10 000 angegeschlossen. Einzelne Ortsgruppen schließen sich an, andere nicht. Der Bericht des Sekretärs und des Kassierers wurde genehmigt. Nachdem noch eine große Anzahl Grenzstreitigkeiten besprochen waren, wurde der Kongreß geschlossen.

Buchdruckerstreik in Italien?

Das Zentralkomitee der Buchdrucker in Rom hat den Generalausschuss der Schriftsetzer für ganz Italien beschlossen. Es steht indessen noch nicht fest, ob der Ausstand sofort oder erst in den nächsten Tagen beginnen wird.

Matrosenstreik.

Mehrere Tausend der Küstenschiffahrt angehörige Matrosen und Heizer zu Buenos Aires sind in den Ausstand getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Schuhmannsfädel.

Hannover, 30. Dezember. (B. H.) Als der Schuhmann Lorenz am Sonnabendabend einen Arbeiter verhaften wollte, wurde er von noch vier anderen Arbeitern angegriffen und gemißhandelt. Der Schuhmann machte von seiner Waffe Gebrauch und spaltete einem der Arbeiter den Schädel und verletzte die drei anderen so schwer, daß dieselben in das Krankenhaus übergeführt werden mußten. Der Schuhmann, welcher einige Respektstücke erhielt, mußte ebenfalls in das Krankenhaus gebracht werden.

Reiche Leute.

Bernberg, 30. Dezember. (B. H.) In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag wurde in dem Steueramt in Kaluf ein Einbruch verübt und 150 000 Kronen geraubt.

Empfehlenswerte Minister.

Belgrad, 30. Dezember. (B. T. W.) Stupskina. Auf Anlaß einer Interpellation wegen Zollbefreiungen erklärte der Jungradikale Draskowitsch, es hätte niemals in Serbien eine solche Korruption wie jetzt getrieben, da in dem gegenwärtigen Kabinett jeder Minister seine eigenen Angelegenheiten betreibe, und keine Kontrolle von den Ministerkollegen ausgeübt werde. Auch die von der Regierung abhängige Stupskina sei hierzu unfähig und müsse durch eine neue, unabhängige ersetzt werden. Ministerpräsident Poptich wies den Vorwurf der Korruption zurück und erklärte, daß die radikale Partei immer dagegen angeknüpft habe.

Prozeß Harden.

Siebenter Tag.

Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung des Protokolls über die in Schloß Schwaneck stattgefundenen

Vernehmung des Geh. Rats Prof. Dr. Schweningers

und dessen Gattin. Die Vernehmung war eine eidliche.

Geh. Rat Prof. Dr. Schweningers gab folgende Aussage ab: Graf Runo Wolke ist der Onkel meiner Gattin. Ich habe ihn von Anfang der 80er Jahre an ab und zu, jedoch sehr selten, gesehen und auch dann immer nur wenig mit ihm gesprochen.

Ich habe gegen den Grafen in keiner Weise eine irgendwie feindliche Gesinnung. Ich stehe auch jetzt noch mit dem Grafen auf dem Fuß und Bistichtsstandpunkt. Der Angeklagte Harden wurde mir im Jahre 1892 in Bargin von dem Fürsten Bismarck vorgestellt. Daraus entwickelte sich ein dauernder Verkehr, der auch heute noch besteht. Wir haben während meines hiesigen Wohnsitzes seit dieser Zeit sehr freundschaftlich miteinander verkehrt und duzen uns seit drei bis vier Jahren. Inwiefern war Grafen bei mir in Schloß Schwaneck. Grafen hat mit meines Wissens über den Sinn und Zweck der Artikel nichts Wesentliches mitgeteilt. Die frühere Gräfin Wolke, jetzige Frau v. Elbe, habe ich meines Wissens erst 1900 während meines Aufenthalts in Lichterfelde kennen gelernt. Sie ist dann vielleicht 1902 oder 1903 öfter eingeladen und ungeladen zu und gekommen. Seit dieser Zeit haben wir sie wenig oder gar nicht mehr gesehen. Ich glaube während der Zeit, wo die Gräfin mit mir und meiner Frau verkehrte, die Gräfin ziemlich genau kennen gelernt zu haben. Unsere Gespräche waren nicht nur rein konventionelle, sondern wurden allmählich sehr vertraulich insofern, als sie sowohl ärztliche Fragen als auch die ehelichen Zerwürfnisse betrafen. Meine Unterredungen auf ärztlichem Gebiete waren nicht von langer Dauer, da ich es im allgemeinen abgelehnt habe, Frau v. Elbe ärztlich zu behandeln. Ich glaube, daß sie an wiederholten Blinddarml- bzw. Wurmfortsatzentzündungen gelitten hat. Von einer angeblichen Trionalvergiftung habe ich nichts mehr beobachtet, hätte sie aber beobachtet müssen, falls ihre Wirkungen noch vorhanden gewesen wären. Dieses Urteil kann ich auf Grund meiner Beobachtungen als Arzt, auf Grund der mit ihr geführten Gespräche und auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen überhaupt abgeben, obwohl ich die Gräfin nie körperlich genauer untersucht, sondern ihr nur hin und wieder, wie ich glaube, einen ärztlichen Rat erteilt habe. Meine Ueberzeugung war die, daß Frau v. Elbe zuviel gebortet, zuviel Gift zu sich genommen hätte, wenn das richtig ist, was sie mir über ihre Trionalvergiftung gesagt hat. Als ich sie kennen lernte, hielt ich ihre Gesundheit für fest, mit Ausnahme der gelegentlichen Blinddarmlstörungen. Das bewies meines Erachtens schon die Tatsache, daß ihr Körper die schädliche Wirkung solcher angeleglichen Mengen von Trional und anderen Mitteln verhältnismäßig schnell überwunden habe. Meines Erachtens kann die Ursache über mir von ihr mitgeteilten Erkrankung zum Teil vielleicht auch in der angeblichen ehelichen Nichtbefriedigung gelegen haben. Es braucht meines Erachtens die Ursache der Erkrankung nicht lediglich die Trionalsvergiftung gewesen zu sein. Wieviel dazu eheliche Zerwürfnisse, Unbefriedigung, gesellschaftliche Ansprüche und anderes beigetragen haben, möchte ich nicht entscheiden. In diesem Sinne habe ich mich auch, soweit ich mich zu erinnern glaube, auch zu Grafen geäußert. Welche Folgen im allgemeinen von einer schweren Trionalsvergiftung zurückbleiben, läßt sich ohne weiteres nicht entscheiden, ohne zu wissen, wie oft, wie viel und bei wem das Trional angewandt ist. Ich gebe übrigens zu, daß meine Erfahrungen über Trionalsvergiftung ziemlich gering sind. Bewußt wird bei langem Gebrauch und bei tiefer in Anspruch genommener Gehirnleistung der häufige und starke Trionalsgebrauch auch auf das Erinnerungsvermögen schädlich wirken. Wenn die Vergiftung zu Schwindel und degenerativen Erscheinungen durch die Dauer und den starken Gebrauch des Giftes geführt hat, dann ist an eine Restitution des Erinnerungsvermögens nicht zu denken. Bei der Frau Gräfin war von einer akuten Trionalsvergiftung nichts, von einer chronischen womöglich noch weniger zu merken. Ob Frau v. Elbe in der Zeit, während der ich mit ihr verkehrte, und sie gesehen habe, über Kopfschmerzen, Schlaflosigkeit, fieberartige Erregungen oder Nervenzustände geklagt hat, kann ich heute nicht mehr sagen. Es kann sein, es kann aber auch nicht sein. Ich kann mit Bestimmtheit aussagen, daß sie von solchen Zuständen, die sie während des Zusammenseins mit dem Grafen Wolke geklagt haben will, erzählt hat. Auf jeden Fall kann ich sagen, daß ich die Frau Gräfin zu der Zeit, als ich sie kennen lernte, und während der ganzen Zeit unserer Bekanntschaft für eine geistig gesunde Frau gehalten habe. Ich habe die Ueberzeugung und habe sie auch Herrn Grafen gegenüber in den häufigsten 1900 bis 1906 entwerder im Beisein der Gräfin oder über sie geführten Gesprächen ausgedrückt, daß mir als Mensch und Arzt die Gräfin durchaus normal, glaubwürdig und nicht zu phantastischen Uebertreibungen geneigt erschien, wenn ich auch meine und auch Herrn Grafen gegenüber erklärt haben könnte, daß sie auch in der Erregung einmal etwas mehr gesagt haben kann, als sie beantworten konnte; deswegen habe ich sie aber noch nicht für hysterisch gehalten. Hysterie hielt ich für ausgeschlossen. Ihre Darstellung war ruhig, klar, kalt und gelassen und für eine in einen so schwierigen Prozeß verwickelte Frau sogar ungewöhnlich verständlich und sicher abzugeben. Frau v. Elbe hat mir gelegentlich, soweit ich mich entsinnere, Mitteilungen über ihr Erleben gemacht. Sie hat mir erzählt, daß ihr Gatte sie gefaßt hat. Sie kann aber auch gesagt haben: Graf Wolke hat mich gefaßt. Die Gräfin hat mir die zwischen ihrem Gatten und ihr vorgetragenen Streitigkeiten nicht in der Weise dargestellt, daß ich daraus schließen mußte, ihr Gatte trage die alleinige Schuld an den Streitigkeiten. Sie hat sich auch mir gegenüber, das weiß ich genau, über blaue Stellen, die von Mißhandlungen ihres Gatten herrühren sollten, beklagt. Es ist mir nichts davon bekannt, daß sie sich selbst mitunter zu Boden geworfen, sich mit dem Körper gegen Möbel gewälzt und mit dem Kopf gegen die Wand gestoßen habe. Sie hat ferner einmal betreffs des Verhältnisses des Grafen Wolke zum Fürsten Bismarck in meiner Gegenwart ungefaßt geäußert: „Der Graf hat den Fürsten mehr lieb als mich.“ Im übrigen sind mir Gerüchte über angebliche perverse geschlechtliche Reigungen im Kreise des Fürsten Bismarck schon zu Zeiten des Fürsten Bismarck zu Ohren gekommen. Der Name des Grafen Wolke ist bei diesen Gerüchten nicht erwähnt worden. Tatsachen in dieser Richtung weiß ich nicht. Ich persönlich hatte den Eindruck, daß der Graf Wolke ein fählicher, weiblicher Mann war, ein Eindruck, der meines Wissens in Schloß und in der Bekanntschaft meiner Frau geteilt wurde. Ich kann mich erinnern, daß die Gräfin in meiner Gegenwart von den angeblichen Aeußerungen ihres Gatten: „Frauen sind Klotz“, „er wolle sie als Mädchen haben“ erzählt hat. Auch Kosenamen ihres Gatten gegenüber dem Fürsten Bismarck hat sie mir genannt. Die angebliche Fälschungssache habe ich, wie ich glaube, erst aus den Zeitungen erfahren. Den Wunsch, Grafen kennen zu lernen, hat die Gräfin uns, das heißt meiner Frau und mir gegenüber geäußert. Sie sagte dabei meiner Erinnerung nach, Grafen könne ihr vielleicht einen Rat geben. Auf Grund dieses Wunsches haben wir, das heißt meine Gattin oder ich, die Gräfin mit Grafen bekannt gemacht. Ich weiß nicht mehr, will aber nicht in Abrede stellen, daß ich Herrn Grafen Mitteilungen über das mir und meiner Frau von der Frau v. Elbe mitgeteilte gemacht habe. Ich kann mich insbesondere nicht mehr erinnern, daß ich Herrn Grafen erzählt habe, Frau v. Elbe werde verfolgt, belästert, gequält. Als möglich gebe ich es aber zu.

Ich kann mich aber darauf besinnen, daß ich Herrn Grafen, der nach meiner Ansicht keine rechte Freude an der Sache hatte, gebeten habe, sich der Frau und ihrer Lage anzunehmen, da sie Mitleid verdiente. — In den Gesprächen mit Grafen ist von mir erwähnt worden, Graf Runo Wolke treibe zwar nicht selbst Politik, sei für seinen Freund Eulenburg aber als Beobachter, Vertrauensmann, Berichterstatter sehr wichtig. Woher ich dieses weiß, ob ich es insbesondere von Frau v. Elbe weiß, kann ich heute nicht mehr sagen. Ich kann mich auch nicht erinnern, daß ich Herrn Grafen über einen Grund der angeblichen Antipathie Eulenburgs gegen Frau v. Elbe Mitteilungen gemacht habe. Ich habe Herrn Grafen gegenüber bei diesen Gesprächen auch Bismarcks Urteil über den Fürsten Eulenburg erzählt. Insbesondere, daß der Fürst Otto v. Bismarck und sein Sohn Herbert das Wirken des Fürsten Eulenburg namentlich auf dem Gebiete der Personalien und in der Rolle eines befreundeten unverantwortlichen Ratgebers für unheilvoll gehalten und wiederholt auch von einer gewissen abnormen Veranlagung des Fürsten Eulenburg gesprochen hat, die verbunden mit einer Reizung ins Phantastische, nebelhaft Schwärmerische, den Fürsten Eulenburg nicht zum Vertrauen eines regierenden Fürsten qualifiziere. Woher die Ansicht des Fürsten Bismarck stammt, der Fürst Eulenburg sei geschlechtlich abnorm veranlagt, kann ich nicht sagen. Ich erinnere mich ferner an die Aeußerung des Fürsten Bismarck: „Ein kaiserlicher Adjutant, der sich offiziell gar nicht mit Politik beschäftigt, könne auf politische Entschlüsse mehr Einfluß haben, als ein Reichskanzler, schon weil er den Herrn Grafen öfter sehe und sich schmiegsamer dessen Stimmungen anpasse.“ Ich entinne mich dem Sinne nach an folgende Worte, mit denen Bismarck die Abtönung einer Kamarilla-Politik abzustimmen pflegte: „Wenn solche Sachen so dummköpfig gemacht werden, daß der regierende Herr die Absicht merkt, oder daß sie von draußen haarsträubend nachweisbar sind, könnte sich eine Kamarilla nirgends halten.“ Ich glaube auch diese Aeußerungen Herrn Grafen mitgeteilt zu haben. Ich kann jedoch nicht mit Bestimmtheit sagen, ob diese politischen Aeußerungen von mir Herrn Grafen im Zusammenhange mit den Aeußerungen der Frau v. Elbe gemacht worden sind. Als Grafen von uns mit Frau v. Elbe bekannt gemacht wurde, standen wir mit Frau v. Elbe so intim, daß wir uns duzten. Ich erinnere mich auch daran, daß in meiner Gegenwart von Frau v. Elbe davon gesprochen worden ist, daß Graf Wolke, solange er dem Berliner Hofe nahe war, sehr häufig dem Fürsten Eulenburg über die politischen Vorgänge und Stimmungen berichtet habe. Ich erinnere mich dagegen nicht, daß ich Zweifel in diese Aeußerungen gesetzt habe. Ich glaube mich auch der Aeußerung der Frau v. Elbe zu entsinnen, sie sei von ihrem Gatten in ihr Zimmer eingeschlossen und ferner, sie sei von ihm entlassen worden. Ich glaube mich auch ferner zu erinnern, daß Frau v. Elbe einmal gesagt hat: das sei ja das Schlimme, daß niemand glauben wolle, wie schlimm und gewaltig gegen sie der Graf gewesen sei, den die Welt nur als sanften und etwas sentimentalen Herrn kenne. Aus welchem Anlaß sie diese Aeußerungen getan hat, weiß ich nicht mehr. Ich kann auch nicht mehr sagen, ob Frau v. Elbe in diesem Zusammenhang den Grafen Wolke ironisch den „fahlen Runo“ oder „Fati“ genannt hat. Diese Ausdrücke sind vielmehr damals schon seit langer Zeit mir bekannt gewesen und oft auf Wolke angewandt worden. Darüber, ob Herrn Grafen von Frau von Elbe außer den Eheakten weiteres Material zur Verfügung gestellt worden ist, ferner darüber, welchen Zweck Frau von Elbe bei der Weitergabe ihrer Erkenntnisse an Grafen verfolgte, hat, ob sie insbesondere eine Veröffentlichung oder Verwertung in der Politik gewollt und erbeten hat, weiß ich nicht. Ich kann nichts darüber sagen, zu welchem Zweck Frau v. Elbe die Hilfe des Herrn Grafen erbeten hat. Ich vermutete und vermute noch heute, daß sie durch ihn eine Beschleunigung des Eheprozesses wünschte. Wenn ich einen Zweifel an der Glaubwürdigkeit und der ungetriebenen Gerechtigkeit der Gräfin gehabt hätte, hätte ich Grafen, dessen höchsten Gesundheitszustand und Ueberbürdung mit ernster, christlicher Arbeit ich kannte, nicht gebeten, Zeit und Mühe an die Sache der Gräfin zu verwenden. Wenn ich sagen soll, warum Grafen die inframirierten Artikel geschrieben hat, so kann ich nur meiner Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß Grafen sich weder von persönlichem Haß noch unlauteren Motiven hat leiten lassen und daß er den Grafen Wolke nicht als unehrenhaften Mann, sondern das an einer bestimmten Stelle schädliche Werkzeug eines anderen bezeichnen wollte, auch daß er als Politiker diese Erwägung im Reichsinteresse für nötig hielt. Ich halte Herrn Grafen für unfähig, sich als Politiker und Publizist von anderen als sachlichen Beweggründen leiten zu lassen. Er ist nach meiner Ansicht auch da, wo er manchen objektiv irrend zu sein scheint, von dem leidenschaftlichen Wunsch erfüllt, nach bestem Wissen dem Vaterland zu dienen.

Gerüchte über den Grafen Wolke

in sittlicher Beziehung sind insofern zu meinen Ohren gelangt, als ich gelegentlich über ihn und seine Freunde den Ausdruck „Frontverwechslung“ gehört habe. Es ist dieser Ausdruck meines Wissens schon vor der Trennung der beiden Ehegatten gebraucht worden. Wo der Ausdruck gefallen ist, kann ich aber nicht mehr sagen. Ich habe mich nicht darum gekümmert, ob dieser Ausdruck eine tatsächliche Grundlage hat.

Frau Magdalena Schweningers,

geborene Gräfin Wolke, bekundete: „Ich bin die Richtige des Grafen Runo v. Wolke. Eine feindliche Stimmung gegen meinen Onkel habe ich niemals gehabt, habe sie auch jetzt nicht. Ich habe es nur als eine gewisse Zurücksetzung empfunden, daß sich in der Zeit der Trennung meiner ersten Ehe mit Franz v. Leubach niemand aus meiner Familie um mich kümmerte, habe aber diese Empfindung, so weit ich mich entsinnere, nicht laut werden lassen. Mit Frau von Elbe bin ich auf Grund eines Briefes, in dem sie mich bat, sie einmal zu besuchen, näher bekannt geworden. Sie teilte mir dabei mit, daß sie in Schreibung mit Graf Wolke läge, daß sie sehr traurig sei und große Schwierigkeiten mit der Scheidung, die schon sehr lange dauere, habe. Sie tat mir sehr leid. Wir traten dann auch wegen des Mitleids, das ich mit ihr empfand, in näheren Verkehr. Sie fragte mich, wie man ihr helfen könne, um den Prozeß zu beschleunigen. Mir ist es so, als wenn Frau von Elbe dabei den Wunsch ausgesprochen habe, aus diesem Grunde mit Grafen bekannt zu werden. Es kann aber auch sein, daß mein Name oder ich ihr den Namen Grafen zuerst genannt hat. Gleich bei der ersten Begegnung mit Grafen in meiner Wohnung sprach Frau von Elbe mit ihm über die Einzelheiten ihres Erlebens und ich glaube mich insbesondere zu erinnern, daß sie bereits damals im wesentlichen alles das gesagt hat, was sie nach den Zeitungsberichten in der Schöffengerichtsverhandlung ausgesagt hat. Bei diesem ersten Gespräch machte Frau von Elbe auf mich einen fahlen, gelassenen und glaubwürdigen Eindruck. Ich glaube ihr jedes Wort. Ich persönlich habe schon aus meiner Aenderzeit ebenfalls die Erinnerung, daß mein Onkel Runo ein etwas fühliger und weiblicher Mann war. Ich selbst habe auch die Freundschaft zwischen Wolke und Eulenburg wiederholt zu beobachten Gelegenheit gehabt und sie ist mir als eine besonders sentimentale und mir unsympathische aufgefallen, ohne daß ich dabei an irgendwelche perverse Reigungen gedacht habe oder denke. Aus dem von mir mit angeführten Gespräch zwischen Frau v. Elbe und Grafen besinne ich mich insbesondere noch darauf, daß Frau v. Elbe von Mißhandlungen seitens ihres Gatten gesprochen und daß sie auch ihrem Gatten allein die Schuld an den ehelichen Zwistigkeiten beigemessen hat.

Frau v. Elbe hat mir als Zweck ihres Bekanntwerdens mit Grafen nur mitgeteilt, daß sie eine Hilfe im Prozeß haben wollte und es war und ist meine feste Ueberzeugung, daß Frau v. Elbe niemals ein publizistisches Eingreifen Grafens in ihrem Prozesse erwartet hat. Ich kann endlich sagen, daß Grafen sich nur sehr ungern mit der ganzen Ehecheidungsgegeschichte befaßt hat. Ich schließe das aus der zurückhaltenden Art und Weise, wie Grafen die Mitteilungen der Frau v. Elbe aufgenommen hat. Ich glaube mich auch einer diesbezüglichen Aeußerung des Herrn Grafen dunkel zu erinnern.“

Grafens Vermittlung im Ehecheidungsprozeß Wolke.

Im Anschluß an die Verlesung des Protokolls betont der Angeklagte Grafen, daß die Hilfe, die er der Frau v. Elbe bringen sollte, nicht darin bestehen sollte, daß etwas aus ihrem Ehecheidungsprozeß veröffentlicht werden sollte. Gesagt habe sie ihm nichts davon und wenn sie mit einem Worte etwas Derartiges nur angedeutet haben würde, würde jede weitere Verbindung mit ihr unmöglich gewesen sein. Seine Hilfe sollte nur darin bestehen, daß er sich mit dem Justizrat Dr. Sello, den sie für einen fanatischen Verfolger hielt, in Verbindung setzen und für einen Ausgleich ein wenig plädieren sollte.

Der Darstellung, die Grafen über seine Schritte, die er bei Justizrat Dr. Sello unternommen, widerspricht Justizrat Dr. Sello. Er sei mit Grafen mehr als bekannt gewesen und sei erstunken gewesen, eines Tages von Herrn Grafen ganz plötzlich einen Brief zu erhalten, in welchem er etwa schrieb: „Ich möchte gern einmal kriminalistisch mit Ihnen plaudern. Ich habe über einen Prozeß, den Ihr Kollege, der Rechtsanwalt Dr. Silberstein, für den Grafen Wolke führt, Mitteilungen erhalten. Ich habe Material zur Hand, das einen der größten politischen Skandale in Deutschland hervorrufen könnte.“ Justizrat Sello bekundete, er sei darüber ganz entsetzt gewesen und habe Herrn Grafen ersucht, nicht nur eine Person zu hören, sondern beide Teile, und habe ihm angeboten, auch das der Gegenseite zu Gebote stehende Material zur Kenntnis zu nehmen. Bald darauf habe die Korrespondenz einen sehr gereizten Ton angenommen und ihm sei nicht mehr Gelegenheit gegeben worden, Herrn Grafen sein Material zu unterbreiten. Angeklagter Grafen widerpricht seinerseits dieser Darstellung und behauptet, daß der Justizrat Dr. Sello zuerst einen gereizten Ton angeschlagen habe. Dieser habe sogar bedauert, einen gereizten Brief geschrieben zu haben. Die Beziehungen zwischen ihm und dem Justizrat seien Jahre lang die allerfreundschaftlichsten gewesen, der Justizrat habe ihm auch in dem ersten gereizten Briefe gesagt, daß er an seiner bona fides nicht zweifle. Justizrat Dr. Sello erwidert, daß im Anschluß an jene Korrespondenz eine jahrelange Entfremdung zwischen ihm und dem Angeklagten eingetreten sei.

Oberstaatsanwalt Dr. Jfenbick: Herr Grafen sagt, er habe mit dem Justizrat Dr. Sello Rücksprache nehmen sollen, um ihn für Frau v. Elbe milder zu stimmen. Wenn er also private Hilfe in einem Ehecheidungsprozeß leisten sollte, so stimmt doch damit nicht seine Eindeutigkeit auf den „größten politischen Skandal in Deutschland“.

Grafen: Ich habe nur darauf hingewiesen, daß sich diese Sache zu einem großen politischen Skandal auswachen könnte. Solchen zu verhindern, war der Zweck meines Schreibens. Ich habe aus der Ehecheidungsgegeschichte der Frau v. Elbe nichts, aber auch gar nichts publiziert.

Es sei ein Irrtum des Justizrats Dr. Sello, daß durch diese Angelegenheiten eine Entfremdung zwischen ihnen eingetreten sei. Es wird sodann in der

Zeugenernehmung

fortgefahren. Zrl. Mehe, die 1897 eine Zeit lang Kammerfrau bei der damaligen Gräfin Wolke, jetzigen Frau v. Elbe, in Potsdam war, erklärt, daß sie in dieser ihrer Tätigkeit furchtbar unter der Launenhaftigkeit der ganz unberechenbaren Frau zu leiden gehabt habe. Sie qualte alle ihre Leute, war sehr ungerecht, und nach ihrem ganzen Charakter konnte ihr niemand etwas recht machen. Sie tadelte alles und sagte ihnen auch in moralischer Beziehung manches nach, was nicht wahr war. Die Leute hätten alle den Grafen sehr bedauert, der nur von der größten Niedermüdigkeit und Freundlichkeit zu ihr war. Wie hat man von ihm ein unfreundliches Wort gehört, während sie ihm mehr als einmal eine sehr böse Szene machte. Der gesamten Dienerschaft habe der Graf sehr leid getan. Die Behandlung der Dienerschaft seitens der Gräfin war derartig, daß eine Angestellte einmal sagte: Lieber Schweine hüten, als in diesem Hause bleiben!

Die nächste Zeugin, Frau v. h. Martini, geborene v. Brillwich, eine Richtige des Grafen Wolke, beantwortet eine Reihe von Fragen des Justizrats Dr. Sello etwa dahin: Die Mutter der Frau v. Elbe, Frau v. Henden, habe ihr bei einer Gelegenheit ihr Herz über ihre, wie sie sagte, ungeratene und verlogene Tochter ausgeschüttet. Sie habe ihr, so sagte sie weiter, schon viel Kummer gemacht, sie sei in jeder Weise lieblos und verlogen gewesen.

Dieses Ausspruchs entsinnt sich die Zeugin ganz genau, obgleich ihr der Vorliegende vorherhält, daß Frau v. Henden ihn bestritten habe. Von ihrem ersten Manne habe die Frau v. Elbe wegen ihrer Heftigkeit Schläge bekommen. Als die Ehecheidung im Gange war, hat die Zeugin von der Frau v. Elbe die Bitte unterbreitet bekommen, zwischen ihr und dem Grafen Wolke zu vermitteln. Sie gab dabei zu, daß sie an allem schuld und die Gatte immer sehr lieb zu ihr gewesen sei; sie liebe ihn sehr. Die Zeugin hielt ihr vor, daß sie ja ihren Gatten geschlagen habe, was sie bestritt. Sie bat die Zeugin, doch alles zu tun, was in ihren Kräften stehe, um die Ehe nicht zur Trennung zu bringen. Auf weiteres Befragen erklärt die Zeugin noch: Ich kenne meinen Onkel sehr genau und weiß, daß er als Offizier außerordentlich beliebt war und in Offizierskreisen allgemeine Hochachtung und Verehrung genoss. Man hätte Scheu getragen, in seiner Anwesenheit etwas Unartiges, Unfares zu sprechen. Er hat eine profunde musikalische Begabung, selbst trefflich komponiert und hatte eine hochideale Auffassung von der Ehe.

Baronesse Sah war Gesellschafterin bei Frau v. Kruse bis zu deren Verheiratung mit dem Grafen Wolke. Sie schildert den Charakter der jetzigen Frau v. Elbe als einen sehr leidenschaftlichen; sie sei im Benehmen gegen Herrn, die in ihrem Hause verkehrten, fastig gewesen. Auch wahrheitsliebend sei sie nicht gewesen. Kurz vor ihrer Verlobung mit dem Grafen Wolke habe zwischen ihr und dem Grafen ein Zerwürfnis stattgefunden. Da habe die damalige Frau v. Kruse sich dahin geäußert: Sie wolle den Grafen v. Wolke nur heiraten, um nicht mehr den Namen Kruse zu tragen. Sie habe eben Gräfin Wolke werden wollen und gesagt: wenn sie sich verheiratet hätte und Gräfin geworden sei, würde sie sich wieder schreiben lassen.

Justizrat Dr. Sello: Dies war zu derselben Zeit, wo die Frau v. Kruse glühende Liebesbriefe an den Grafen Wolke schrieb. Es folgt hierauf die Vernehmung der

Gräfin Dandelmann,

geb. Gräfin Wolke, Schwester des Privatkäfers. Sie äußert sich in folgender Weise: Ich habe den Namen der Frau v. Kruse, der jetzigen Frau v. Elbe, zum ersten Mal im Herbst 1892 gehört aus einem Brief meines Bruders, des Grafen Runo Wolke, der mir von dem tiefen Eindruck schrieb, den es auf ihn gemacht hätte, als er an der Seite eines schwerkranken Mannes eine blühende Frau sah, die den Mann zu pflegen hatte. Im Herbst erhielt ich dann von ihm einen Brief, in dem er mir mitteilte, er sei verlobt mit derselben Frau v. Kruse, von der er mir damals schrieb. Dieser Brief schloß mit

den Worten: „Etwas des Glücks jubel für einen alten Knaben wie ich.“ Im Januar bin ich mit der Braut meines Bruders zusammengelommen; ich war von dem ersten Eindruck sehr befreundet, sie zeigte sich geistvoll und liebevoll. Die ersten Stunden von ihr habe ich an mir selbst erfahren. Als ich im Opernhaus einen Ohnmachtsanfall bekam und mein Bruder mich ins Foyer brachte, war sie darüber sehr gereizt, beim nachfolgenden Souper rühte sie nichts an. Bei einer anderen Gelegenheit, als sie über Blinddarmentzündung klagte, hatte ich ihr einen Arzt geschickt, der sie untersuchen sollte. Sie war darüber sehr ungeduldig, und der Arzt sagte mir, er hätte keine Spur von Blinddarmentzündung gefunden. Schließlich wurde sie immer launischer, sie war eifersüchtig auf mich und auf alle Freunde meines Bruders, der inzwischen nach Wien gereist war. Er erhielt nach Wien von Frau v. Kruse viele schlechtgelaunte Briefe und schließlich ein Telegramm, das so gereizt klang, daß mir mein Bruder telegraphierte, ich möchte nach Wien kommen. Bei meiner Ankunft sagte er mir, er hätte an Frau v. Kruse geschrieben, daß es besser sei, die Verlobung zu lösen. Sie erschien dann in später Nachtstunden an der Tür meines Schlafzimmers, ich rief und tobte. Sie konnte das Telegramm nicht geschrieben haben, sonst wäre sie wahnsinnig gewesen, sie liebe meinen Bruder viel zu sehr. Endlich brachte ich sie so weit, daß sie nach Hause fuhr, es war wohl 1 1/2 Uhr morgens. Am anderen Morgen suchte sie mich wieder auf. Sie warf sich immer gegen die Tür, rang die Hände, fiel mir zu Füßen, immer beteuert, sie liebe Graf Kuno so grenzenlos; sie machte auch Andeutungen, daß sie nicht leben könnte ohne meinen Bruder. Ich sagte, sie sollte doch auch an die Erziehung ihres Sohnes denken, noch sei es an der Zeit, von dem Bruder zu lassen. Sie erwiderte: „Ich liebe nur Kuno und will ihn besitzen, was ist mir der Sohn?“ Diese Szenen setzten sich fort. Am nächsten Tage war der Dienst Kollitses vorbei. Bei dem Wiedersehen hing ich an seinem Halbe und schwor, daß alles Mißverständnis seien. Sie bat und flehte mich an, ich glaube ihr und hat meinen Bruder, sich mit ihr zu versöhnen. (Mit schluchzender Stimme) Das ist die schwerste Schuld meines Lebens, denn mein unglücklicher Bruder mußte darunter auf das tiefste leiden. Zwei Tage darauf frühstückten wir zusammen, da war Frau v. Kruse schon wieder launisch. Sie bat mich dann, mit ihr nach Berlin zu fahren, um die Brautkleider zu kaufen. Sie sagte mir dann, wie peinlich es ihr sei, allein vom Hotel zu ihrer Hochzeit zu fahren und niemand zu haben. Auf meine Hinweisung auf den Vater und die Mutter der Frau v. Kruse sagte sie mir: Der Vater ist mir nichts, die Mutter ist nicht präsentabel. Darauf erklärte ich mich bereit, in diesem Falle Mutterstelle zu vertreten. Alle meine Mühungen aber verschwanden als ich sah, wie Frau v. Kruse dann bei den Einkäufen bei Gerson die armen Modistinnen behandelte und qualte. Dann waren wir auf Peterwitz im Schloß der Gräfin Pourtales. Dort machte sie meinem Bruder erregte Szenen, man hörte das Schreien bis auf den Schloßplatz. Als dann die unglückselige Nordlandreise kam, an der Graf Kollits teilnehmen sollte, wollte sie meinen Bruder von der Teilnahme an dieser Reise abhalten. Sie forderte meinen Bruder auf, mit ihm im Garten spazieren zu gehen. Er kam nach zwanzig Minuten zurück, bleich und aufgeregter. Er hat meinen Sohn, den Grafen Dankemann, doch einmal im Garten zu suchen, die arme Lily sei ganz verzweifelt wegen der Nordlandreise. Nach langem vergeblichen Suchen kam die Gräfin schreiend auf Graf Dankemann zu, knietete sich an seinen Arm und sagte: „Nette mich vor ihm, dein Vater ist mir erschienen!“ Als sie ins Schloß zurückgekehrt war, hörten wir sie noch von oben schreien. Ich ging in mein Zimmer und sah, wie mein Bruder sie um die Taille gefaßt hatte und zu beruhigen versuchte. Sie riß sich los und warf sich gegen die Schlafstube mit Kopf und Rücken. Vom Fürsten Eulenburg erhielt ich dann einen Brief, in dem es hieß: „Ich kann Dir nicht sagen, wie ich unter dem Gesicht Kunos leide. Ich habe keine Ruhe und zerbreche mir Tag und Nacht den Kopf, wie das zu Ende gebracht werden könnte, denn das muß es, wenn wir den Kuno nicht zugrunde gehen lassen wollen. Seit gestern hat er ein geschwollenes Auge.“ Das war im März 1908. Acht Tage darauf traf mein Bruder ein. Er sah so aus, daß ich ihn nicht wieder erkannte. Nach und nach erzählte er mir das ganze Elend seiner Ehe. Schließlich kreiste er den linken Armel auf und zeigte mir Wunden, wohl an 20, wie von einem Raubvogel mit Krallen herausgehakt. Er sagte, diese Wunden hätte ihm seine Frau beigebracht. Ich erhielt dann von der Gräfin einen Brief, in dem sie mich bat, einen Versuchungsversuch zu unternehmen. Sie sei zu dieser Bitte durch eine spiritistische Manifestation gekommen. Ein geschlossenes Buch hätte am anderen Morgen auf ihrem Tisch gelegen und wäre darin die Stelle unterstrichen gewesen: „Wende Dich an sie!“ Das sollte von meinem verstorbenen Mann herrühren.

Auf Befragen des Oberstaatsanwalts und des Justizrats Sello befandet die Zeugin, ihr Bruder habe viele Frauenfreundschaften gehabt, er sei immer ein edler Charakter gewesen. Auf die Frage des Vorsitzenden verzichteten alle Beteiligten auf weitere Beweisaufnahme.

Es folgen die Gutachten der Sachverständigen.

Medizinalrat Dr. Hoffmann antwortet auf die Frage, ob nach seiner Ansicht der Graf Kollits homosexuell sei: Auf Grund dessen, was wir hier gehört und gesehen haben, habe ich keinerlei Anhaltspunkte dafür gefunden, daß bei dem Herrn Nebenkläger Homosexualität vorliegt. Aus der Verhandlung ist hervorgegangen, daß die Aussage der Frau v. Elbe eine der Quellen, wenn nicht die einzige Quelle ist, aus der die Anschuldigungen gegen den Grafen Kollits geflossen sind. Da muß man Frau v. Elbe ärztlich darauf hin befragen, ob diese Quelle eine solche ist, aus der die reine, objektive, lautere Wahrheit quillt. Ich glaube ja, daß Frau v. Elbe meint, nach bestem Wissen die Wahrheit zu sagen, aber man muß doch an ihre schwere Trübsalbergung aus dem Jahre 1898/1899 denken. Frau v. Elbe hat mehr als fünf Viertel Pfund Trional genossen, und solche chronische Trionalvergiftung hat ganz bestimmte Erscheinungen im Gefolge und geben ein Krankheitsbild, wie es sich bei der Frau v. Elbe zeigt. Aus einer solchen Zeit kann man keine klare Erinnerung haben und Frau v. Elbe hat ja hier selbst befunden, daß sie eine Waise in L. am Gedächtnis hat. Bei einer solchen Patientin kommen durch die Phantasie Zeichnungen und Bilder zulage, die der objektiven Wahrheit nicht entsprechen. Dr. Frey hat uns hier eingehend dargelegt, daß Frau v. Elbe schwer hysterisch sei, ihre Einbildungskraft sehr groß ist, sie leidet in Erregung gerät, und der Herr Oberstaatsanwalt hat ganz recht, wenn er auf das Wort hinwies: quaevis hysterica mendax. Wenn man aus solcher Quelle schöpfen will, dann darf man der betreffenden Person nur so weit trauen, als man sie kontrollieren kann auf ihrer Reproduktionsfähigkeit. Frau v. Elbe nun war keine zuverlässige Quelle. Sie war eifersüchtig gegen jedermann. Aus dieser Quelle können wir nichts folgern, was als Unterlage für unser Gutachten dienen kann. Die Behauptungen, die von der Frau dem Grafen Kollits in den Mund gelegt werden, sind nicht gegen die Ehe im allgemeinen gerichtet gewesen, sondern hatten nur auf diese Ehe Bezug. Die Behauptung, daß der Graf Kollits auflege und was Frau v. Elbe in Bezug auf die ihr einmal verdorbene Weihnachtsfreude gesagt hat, hat in der jetzigen Verhandlung eine mehr als harmlose Aufklärung erlitten, ebenso die Szene mit dem Taschentuch, die als Perfidie jetzt hier dargestellt ist. In den Augen der Frau v. Elbe ist davon ganz etwas anderes geworden. Es kann aus dem, was diese Verhandlung ergeben hat, absolut nichts gefolgert werden, was für eine Homosexualität des Grafen Kollits sprechen könnte. Es mag sein, daß der Verkehr des Grafen mit seinem Freunde, dem Fürsten Eulenburg, ein etwas schwärmerisches, wie Herr Grafen sagt, verhältnismäßig war; aber es handelt sich dabei doch nur um ideale, künstlerische Schwärmerie. In dem kürzlich in der „Woff. Zig.“ hervorgehobenen Briefwechsel zwischen Goethe und Zelter, Wagner und Liszt kommen noch ganz andere schwärmerische Ausdrücke vor, ohne jeden erotischen Beigeschmack.

Gegen ein etwaiges Vorhandensein einer „unbewußten Homosexualität“ müßte man im vorliegenden Falle energisch Front machen, denn hier handelt es sich nicht um einen jungen Mann, sondern um einen Mann, der die Liebe selbst genossen hat und wissen muß, ob seine Freundschaft frei von erotischem Beigeschmack ist. Ich halte Homosexualität nicht für vorliegend. Justizrat Kleinholz: Herr Sachverständiger, würden Sie annehmen, daß Herr Grafen als Laie im Jahre 1902 die auf hysterie hinweisenden Krankheits Symptome bei der Frau von Elbe erkennen konnte? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Wie auch schon Herr Dr. Frey hier gesagt hat, sind gerade bei der Frau v. Elbe die Krankheits Symptome sehr schwer und wahrscheinlich von einem Laien gar nicht zu erkennen. Justizrat Kleinholz: Konnte Herr Grafen nicht, nach dem ganzen Eindruck, den Frau v. Elbe auf ihn machte, vielleicht annehmen, daß Frau v. Elbe völlig gesund ist? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Das konnte er allerdings. Justizrat Kleinholz: Konnte der Angeklagte nicht aber auch, wenn er infolge des glaubwürdigen Eindruckes der Frau von Elbe, ihre Angaben als absolut wahr hielt, auf den Gedanken kommen, daß tatsächlich auf Seiten des Grafen Kollits eine homosexuelle Veranlagung vorliegend ist? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Wenn er das, was ihm die Frau v. Elbe erzählte, als wahr betrachtet hat, so konnte er allerdings zu dieser Annahme gelangen. Vors.: Meinen Sie, daß Herr Grafen, wenn er von den Eheheftungsakten Kenntnis gehabt hat, bei dieser Annahme festhalten dürfte? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Wenn der Angeklagte die Gutachten in der Eheheftungs Sache gelesen hatte, so mußte er sehr vorsichtig sein. Justizrat Kleinholz: Glauben Sie, Herr Sachverständiger, daß der Angeklagte damit rechnen konnte oder mußte, daß ihm Frau v. Elbe die bewußte Unwahrheit mitteilen würde? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Herr Grafen ist nicht der einzige und wird auch nicht der letzte sein, der von einer hysterischen Frau getäuscht wird. Justizrat Bernstein: Wenn Sie, Herr Sachverständiger, hören, daß ein bekannter Mediziner, wie Herr Geheimrat Professor Dr. Schwemmer, eifrig erklärt hat, er habe absolut keine Veranlassung gehabt, an der Zurechnungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit irgendwem zu zweifeln, wurden Sie dann annehmen, daß Frau v. Elbe in noch viel größerem Maße auf Herrn Grafen als Laien einen glaubwürdigen Eindruck gemacht hat? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Ich glaube diese Frage schon beantwortet zu haben. Ich persönlich bin der festen Ueberzeugung, daß Frau v. Elbe auf Grafen den Eindruck der vollsten Glaubwürdigkeit gemacht hat. Justizrat Bernstein: Frau v. Elbe hat in dem ersten Termin auf die deutliche Frage des damaligen Herrn Vorsitzenden erklärt, daß jene Aeußerung des Grafen Kollits: die Ehe sei eine Coehonnerie usw., sich nicht auf ihre eigene Ehe beziehen, sondern auf die Institution der Ehe im allgemeinen. Würden Sie nicht, wenn ein Mann derartige Aeußerungen von Mosek, Coehonnerie usw. macht, hieraus auf eine abnorme sexuelle Veranlagung schließen? Medizinalrat Dr. Hoffmann: Auf derartige Aeußerungen allein würde ich eine derartige schwerwiegende Annahme niemals stützen. Justizrat Bernstein: Ich bitte im Anschluß hieran festzustellen, daß, wie aus dem Urteil des Schöffengerichts hervorgeht, das erste Gericht dem Zeugnis der Frau v. Elbe vollen Glauben geschenkt hat. Falls diese Tatsache besprochen werden sollte, so würde ich die Verlesung des ersten Urteils beantragen. Graf Kollits: Ich bitte darum, hier nochmals sagen zu dürfen, daß ich niemals die Aeußerung gebraucht habe: „Ich hasse diese Frau!“ Jene Aeußerungen von — — Coehonnerie und — — habe ich nicht in der Tat gesagt und auch nie auf meine eigene Ehe bezogen. Ich will hier nochmals feststellen, daß ich gesagt habe: „Wenn die Liebe und Hochachtung aus sittliche Basis zur Ehe fehlt, dann ist tatsächlich die Ehe eine“

Sachverständiger, Sanitätsrat Dr. Wolf:

Ich habe aus der Verhandlung keine Spur von Homosexualität des Grafen Kollits entnehmen können, keine Spur von homosexueller Veranlagung oder irgend welcher homosexueller Richtung, weder bewußter noch unbewußter. Ich kann sagen, daß ich nicht das Geringste gefunden habe. Die Freundschaft mit dem Fürsten Eulenburg darf nicht so bewertet werden, wie eine gewöhnliche Freundschaft. Selbst wenn solche zärtlichen Ausdrücke zwischen den Freunden gewechselt sind, wie behauptet worden, so muß man doch daran denken, daß es sich hier um eine Freundschaft handelt, die 40 Jahre währt, in welcher die beiden Freunde durch gemeinsame künstlerische Interessen verbunden sind. Eine solche Freundschaft könnte nicht so bewertet werden, wie eine andere Freundschaft, selbst wenn noch kräftigere Ausdrücke vorkämen. Ich kann mir nicht denken, daß bei dem Grafen Kollits irgend etwas Sexuelles vorliegt. Ich habe während der ganzen Verhandlung absolut nichts von einem sogenannten femininen Verhalten bei dem Grafen Kollits bemerkt, keine Spur von weiblicher Richtung, höchstens könnte ein Liebeswollen in dieser Beziehung vielleicht geltend machen, daß hier Graf Kollits hin und wieder ein Riechfläschchen benutzte. Aber selbst bei femininen Einschlägen kann man überhaupt nicht gleich auf Homosexualität schließen. Wenn man daraufhin Untersuchungen anstellen wollte, würde man bei vielen Männern dies oder jenes Feminines finden. Was das angebliche Schwimmen und das Lieben von Säuglingen betrifft, was dem Grafen nachgesagt wurde, so hat diese Verhandlung gerade das Gegenteil erwiesen. Auch in dem Benehmen des Grafen gegenüber seiner Ehefrau ist nichts Homosexuelles zu bemerken. Bis kurz vor der Trennung der Ehe hat der Graf seine ehelichen Pflichten erfüllt. Auch in dem Verhalten des Grafen dem weiblichen Geschlecht gegenüber ist nichts zu finden, was auf Homosexualität hinweist. Auch wenn alle Aeußerungen der Frau von Elbe als wahr festgestellt, würde ich daraufhin niemals Homosexualität behaupten, sondern gesagt haben, es müßte dann noch weiterer Beweis erhoben werden. Ich lege diesen Aussagen der Frau aber gar keine Bedeutung bei. Den Satz „quaevis hysterica mendax“ kann ich nicht unterschreiben. Es gibt eine ganze Anzahl hysterischer, die ebenso wahrheitsliebend sind, wie andere. Aber hier hat sich, namentlich nach der Darstellung der Gräfin Dandemann, ein Bild der Frau v. Elbe dargestellt, daß ich aus diesem Grunde einer solchen Persönlichkeit so leicht nicht Glauben schenken würde.

Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Da bei böswilliger Auslegung der Gebrauch des Riechfläschchens auf femininen Einschlag gedeutet werden könnte, müßte doch festgestellt werden, ob der Herr Graf immer das Riechfläschchen anwendet, oder nur hier während der Verhandlung.

Graf Kollits: In dem Riechfläschchen befindet sich englisches Riechholz, welches ich benutze, weil ich seit dem Oktober meinen Schlaf eingebüßt habe.

Auf eine Frage des Justizrats Bernstein gibt Sanitätsrat Dr. Wolf zu, daß Grafen keine besondere Veranlassung haben möchte, an der Glaubwürdigkeit der Frau v. Elbe zu zweifeln. Die letztere plauke ja selbst an die von ihr vorgebrachten Sachen und konnte nicht nur einen Laien, sondern auch einen Mediziner leicht täuschen.

Auf weitere Fragen der Verteidiger Justizrat Bernstein und Kleinholz sowie des Oberstaatsanwalts erklärt Sanitätsrat Dr. Wolf nochmals, daß Grafen der Frau v. Elbe viel eher glauben konnte, wie er selbst als Sachverständiger. Er selbst habe mit Behauptungen hysterischer Frauen die Erfahrung gemacht, daß er in solchen Dingen überhaupt nichts mehr glaube. Justizrat Bernstein: Hat nicht Grafen der Frau v. Elbe glauben müssen, nachdem sie ihm von Prof. Dr. Schwemmer vertraut worden war, zu dessen Bekanntheit er das größte Vertrauen hatte und nachdem die Ehefrau dieses Arztes, die Richtige des Grafen Kollits, die Glaubwürdigkeit nicht angezweifelt hat?

Sanitätsrat Dr. Wolf hält dies für möglich. Auf eine weitere Frage des Justizrats Dr. Bernstein erklärt der Sachverständige: Er habe die „Zukunft“ von ihrem Erscheinen an gelesen und würde annehmen, daß an der Liebeszeugungstreue Grafens bei dem, was er sagt, kaum zu zweifeln sei. Bismarcks Zeugnis. Grafen: Ich betone auch hier, daß ich niemals eine Homosexualität des Nebenklägers behauptet habe, sondern nur eine erotische Freundschaft und ein Abweichen von der Norm des Sexualverhaltens. Wird es für den Herrn Sachverständigen von Einfluß sein, daß diese Freundschaft zu einem anderen Raume bestand, von dem nach zwei besprochenen Aussagen der Gründer des Deutschen Reiches gesagt hat, daß er verheiratet war? Vors.: Von zwei besprochenen Aussagen kann doch keine Rede sein, denn Dr. Bismarck Aussage war doch anders. Grafen: Würden Sie für den Fall, daß der Reichszangler sich über die zweite Person so geäußert hat, auch ein anderes Urteil über Kollits haben? Dr. Wolf: Ich kann das nur verneinen; dann müßte erst der Nachweis erbracht werden, daß Fürst Eulenburg eine solche Beziehung dem Grafen Kollits gegenüber schon bestanden hat. Grafen: Würde die Aenderung Ihres Urteils eingetreten sein, wenn man das erste Urteil über Eulenburg in der hier angegebenen Form von Bismarck hörte und dann in glaubwürdiger Weise dasselbe Urteil über die zweite Person vernimmt? Dr. Wolf: Voraussetzung ist die Richtigkeit des Bismarckschen Urteils. Vors.: Bismarck war doch ein schlechter Menschenkennner, wie der Angeklagte selbst zugab. Oberstaatsanwalt: Nach dem, was hier in der Beweisaufnahme festgestellt ist, kann also von einer erotisch betonten Freundschaft nicht die Rede sein. Dr. Wolf: Nein.

Geheimrat Prof. Eulenburg:

Ich kann mich von beiden Vorgängern unbedenklich anschließen. Ich habe keine Spur von irgend einer homosexuellen Veranlagung, Empfinden oder Betätigung bei dem Grafen Kollits erkennen können. Eine unbewusste Homosexualität kann ich überhaupt nicht zugeben, ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkt Befehls. Ich muß sagen, daß ich in den dem Grafen Kollits imputierten Aeußerungen nichts besonderes finden kann. Es sind Aeußerungen, die nicht einmal original sind, Ausdrücke der Verstimmung, die ich in keiner Weise für die angeblühete Homosexualität verwerten kann. Was die Taschentuchszene betrifft, so würde ich, wenn es sich hier um eine Perfidie gehandelt hat, dies nicht als ein glückliches Vorgehen einer als krank anzusehenden Person gegenüber betrachten können. Auch ich kann den Satz „quaevis hysterica mendax“ nicht als richtig ansehen. Es gibt ja hysterische verlogene Personen, die aber schon vorher verlogen waren. Eine hysterische Lüge niemals, sie sagt aber auch niemals die Wahrheit, diese beiden Begriffe kennt sie eben nicht. Sie konstatiert sich etwas, woran sie selbst nicht glaubt. An der Hysterie der Frau v. Elbe ist nicht zu zweifeln. Sie dürfte auch nicht erst in der unglücklichen Ehe mit dem Grafen Kollits entstanden sein, sondern namentlich nach den Befundungen der Gräfin Dandemann schon früher bestanden haben.

Oberstaatsanwalt Dr. Jsenbiel: Unsere Meinungen über die Glaubwürdigkeit hysterischer Personen gehen gar nicht weit auseinander. Sie legen nur das Hauptgewicht auf das Wort „Lüge“ und ich auf die Unwahrscheinlichkeit.

Justizrat Bernstein richtet an den Sachverständigen dieselben Fragen, wie an die bisher vernommenen, ob Grafen den Angaben der Frau v. Elbe vollen Glauben schenken durfte und ob Grafen unläutere Motive zuzutrauen seien.

Geheimrat Eulenburg: Die Möglichkeit, von hysterischen getäuscht zu werden, ist außerordentlich groß, auch mir ist das oft passiert. Niemand ist vor solcher Täuschung sicher, am wenigsten ein Laie. Ich kenne Grafen seit langen Jahren, ich würde ihm bei jeder Art seines Vorgehens niemals unläutere Motive zutrauen.

Graf Kollits: Ich möchte, um alle Mißverständnisse zu beseitigen, noch einmal die mysteriöse Taschentuch-Affäre erörtern. In der Schöffengerichtsverhandlung wurde eifrig ausgesagt, diese Szene sei aus dem Rechenzimmer beobachtet worden von Frau v. Elbe und ihrem Sohn. Hier ist es schon nicht mehr ganz so zweifellos gelassen worden. Ich möchte diesen Gegenstand noch konstatieren. Ich hatte wochenlang, nicht in persönlicher Verkehr mit dem Eulenburgischen Hause getanden, nur um Szenen zu vermeiden. Als ich das Taschentuch fand, wollte ich einen gewissen Fühler kurz vor dem Zusammenbruch unserer ganzen Ehe ausstrecken, um zu sehen, ob das eine Brandfaden bilden oder harmlos hingeworfen würde.

Es wird hierauf Dr. Magnus Hirschfeld

vernommen. Der Sachverständige befandt folgendes: „Ich habe mein Gutachten vor dem Schöffengericht über den jetzigen Herrn Nebenkläger — in der Hauptsache — auf die beidseitigen Zeugenaussagen der Frau v. Elbe gestützt. Es lag damals keine Veranlassung vor, an der Wahrheit dieser Aussagen zu zweifeln, zumal sie von dem Herrn Vorsitzenden des Schöffengerichts ausdrücklich als Grundlage des zu erstattenden Gutachtens bezeichnet worden war.

Diese Grundlage ist durch die neue Beweisaufnahme vor der Strafkammer wesentlich erschüttert worden, und zwar zunächst dadurch, daß die Zeugin Frau v. Elbe ihre frühere Aussage in tatsächlicher Beziehung abgelehnt hat, bezw. dieselbe nicht mehr in der früheren bestimmten Form aufrecht erhalten hat. Sie selbst hat während dieser Verhandlung, als ihr eine subjektive Färbung der Ereignisse vom Herrn Oberstaatsanwalt vorgehalten wurde, ausgeäuert: „Kann denn ein Mensch, der solche Räte erlitten hat, noch objektiv sein?“ Es kommt hinzu, daß bei der Zeugin nach dem Gutachten des Herrn Dr. Frey ein neuropathischer Zustand vorlag, namentlich auch während der Zeit der Ehe, welcher geeignet war, sowohl ihr Empfindungsleben, als auch die Erinnerungsbilder stark zu beeinträchtigen.

Endlich steht der beidseitigen Aussage der Frau v. Elbe auch jetzt das beidseitige Zeugnis des Grafen Kollits entgegen, welcher im Gegensatz zu der früheren Verhandlung eingehende Erklärungen zu den einzelnen Behauptungen der Zeugin abgegeben hat, deren Darstellung die Zeugin zum Teil selbst bekräftigte. Es ist natürlich ganz etwas anderes, ob jemand vom Institut der Ehe im allgemeinen sagt: „Die Ehe als solche ist eine Schwärmerie“ oder nach starken ehelichen Zwist den sexuellen Verkehr mit den Worten ablehnt: „Solche Ehe ist eine Coehonnerie“. Das ist ungeschicklich das gerade Gegenteil. Aus so stark erschütterten Unterlagen bestimmte Schlüsse zu ziehen, ist überhaupt nicht mehr möglich. Die Aussagen einer Persönlichkeit, bei der sich die pathologische Pseudologie (Unwahrscheinlichkeit) bis zu einer Pseudoappendixitis steigern kann, sind für die Begutachtung über einen Dritten nicht mehr verwertbar. Immerhin hat die Beweisaufnahme vor allem auch in dem, was der Herr Nebenkläger selbst unter seinem Elbe ausführte, eine Reihe von Symptomen geliefert, deren pathologische Analyse notwendig ist. Von vornherein kann es sich auf Grund der Beweisaufnahme vor der Strafkammer wieder lediglich um die Frage handeln, welche ich auch das vorige Mal nur erörtern konnte, ob bei dem Herrn Nebenkläger eine ihm selbst unbewußte Abwendung seines sexuellen Empfindens vorliegt. Ich möchte hierbei bemerken, daß im sadomasochistischen Sprachgebrauch unter Homosexualität zunächst nur die Empfindungsrichtung, nicht aber eine Betätigung derselben zu verstehen ist. Daß eine solche rein vergeistigte Homosexualität vorkommen kann, ist nicht zweifelhaft. Alle Autoritäten bestätigen dies und besonders ist auch hervorgehoben, daß die so Veranlagten sich selbst täuschen und zu täuschen suchen, indem sie vielfach ihre Liebe als Freundschaft ansehen und Eigenschaften des anderen hervorheben, durch welche sie die Stärkung ihrer freundschaftlichen Zuneigung vor sich und anderen zu erklären suchen. Nur einem Dritten ist es oft sehr schwierig, objektiv diesen Unterschied zwischen einer starken Freundschaft und Liebe festzustellen.

Momentbilder aus der Berliner Arbeiterbewegung im Jahre 1907.

Zu Anfang des Jahres standen unsere Parteigenossen im lebhaftesten Reichstagswahlkampf, der ihre Tätigkeit auf politischem Gebiet voll in Anspruch nahm. Auch auf wirtschaftlichem Gebiete bereiteten sich im

Januar

schwere Kämpfe vor. Am 1. wurden die Führer der Automobilroschen ausgeperrt, weil sie sich nicht einverstanden erklären wollten mit einem herabgesetzten Lohnsatz, den ihnen die Unternehmer, für welche an demselben Tage eine erhöhte Löhne in Kraft getreten war, zur Anerkennung vorlegten. Am 3. veröffentlichte der „Vorwärts“ den Silberbrief des Reichsaunziers an den Vorsitzenden des Reichsverbandes zur Verämpfung der Sozialdemokratie. Am 5. verurteilte das Landgericht den Genossen Störmer wegen angeblicher Beschimpfung der christlichen Kirche, die er in einem Vortrage in Adlershof begangen haben soll. Am 6. verbreiteten die Genossen Berlins ein Flugblatt zur Reichstagswahlagitiation. Am 8. fanden Massenversammlungen statt, die ebenfalls der Agitation für die Reichstagswahlen dienten. Eine dieser Versammlungen im Südosten des vierten Wahlkreises wurde aufgelöst, weil — Frauen anwesend waren. Am 10. hielt der Holzarbeiterverband eine größere Zahl von Versammlungen ab, die zu der von den Unternehmern angebotenen Aussperrung Stellung nahmen. Am 12. eröffnete das organisierte Unternehmertum den von langer Hand vorbereiteten Kampf gegen den Holzarbeiter-Verband. 8177 Holzarbeiter wurden an diesem Tage ausgeperrt. Am 14. war die Zahl der ausgeperrten Holzarbeiter auf 4304 gestiegen. Am 25. fanden die Reichstagswahlen statt. Die Genossen von Groß-Berlin behaupteten im harten Kampfe mit den struppelosen arbeitenden Gegnern unsere sieben Mandate und sicherten damit Berlin in seiner Position als Hochburg der Sozialdemokratie. Am 30. schlossen die Maschinisten in den Brauereien einen Tarif mit den Unternehmern ab. — Die Posamentiere wurden an demselben Tage ausgeperrt.

Februar

Am 4. hatten die Genossen des zweiten Wahlkreises den Tod eines bewährten alten Kämpfers, des Genossen Hohmann zu beklagen. Am 6. hatte der erste Berliner Wahlkreis die Stichwahl zu vollziehen, bei der die gemeinsam gegen uns kämpfenden bürgerlichen Parteien den Kreis noch einmal für den Freisinn retteten. Am 17. hielt der Schneiderverband eine große Versammlung ab, welche die Tarifbewegung der Herren-Mahlschneider einleitete. Am 21. wurde den Lichtberger Parteigenossen unser Gemeindevorstand Wilhelm Tiede durch den Tod entzogen. Am 23. spielte sich vor den Schranken des Gerichts einer jener Tendenzprozesse ab, die sich gegen die Arbeiterbewegung richten. Angeklagt waren 18 Hilfsarbeiter aus der Druckerei des „Total-Anzeiger“, welche einen Kollegen zum Eintritt in den Verband gedrängt haben sollten, was als Preisung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung angesehen wurde. 17 Angeklagte wurden freigesprochen und einer zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Am 24. fand die Massenverbreitung eines Flugblattes statt, welches bestimmt war, Abonnenten für den „Vorwärts“ und Mitglieder für die sozialdemokratischen Wahlvereine zu gewinnen. Am 27. beschloßen die Unternehmer die Aussperrung der Herren-Mahlschneider, welche nach einigen Tagen beginnen sollte. Aber die Arbeiter kamen dem zuvor. Als Antwort auf den Aussperrungsbeschluss legten 900 Mahlschneider am 28. die Arbeit nieder.

März

Am 1. wurde ein Teil der organisierten Tapezierer und Kleber ausgeperrt. Den Anlaß dazu bot der Umstand, daß die Organisation bei der Erneuerung des Tarifvertrages eine Aufbesserung der Löhne forderte. An demselben Tage kam vor dem Schöffengericht eine Klage gegen den „Vorwärts“ zur Verhandlung. Vierundzwanzig Jänner in den russischen Ostseeprovinzen traten gleichzeitig als Kläger auf und verlangten die Verurteilung des Genossen Weber wegen Verleumdung und die Zurückweisung einer Buße von 144 000 M. Diese Summe forderten die feudalen Jänner zur Reparierung ihrer angeblich verletzten Ehre. Das Gericht wies jedoch die Klage als unbegründet ab. Am 2. führten die Unternehmer der Herren-Mahlschneider die beschlossene Aussperrung aus und legten 2600 Arbeiter auf die Straße. Am 11. fand in Lichtenberg die Gemeindevorstandswahl statt, bei der unsere Parteigenossen die Mandate der dritten Abteilung behaupteten. An demselben Tage wurde der Lohnkampf der Automobilroschenführer durch Verhandlung vor dem Einigungsamt beigelegt. Am 22. verhandelten die Holzarbeiter mit den Unternehmern vor dem Einigungsamt. Ein Vergleich kam nicht zustande. Der Kampf wurde mit erneuter Energie fortgesetzt. Am 14. eroberten die Parteigenossen in Alt-Glienitz bei der Gemeindevahl zwei neue Sitze, so daß sie über vier sozialdemokratische Gemeindevorstande verfügten. Am 16. traten die Möbeltransportarbeiter in den Streik. Am 19. stellte der Bäckerverband einen Tarifentwurf auf, der als Grundlage für die in Aussicht stehende Lohnbewegung gelten sollte. Am 28. hoben die Möbeltransportarbeiter ihren Streik auf, der keinen Erfolg gebracht hat. — Die Tapezierer erklärten die allgemeine Lohnbewegung als beendet. An demselben Tage verhandelte das Einigungsamt über die Lohnbewegung im Baugewerbe. Da der Tarifvertrag mit dem Ende des Monats abließ, hielten die Arbeiterorganisationen für den Fall der Erneuerung des Vertrages eine Lohnrückzahlung und die Einführung des Achtstundentages gefordert. Die letztere Forderung lehnten die Unternehmer mit aller Entschiedenheit ab. Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt hatten deshalb kein Ergebnis.

April

Am 1., dem Ostermontag, fand in Berlin der Verbandstag der Parteiführer statt. Am 2. legten die Landschaftsgärtner die Arbeit nieder. — Die Drahtarbeiter und die Leitergerüstbauer beschloßen den Streik. Am 5. traten die Dachdecker bei einigen Firmen, welche die Forderungen der Arbeiter nicht anerkannten, in den Streik. Darauf erfolgte die Aussperrung.

Am 10. wurde Genosse Adolf Ritter im 39. Kommunalwahlbezirk als Stadtverordneter gewählt an Stelle des nach auswärts verzogenen Genossen Grünfeld. Am 10. wurde das Klassenbewußte Proletariat durch die Nachricht vom Tode des Genossen Ignaz Auer tiefstschmerzlich berührt. Am 11. wurde der Lohnkampf der Herren-Mahlschneider beendet, nachdem ein Tarif mit erhöhten Lohnsätzen vereinbart worden war. Am 12. nahmen die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter entscheidende Abstimmungen über die Lohnbewegung vor. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, an der Forderung des Achtstundentages festzuhalten. Am 14. erlebte Berlin eine der größten und eindrucksvollsten Feiern. Das Proletariat geleitete seinen unvergesslichen Ignaz Auer zur letzten Ruhestätte. Im Trauerzuge ereignete sich ein betrieblicher Unfall, Genosse August Weber wurde plötzlich vom Tode ereilt. Am 17. fällt das Einigungsamt einen Schiedsspruch zur Lohnbewegung im Baugewerbe, der einen Vertrag mit Verbeibehaltung des Achtstundentages auf drei Jahre und eine geringe Lohnerhöhung empfahl. Am 18. brachte der „Vorwärts“ ein Kapitel aus dem Berliner Polizeikampf. Er machte Mitteilung von der Enttarnung des Kriminalschuppens Paul Dietrich, der unter der Maske eines sozialdemokratischen Arbeiters im Wahlverein herumgespioniert hatte. Am 21. wurde ein Flugblatt zugunsten des Boykotts von Schneidergeschäften verbreitet. — An demselben Tage fand die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins statt.

An den folgenden Tagen nahmen die Arbeiterorganisationen im Baugewerbe Stellung zu dem Schiedsspruch des Einigungsamtes. Das Ergebnis der Abstimmungen war die Ablehnung des Schiedsspruchs. Am 25. wurden die Genossen wieder durch eine Trauerbotschaft betroffen. Diesmal war es Robert Schweichel, dem der Tod die Augen für immer geschlossen hatte. Am 27. stand der „Vorwärts“ wieder vor Gericht. Sein verantwortlicher Redakteur Hans Weber wurde wegen Verleumdung eines Eisenbahnpräsidenten zu 600 M. und wegen Aufwiegung zur Begehung einer strafbaren Handlung zu 20 M. verurteilt. Es handelte sich in diesem Falle um die Aufforderung, einer ungeleglichen Versammlungsaussperrung nicht Folge zu leisten.

Mai

Die Feier des 1. Mai gestaltete sich auch in diesem Jahre zu einer imposanten Kundgebung des Berliner Proletariats. Am 7. verurteilte das Gericht den Genossen Wenzel in-Groß-Lichterfelde zu einer Geldstrafe von 300 M., weil er in einem Flugblatt eine grauerische Verleumdung der Lichterfelder Parteigenossen gekennzeichnet und widerlegt hatte, wodurch nach Ansicht des Gerichts der Redakteur vom „Groß-Lichterfelder Total-Anzeiger“ beleidigt sein soll. Am 11. bestrafte das Einigungsamt wieder mit dem großen Kampf in der Holzindustrie. Es fällt einen Schiedsspruch, den die Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes am 12. und die Generalversammlung der Arbeitgeber am 13. annahm. Dadurch war die Aussperrung, welche seit Mitte Januar über die Arbeiter verhängt war, beendet. Am 18. nahm in Berlin der Verbandstag der Töpfer seinen Anfang. Am 14. verhandelte der Bäckerverband mit der Freien Vereinigung der Bäckermeister vor dem Einigungsamt. Es wurde ein Schiedsspruch gefällt, dessen Inhalt der Verband nimmermehr als Forderung gegenüber den Innungen aufstellte. Am 18., dem Pfingstsonntag, begann die Aussperrung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Damit hatten die Unternehmer den Angriff auf die Arbeiter eröffnet und das Signal zu dem großen Kampfe gegeben, der für die folgenden Wochen im Vordergrund des allgemeinen Interesses stand. Während der Pfingsttage hielten die Transportarbeiter und die Handschuhmacher ihre Verbandstage in Berlin ab. Am 25. wurde wieder ein alter Parteigenosse, Jakob Samberger durch den Tod aus unserer Mitte gerissen. Am 28. beantworteten die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter den Angriff der Unternehmer mit dem Streik. Am 29. traten die Bäcker in den Streik, da alle Verträge, mit den Innungen zu einer Verständigung zu kommen, fehlgeschlagen waren. In den Kampf, den die Bäcker für die Verbesserung ihrer elenden Lage führten, griff auch die Arbeiterkraft Berlins kräftig ein und unterstützte die Kämpfenden durch den Boykott. — Der Bäckerstreik sowie der Kampf im Baugewerbe bildeten auch im Monat

Juni

die bedeutsamsten Ereignisse in der Arbeiterbewegung Berlins und wurden in Versammlungen und in der Presse lebhaft erörtert. Am 2. beschloßen die Payer, zugunsten der Maurer die Arbeit niederzulegen. An demselben Tage wurde der Anschlag eines Unternehmers gegen den Bäckerstreik bekannt. Das Geheimdiplom sperrte allen Bäckermeistern, welche die Forderungen der Gesellen bewilligt hatten, die Lieferung von Hefe fast schon es, als sollte dieser Schlag den beabsichtigten Erfolg haben, doch noch im letzten Augenblick gelang es der Streikleitung, den bedrohten tarifstreuen Meistern Hefe in ausreichendem Maße zu beschaffen. Am 4. beschäftigten sich 25 Volksversammlungen mit dem Bäckerstreik. Das Proletariat Berlins bezeugte den Streikenden seine volle Sympathie und sagte weitgehendste Unterstützung durch Beachtung des Boykotts zu. Am 11. erklärten die Bäcker den Streik für beendet. Sie hatten an Erfolge erreicht, was den Umständen nach zu erreichen möglich war. — In der Folgezeit führte die Arbeiterkraft den Boykott weiter, während die Polizei den nichtbewilligenden Meistern dadurch zu Hilfe kam, daß sie die Entfernung der Plakate verlangte, durch welche die tarifstreuen Bäckermeister ihren Kunden anzeigten, daß sie mit ihren Gesellen in Frieden leben. Am 12. nahmen die Dachdecker die Arbeit wieder auf, nachdem durch vorhergegangene Verhandlungen eine Verständigung erzielt worden war. Doch bald darauf hieß es, die Einigungsbedingungen seien mißverstanden, den Arbeitern solle weniger zugestanden werden als sie annahmen. Die Arbeit wurde aufs neue niedergelegt. Am 20. fand vor dem Einigungsamt die endgültige Beilegung des Dachdeckerstreiks statt, der nun nach einer Dauer von 11 Wochen beendet wurde. — Der Monat

Juli

brachte wenig Ereignisse, die von bestimmten Tagen aus datiert werden können. Der bevorstehende Internationale Sozialistenkongress gab Anlaß zu Erörterungen in der Presse und die Parteiorganisationen trafen ihre Vorbereitungen zu demselben, sie diskutierten die auf der Tagesordnung des Kongresses stehenden Angelegenheiten und wählten ihre Delegierten zum Kongress. Das geschah am 7. in der Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeslow, am 16. in den sechs Berliner Wahlkreisen und am 20. im Kreise Niederbarnim. Am 14. fand eine Konferenz der Krankenkassen der Provinz Brandenburg statt.

Am 28. veranstaltete der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter eine Protestversammlung gegen Maßnahmen, welche die Polizei gegen die Aufstärkung und die Organisation der jungen Leute ins Werk gesetzt hatte.

August

Am 9. wurde der allgemeine Streik im Baugewerbe aufgehoben und die Fortführung des Einigungskampfes in Aussicht gestellt. Am 11. tagte die Generalversammlung des Verbandes der Sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin. Der Vorstand erstattete den Geschäftsbericht, der einen erfreulichen Fortschritt der Bewegung konstatierte. Zur Beratung der Abänderung des Verbandstatuts kam es aus formalen Gründen nicht. — Genosse Singer präzisierte in der Generalversammlung die Stellung der Partei und des Parteivorstandes im Kampfe für die Befreiung des preussischen Dreiklassenwahlrechts und konstatierte unter Hinweis auf die Unzuverlässigkeit des bürgerlichen Liberalismus, daß der Kampf für die Erringung des Reichstagswahlrechts in Preußen nur von der Sozialdemokratie konsequent und entschieden geführt wird. In der zweiten Hälfte des Monats gaben der bevorstehende Parteitag und die Konferenz der Provinz Brandenburg unseren Parteigenossen Anlaß zu Erörterungen und Veranstaltung von Versammlungen, Diskussionen und Delegiertenwahlen zur Provinzialkonferenz und zum Parteitag fanden statt am 13. in den sechs Berliner Wahlvereinen und am 18. in Teltow-Beeslow.

September

Am 1. wurde die Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg abgehalten. Am 8. erstatteten die Delegierten vom Internationalen Kongress Bericht in den Berliner Wahlvereinen. Die Stellung, welche die Sozialdemokratie zur Kolonialpolitik einzunehmen hat, wurde im Anlaß auf die Kongressverhandlung lebhaft diskutiert und auch später noch verschiedentlich in der Presse erörtert. Am 11. verurteilte die siebente Strafkammer den Genossen Peters, Vorstandmitglied des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter wegen Aufwiegung zum Klassenhass zu 50 M. Die strafbare Handlung fand das Gericht in der Verbreitung eines Liedes, welches das „aufreizende“ Lied enthält: „Ihr habt die Radau in Händen, wenn Ihr nur einig seid“. Am 15. sammelten die Zentralverbände der Handlungsgewerben und der Transportarbeiter mit Hilfe der organisierten Parteigenossen bei den Geschäftsinhabern Unterschriften für die Herbeiführung des Achtstundenschlusses. Am 27. wurde in den Berliner Wahlvereinen Bericht vom Parteitage erstattet, der vom 15. bis 21. in Offen abgehalten worden ist. Am 28. fand die Generalversammlung des Kreises Niederbarnim statt, die sich außer mit dem Parteitagebericht auch mit der Stellungnahme zum bevorstehenden preussischen Parteitage befaßte.

Oktober

Zu Anfang des Monats wurde der Streik bekannt, den die Berliner politische Polizei gegen unsere Parteiführer zu führen gedachte, indem sie zwei Lehrern der Schule, den Genossen Pannekoek und Hilferding die Ausweisung androhte, falls sie ihre Lehrtätigkeit fortsetzen würden. In den ersten Tagen des Oktober setzte die Agitation für die Stadtverordnetenwahlen in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg ein. Zahlreiche Versammlungen, die im Laufe des Monats abgehalten wurden, dienten der Kommunalwahlbewegung. Am 8. traten die Töpfer in den Streik, um eine von den Unternehmern beabsichtigte Verschlechterung des Lohnsatzes abzuwehren. Am 5. begann der Streik der Hausdiener, Packer usw. im Warenhaus A. Jandorf u. Co. Es galt, eine die Arbeiter entrechtende Strafbestimmung im Verträge zu Falle zu bringen. Am 14. wurde im Germaniaaal in der Chausseestraße der vom Vorstande des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins veranstaltete Vortragszyklus über Nationalökonomie eröffnet. Am 15. nahmen die Generalversammlungen der sechs Berliner Wahlkreise Stellung zum preussischen Parteitage. Am 16. fand in Reisersaal eine imposante Volksversammlung statt, wo Genosse Weibel über die Volkspolitik sprach. Am 17. verbreiteten die Parteigenossen eine Agitationsnummer des „Vorwärts“. Am 18. begann im „Deutschen Hof“ in der Ludenstraße der zweite von Groß-Berlin veranstaltete Vortragszyklus über Nationalökonomie. Am 20. gingen die Genossen mit gutem Erfolge an die Gewinnung von Abonnenten auf den „Vorwärts“ und Mitgliedern der sozialdemokratischen Wahlvereine. Am 21. fand in der „Neuen Welt“ eine Massendemonstration gegen das Urteil des Reichsgerichts im Hochverratsprozeß Liebknecht statt. In der Versammlung sprachen die Genossen Richard Fischer und Karl Liebknecht, der am Tage darauf die ihm vom Reichsgericht auferlegte Festungstrafe von 1 1/2 Jahren antrat. Am 27. hielt der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Groß-Berlins eine Generalversammlung ab, welche verschiedene notwendig gewordene Abänderungen des Statuts beschloß, die vorher von den Parteigenossen in den Wahlkreisen beraten worden waren. Auch wurde bekannt gegeben, daß die Genossen auf den kurz vorher abgehaltenen Zahlabenden den Boykott über die Firma Jandorf beschlossen hatten. Am 29. wurde der Töpferstreik beendet, da eine Einigung mit den Unternehmern zustande gekommen war.

November

Am 2. fand die Stadtverordnetenwahl in Schöneberg statt. Unsere Parteigenossen behaupteten ihre beiden Mandate und gewannen zwei neue Mandate. Am 3. wurden in Groß-Berlin 1 200 000 Flugblätter verbreitet, welche die Bevölkerung zum Boykott der Jandorfschen Warenhäuser aufriefen, um den Streik der Hausdiener zu unterstützen. In der darauf folgenden Woche wurde der Boykott mit großer Energie durchgeführt. Am 6. wurden die Stadtverordnetenwahlen in Berlin vollzogen. Unsere Partei behauptete die 19 Mandate der dritten Abteilung, die sie in den diesmal zur Wahl stehenden Bezirken schon bisher im Besitz hatte. An demselben Tage fand auch in Charlottenburg die Stadtverordnetenwahl statt mit dem Erfolge, daß unsere Parteigenossen sechs Mandate der dritten Abteilung behaupteten. Am 9. kam eine Einigung mit der Firma Jandorf zustande. Infolgedessen konnte der Streik beigelegt und der Boykott, der seine Wirkung getan hatte, aufgehoben werden. Am 11. spielte sich vor Gericht eine Episode ab aus dem Kampfe, den der Bäckerverband gegen Nichtstände im Arbeitsnachweis der Innung führt. Genosse Schneider vom Bäckerverband wurde wegen formaler Verletzung verurteilt, aber dem Arbeitsvermittler der Bäckerinnung wurde nachgewiesen, daß er sich öfter von Arbeitsjünglingen hat belästigen lassen.

Am 18. protestierte eine Versammlung gegen politische Maßnahmen, welche den Zweck haben, der Jugend das Turnen im Arbeiterturnverein „Fichte“ unmöglich zu machen.

Am 19. tagte eine außerordentliche Frauenkonferenz, welche sich mit der Dienstbotenfrage beschäftigte und Maßnahmen zur Förderung der Organisation und Agitation unter den Dienstmädchen beriet.

Vom 21.—23. ereigneten die Verhandlungen des preussischen Parteitag das allgemeine Interesse. — Unmittelbar darauf setzte in Preußen die Bewegung für die Erringung eines demokratischen Wahlrechts ein. In Berlin wurden zu diesem Zwecke am 24. Flugblätter verbreitet und am 26. eine große Zahl massenhaft besuchter Demonstrationen abgehalten.

Im Laufe des Monats fanden unter Mitwirkung des Parteivorstandes mehrmals Verhandlungen zwischen Vertretern der beiden gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen statt, um eine Verschmelzung dieser Organisationen herbeizuführen.

Dezember.

Am 1. und 2. beschäftigte sich eine Konferenz der Vereinigung der Zimmerer mit der Verschmelzungsfrage und stimmte den Bedingungen zu, welche die Vertreter beider Organisationen vereinbart hatten.

Am 3. wurde in den Generalversammlungen der Wahlvereine Bericht vom preussischen Parteitag erstattet.

Am 12. stimmte eine Versammlung des Zentralverbandes der Maurer den mit der Lokalorganisation vereinbarten Uebereinstimmungen zu.

Am 16. wurde die Stadtverordnetenwahl in Sichtenberg vollzogen. Unsere Parteigenossen eroberten 15 von den 16 Mandaten der dritten Abteilung.

Am 25. besprach der „Vorwärts“ die Ergebnisse einer von der Berliner Gewerkschaftskommission aufgenommenen Statistik über den Umfang der Arbeitslosigkeit.

Am 27. und 28. tagte die Konferenz der Freien Vereinigung der Maurer, welche den mit dem Zentralverband vereinbarten Uebereinstimmungen zustimmte.

Das Werk der gewerkschaftlichen Einigung, welches gegen Ende des alten Jahres bedeutend gefördert wurde, wird im neuen Jahre zum befriedigenden Abschluß gelangen. Ein Bruderzwist, der die gewerkschaftliche Bewegung in früheren Jahren störte, ist damit aus der Welt geschafft zum Nutzen der gesamten klassenbewußten Arbeiterbewegung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 4. Januar, veranstaltet das Personal der „Allgemeinen Wollverwertungs-Gesellschaft m. b. H.“, Charlottenburg, in den Räumen des „Kaiser Friedrich-Zelt“, Berlinerstr. 83, einen Maskenball; in Groß-Lichterfelde sind zum 11. Januar folgende Veranstaltungen geplant: im Restaurant von Hennig Maskenball des „Gärtnervereins 1904“, im „Schützenhaus“, Zehlendorferstraße, Maskenball des „Gesangvereins Eintracht“. Ebenfalls am 11. Januar findet ein Vergnügen des „Verdigungsvereins von Mariendorf“ im Lokale von Kaub, Dorfstraße, statt. Alle oben genannten Lokale stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung und machen wir daher die Angehörigen der Vereine, soweit dieselben einer auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Organisation angehören, auf die eventuellen Folgen eines Boykottbeschlusses aufmerksam.

Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Die diesjährige Silvesterfeier findet heute abend im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engel-Ufer 15, statt. Anfang 9 Uhr. Eintritt inkl. Tanz 20 Pf. Garderobe 10 Pf. Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Schöneberg. Die Genossinnen und Genossen treffen sich am Silvester im C. Dvtschen Tunnel zum gemütlichen Beisammensein.
Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Auf der Eisbahn.

Tausende zogen am Sonntag hinaus nach den spiegelblanken Eisflächen, und die Schlittschuher karrten und rasselten am Arme, als freuten sie sich schon darauf, nach der langen Unstätigkeit auch wieder einmal in Bewegung gesetzt zu werden und aus dem Grunde schon, um die Nützlichkeit ihres Daseins augenscheinlich zu demonstrieren. Bis herab zu den Kleinsten in Pumphörschen und kurzen Röschchen waren die Eisportler vertreten. Ob auch der grimme Papa Winter wacker und mit vollen Waden den schneidenden Nordwind blies, sie ließen sich nicht im geringsten beirren, munter und flüchtig, mit roten, frischen Gesichtern und glänzenden Augen glitten sie über die harte, polierte Fläche. Der Handwerker, der Kaufmann, die Kontoristin, allen lag man es von den glücklichen Gesichtern ab, welche Freude es ihnen bereite, durch die kalte, beißende Luft zu fliegen, ihre vom ewigen Eijen steif und ungelentig gewordenen Glieder zu dehnen und zu reden.

Ein prächtiges Bild entfaltete sich, als die Dunkelheit hereinbrach und die vielen Lichter entflammten. Scharf hoben sich die dunklen Gestalten von dem hellen Hintergrund ab, und der Eispiegel warf die Reflexe der zitternden Flämmchen tausendfach zurück. Lebend, schmelzgleich, prickelnd quollen die Klänge der Musikpelle durch die starre Winternacht und die Reigen der Eisläufer wiegten, neigten, bogen sich in sanftem Rhythmus, als wären sie durch geheimnisvolle Macht mit der Musik verbunden.

Besonders den jungen Pärchen hing der Himmel voller Voggeigen, stumm und glücklich sich gegenseitig in die Augen sehend, huschten sie dahin. Indem sie je eine Hand in den Ruff steckten, hatten sie die beste, billigste und diskreteste Telegraphie zum Herzen und sie verdienten sicherlich im ganzen Jahr nicht so viel, als diese Unterhaltung nach Silben berechnet bei Stefanus kosten würde. Amor aber, der kleine Schelm, lag irgendwo versteckt und schürte die Glut, manchen Pfeil mag er verschossen haben. „Ach, daß sie ewig grünen bliebe“

Ein Bräutigam, dessen Braut anscheinend nicht laufen konnte, führte mit rührender Aufopferung seine gewichtige zukünftige Schwiegermama in finken, eleganten Kurden über die schimmernde Decke und der freudige, stolze Ausdruck in dem Antlitz der Dame verriet, daß sich der junge Ehestand durch diesen pietätvollen Akt den manchmal etwas dornreichen Weg zum schwiegermütterlichen Herzen geebnet hatte.

Die Eisplätscher mögen sich nicht wenig gefreut haben über das verspätete Weihnachtsfest und schmunzelnd werden sie dem frühlichen Treiben zusehen haben, das sich bis in die späten Abendstunden hinzog. Allerdings, die „rätigen und wilden“ Schlittschuhläufer verachten mit mitleidigem Lächeln diese „Andererisbahnen“, ihr „Feld ist die Welt“, das heißt die weite Umgebung Berlins. Ihnen können nur die endlosen Strecken der Spree und die unabsehbaren Flächen der Seen imponieren, Stellen, die nur wagemutige Läufer passieren und wo kein Dornbüschel ihren Flug aufhält.

Für alle diejenigen aber, denen Lust und Zeit fehlt, um beratige Exkursionen zu unternehmen, bilden die Fahrten auf

den „Andererisbahnen“ eine reizvolle und gesunde Abwechslung in dem eben Einerlei des Alltags und glücklich mag der sein, der sich unter der aufreibenden und zermürbenden Ironie im Dienste des Kapitalismus noch so viel körperliche Frische und Elastizität bewahrt, um diesem harmlosen und kräftigenden Vergnügen obzuliegen. Lange wird es so wie so nicht dauern. Ein milder Landwind verweht sehr schnell das schöne Eis in eine trübe, schmutzige Masse und mit dem Eislaufen ist's aus.

Vom „Ueberfluß“ der Armenküchen.

Aus dem Armendirektionsbericht über das Jahr 1906, der vom Magistrat kürzlich veröffentlicht worden ist, haben wir vor etlichen Tagen die Mitteilungen über den Betrieb der Armenküchen im Winter 1906/07 wiedergegeben. Die Armendirektion erzählt da, daß die Suppen, die sie bei den Armenküchen bestellt und bezahlen muß, oft durch die mit Anweisung versehenen Armen gar nicht abgeholt werden. Das ist nun allerdings für die Armenküchen sehr verdrießlich. Aber noch verdrießlicher ist für die Armen, daß manchmal nicht genug Suppen bereit gehalten werden, um alle mit Anweisung versehenen Familien befriedigen zu können.

Daß auch dieses Gegenteil vorkommen kann, davon steht in dem Armendirektionsbericht nichts. Wir wissen nicht, ob es schon in früheren Wintern vorgekommen ist. In dem diesjährigen Winter aber hat man's bereits erleben müssen. Haben die Erfahrungen der letzten Jahre zu dem Entschluß geführt, fortan bei der Bestellung der bereit zu haltenden Suppen lieber ein Zuviel von Vorsicht anzuwenden, so daß der frühere „Ueberfluß“ nunmehr durch Knappheit und Mangel abgelöst werden soll? Will man's in diesem Winter erreichen, daß auch nicht eine einzige der von der Armenküchen bestellten Portionen drüber bleibt? Machen läßt sich das in der Weise, daß die Armenküchen weniger Suppen bestellen, als die Armenkommissionen den Hilfesuchenden bewilligen. Für diejenigen Portionen, die etwa nicht abgeholt werden, finden sich immer noch genug Hungerge, wenn Anweisungen auf mehr Portionen ausgegeben sind, als die Armenküchen zubereiten. Bei diesem Verfahren kann sich's auch mal ereignen, daß doch mehr Arme ihre Anweisung präsentieren, als erwartet worden waren. Für einen armen Teufel, der Hunger hat, ist es ja nicht angenehm, wenn ihm nur noch der leere Suppenkessel gezeigt werden kann. Aber er darf sich damit trösten, daß die Sparsamkeitsfanatiker der Armenküchen am Ziel ihrer Wünsche sind.

In diesem Winter wurden die Armenküchen am 16. Dezember eröffnet. Schon in der ersten Woche war bei manchen Küchen der Zulauf so stark, daß von den Suppen nichts drüberblieb. Ueber die Armenküche in der Uhrener Straße ist uns mitgeteilt worden, daß sie an manchen Tagen nicht mal alle Personen, die mit Anweisung kamen, befriedigen konnte. Unter den Armen, die dieser Küche zugewiesen sind, hat das eine starke Erregung hervorgerufen. Die Folge war, daß viele schon lange vor der Mittagstunde die Küche belagerten und in sinnlosem Drängen als erste an den Suppenkessel zu gelangen suchten, weil sie fürsteten, mit leerem Topf heimkehren zu müssen. Auf Grund der Klagen, die uns zugegangen sind, stellen wir das öffentlich fest. Es ist dringend nötig, daß die Armenküchen eine Wiederholung solcher Vorkommnisse verhüten. Nebenbei bemerkt: die Verwalter der einzelnen Küchen dürfen unter keinen Umständen für die Speisenzubereitung mehr Materialien verbrauchen, als ihnen im Hinblick auf die bestellte Portionenzahl vorgeschrieben ist. Wollten sie eigenmächtig mehr Portionen zubereiten, so müßten sie durch reichlicheren Wasserzusaß ihre Suppen „verlängern“. Die Armenküchen wird gut daran tun, sich nicht an den dürren Zahlen genügen zu lassen, die sie sich über die „Zuviel“ bestellten Portionen herausrechnet, sondern sich ein bißchen mehr um die tatsächlichen Verhältnisse zu kümmern. Welchen Wert soll man solchen Zahlen beimessen, wenn dem Ueberfluß, den manche Küchen nicht los werden können, ein Mangel gegenübersteht, der in anderen Küchen sich bemerkbar macht! Uebrigens wollen wir hier auch das feststellen, daß nicht mal den Armenkommissionen immer die nötige Zahl von Anweisungen zur Verfügung steht, so daß sie manchmal den Armen die erst für den folgenden Monat bestimmten Blocks einhändigen müssen, weil für den laufenden Monat keine Blocks mehr da sind.

Der „Ueberfluß“ der Armenküchen stellt sich, wie man sieht, doch etwas anders dar, als die Armenküchen ihn uns schildert. Und selbst da, wo was drüberbleibt, hat bei einigem guten Willen die Verwaltung nicht nötig, es als Viehfutter wegzugeben. Die Portionen, die die Armenküchen als „Zuviel“ bezahlen muß, finden dankbare Abnehmer unter den Obdachlosen, die vor den Armenküchen geduldig warten, während die Töpfe voll dampfender Suppe an ihnen vorübergetragen werden. Sie wollen als die letzten zugelassen werden, um ohne Marken die Reste in Empfang zu nehmen, die etwa noch im Kessel zu finden sind. Wir wissen nicht, ob das sich mit der „Instruktion“ verträgt und nicht am Ende den Interessen des Viehfutterabnehmers zuwiderläuft. Aber man kann es nur billigen, wenn menschenfreundliche Küchenvorsteher auch diese Obdachlosen nicht hungrig wegschicken, so lange noch etwas da ist.

Der Magistrat von Berlin hat neuerdings die Einrichtung getroffen, daß Brudergemeinschaften der für die Stadt Berlin erlassenen wichtigeren Ortsstatute, Steuerordnungen, Regularien usw. zu einem mäßigen Preise in interessierte Privatpersonen abgegeben werden können. Die Verkaufsstelle für diese Druckschriften befindet sich im Rathaus, Zimmer 2.

Gegen die Wohnungsequeten der Ortskrankenkasse der Kaufleute hatten die Hausbesitzer mobil gemacht. Ihnen waren die Equeten sehr unangenehm und sie ließen Sturm in den Hausbesitzervereinen und den Hausbesitzerorganen. Dabei blieb es nicht. Der Preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine wandte sich an die Aufsichtsbehörde und verlangte ein Verbot, nach welchem die Kasse angehalten wird, derartige Erhebungen zu unterlassen. Die Aufsichtsbehörde wies die Hausbesitzer ab, worauf diese sich beschwerdeführend an den Oberpräsidenten wandten. Aber auch hier haben die Kaufleute kein Glück gehabt, wie nachstehendes Schreiben an den Preussischen Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine beweist. Diesem ist folgender Bescheid zugegangen:

Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg.
O. P. 23 228. Potsdam, 20. 11. 1907.

Zur Beschwerte vom 11. Oktober 1907.
In dem Bescheide vom 24. August d. J. hat der Magistrat in Berlin die Gründe dargelegt, die ihn veranlaßt haben, dem Antrage des Landesverbandes auf Unterjagung der Veranstaltung von Wohnungserhebungen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse durch die Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker nicht stattzugeben.

Den Ausführungen dieses Bescheides trete ich durchweg bei. In der Vornahme von Wohnungserhebungen und bezüglichen Veröffentlichungen kann eine gegen die gesetzlichen oder statistischen Vorschriften verstoßende Handlungsweise der Kasse, die ein Einschreiten der Aufsichtsbehörde rechtfertigen würde, nach den bestehenden Bestimmungen nicht gefunden werden. Es ist als feststehend anzusehen, daß die Beschaffenheit der Wohnung bei vielen Krankheiten, insbesondere bei der Tuberkulose, eine Hauptquelle der Erkrankung bildet und die Anordnungen des Arztes durch die Verächtlichung dieses Gesichtspunktes mit bestimmten werden. Wenn die Krankenkasse in Erkenntnis dieses Zusammenhanges zwischen Krankheit und Wohnung das Bestreben betätigt, Material zu gewinnen, um es den Kassenärzten zugänglich zu machen, so muß anerkannt werden, daß die hierauf gerichteten Maßnahmen der Kasse den Kassenzwecken entsprechen. Kann daher die Beschwerte nicht damit begründet werden, daß die Kasse in den in Rede stehenden Veranstaltungen rechtlich nicht befugt ist, so trifft auch die Bezugnahme auf § 29, Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes nicht zu.

Abgesehen davon, daß die Erhebungen bei Gelegenheit des Besuchs der Kranken von den Krankenkontrolluren nebenbei aufgenommen werden und besondere Kosten von Erheblichkeit hierdurch nicht erwachsen, stellen sich die etwaigen Mehrkosten als Ausgaben dar, die in Verfolg der Kassenzwecke entstehen und deshalb als Verwaltungskosten angesehen werden müssen.

Sind, wie die Beschwerte anführt, in den Veröffentlichungen der Kasse Unrichtigkeiten, Uebertreibungen und Entstellungen des Sachverhalts enthalten, so wird in Frage kommen, in geeigneter Weise auf ihre Richtigstellung hinzuwirken. Die generelle Unterjagung der Erhebungen durch die Aufsichtsbehörde würde etwaige Mängel des gewonnenen Materials nicht zu rechtfertigen vermögen.

gez. v. Troll zu Solz.

Offentlich sind die Herren Hausbesitzer nunmehr kuriert. Sie mögen nur für gute Wohnungen Sorge tragen, dann werden sie die Wohnungsbewerker nicht zu scheuen haben.

Der neue Omnibustarif. Der neue Tarif für Pferdeomnibusse wird von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft am 1. Januar eingeführt. Jede einzelne Fahrt kostet 10 Pf. für Teilstrecken werden Fahrscheine, gültig für zwei Fahrten zu 15 Pf. und für fünf Fahrten zu 30 Pf. ausgegeben. Diese Fahrscheine sind in Kartenform auf Papier gedruckt; sie sind auf jeder Linie benutzbar. Bei dem Fahrschein zu 30 Pf. befinden sich an den Querschnitten die Daten 1. bis 31. In den beiden Längsseiten und der einen Querschnittsseite Raum für fünf Fahrten (I—V) sowie für jede Fahrt die Teilstrecken 1—8. Die Teilstrecken sind auf jeder Linie numeriert und zwar in beiden Fahrtrichtungen verschieden. Ein Verzeichnis der Teilstrecken, aus dem die Nummer, die jede Teilstrecke hat, zu ersehen ist, hängt in jedem Wagen aus. Die Fahrscheine werden vom Schaffner für die benutzte Teilstrecke, den Tag und die Tageszeit, vor- und nachmittags, gelocht oder durchstochen. Für die Wagen, die bis 12½ Uhr mittags die Endhaltestelle verlassen, gilt die Tageszeit als „vormittags“, für die späteren „nachmittags“. Nach Lochung des Fahrscheines für Teilstrecken durch den Schaffner wird von diesem ein Kontrollschein ausgegeben, der während der Fahrt aufzubewahren und mit dem Stammschaffner auf Verlangen vorzuzeigen ist. Ein Fahrschein kann auch von mehreren Personen benutzt werden. Es wird dann für so viel Fahrten gelocht, wie Personen darauf fahren. Jede Person erhält einen Kontrollschein. Dieser Schein ist auch für die mitfahrenden Personen nur gültig, wenn der zugehörige Stammschein im Wagen vorgezeigt werden kann.

Spartassentaxen. Es wird darauf hingewiesen, daß am 2. Januar eine neue Spartasse in der Fudlerstr. 43/44, in der dortigen Markthalle, eröffnet werden wird. Diese städtische Spartasse D gibt grüne Bücher aus. Am 15. Januar wird dann die 4. städtische Spartasse am Arminiusplatz (Markthalle Roabit) eröffnet. Diese Spartasse C gibt grüne Bücher aus. Die über die ganze Stadt vertriebenen Annahmestellen der städtischen Spartassen nehmen nach wie vor Einzahlungen entgegen.

Die Straßenbahn in der Silbesternacht. Die Straßenbahn richtet in der Silbesternacht einen ununterbrochenen Betrieb auf den Linien 1, 11, 34 und 78 ein. Auf 50 weiteren Linien wird der Betrieb verlängert, so daß die letzten Wagen gehen bei Linie 3 ab Rietzelstraße 2.58, Alexanderplatz 2.54; 5 ab Gneisenaustraße 3.22, Schönhauser Allee 3.14; 6 ab Gohlisdorferstraße 4.29, Spittelmarkt 5.17; 7 ab Rixdorf 3.38, Roabit 3.36; 12E ab Pustelstraße 4.12, Görlitzer Bahnhof 5.10; 14 ab Roabit 2.23, Nacheisenplatz 3.29; 23 ab Gefundbrunnen 1.00, Schöneberg 2.08; 25 ab Tegel 2.00, Unter den Linden 3.00; 29 ab Veis 2.35, Seestraße 3.19; 32 ab Reinholdsdorf 1.00, Unter den Linden 1.45; 33 ab Pappellallee 1.55, Charlottenburg 2.40; 35 ab Reinholdsdorf 5.00, Kreuzberg 6.13; 36 ab Schönholz 12.55, Kreuzberg 2.10; 37 ab Pergamunstraße 4.45, Dommerstraße 5.35; 38 ab Gefundbrunnen 5.54, Kreuzberg 6.32; 40 ab Ethenaderstraße 2.24, Ewinemünderstraße 3.23; 47 ab Rordend 2.58, Rixdorf 4.31; 48 ab Rixdorf 4.05, Schönhauser Allee 5.20; 53 ab Rixdorf 5.35, Danzigerstraße 5.54; 54 ab Schönhauser Allee 4.03, Savignypfad 5.10; 57 ab Niederschönhofen 3.07, Viktoria-Platz 3.19; 58 ab Moritzplatz 3.14, Zentral-Viehhof 4.11; 60 ab Danzigerstraße 3.47, Wartburgplatz 2.52; 61 ab Weichenstr. 2.46, Wartburgplatz 4.00; 62 ab Weichenstr. 2.24, Dönhofsplatz 3.16; 65 ab Moritzplatz 4.07, Zentral-Viehhof 3.19; 69 ab Friedrichsplatz 2.40, Wartburgplatz 4.13; 71 ab Lichterberg 3.00, Wartburgplatz 4.20; 74 ab Schöneberg 4.59, Amiendstraße 6.06; 76 ab Rummelsburg 1.00, Leipziger Platz 2.00; 80 ab Charlottenburg 2.51, Schinselfeld 4.40; 81 ab Charlottenburg 4.59, Zentral-Viehhof 5.07; 82 ab Schleifisches Tor 1.25, Zoologischer Garten 2.28; 83/84 ab Repton 1.20, Behrenstraße 2.00; 87 ab Repton 3.04, Schöneberg 4.07; 91 ab Görlitzer Bahnhof 2.09, Halensee 2.20; 93 ab Görlitzer Bahnhof 3.43, Charlottenburg 3.58; 95 ab Halensee 2.31, Friedrichstraße 3.00; 98 ab Reinholdsdorf 3.13, Behrenstraße 3.07; 111 ab Ewinemünderstraße 2.11, Ethenaderstraße 3.02; A ab Ethenaderstraße 3.47, Halensee 3.13; B ab Steglitz 1.34, Zoologischer Garten 2.12; E ab Steglitz 4.20, Linkestraße 5.10; F ab Steglitz 2.07, Zoologischer Garten 2.30; N ab Charlottenburg 4.23, Kupfergraben 5.08; O ab Bilmersdorf 1.38, Kupfergraben 2.23; P ab Charlottenburg 2.08, Dönhofsplatz 3.00; Q ab Halensee 2.30, Steiner Bahnhof 3.50; V ab Schönhauser Allee 3.24, Kurfürstendamm 2.19.

Omnibus und Hochbahn in der Silbesternacht. Die Automobil-Omnibuslinie 4 (Halleisches Tor—Chausseestraße) verkehrt in der Silbesternacht bis 4 Uhr morgens, die Hochbahn ununterbrochen auf der ganzen Strecke über den Leipziger Platz.

Eine Liebestragödie, der zwei junge Menschenleben zum Opfer gefallen sind, hat sich in dem Forst bei Klein-Madonow abgespielt. In einer Schenke in der Nähe des Schützenhauses Zehlendorf wurden Sonntagmorgen die Leichen eines etwa 30 Jahre alten Mannes und eines circa 20 Jahre alten Mädchens aufgefunden. Soweit die Polizei bisher feststellen konnte, handelt es sich um einen Kaufmann Jürgens aus Weihensee und um dessen Geliebte: Hilda aus Friedenau. Spaziergänger fanden Sonntagmorgen in der zehnten Stunde die beiden Leichen und sie denortigen sofort die Polizei in Klein-Madonow. Da es sich aber um Zehlendorfer Gebiet handelt, so nahm sich die zuständige Behörde der Sache an. Es wurde festgestellt, daß J. erst seine Geliebte durch zwei Schüsse in die rechte Schläfe getötet und sich dann selbst durch eine Kugel in die Stirn entleert hat. Zweifellos hat aber J. mit der Einwilligung seiner Geliebten gehandelt. Es geht dies aus einem Briefe hervor, der in der Tasche des jungen Mädchens vorgefunden wurde und in dem sie von ihren Eltern Abschied nimmt. Die Schreiberin bittet die Eltern in dem Abschiedsbriefe dafür um Verzeihung, daß sie ihnen großen Kummer bereite. Sie sei aber mit ihrem Geliebten zu dem Entschluß gekommen, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Aus welchen Motiven sie

Vermischtes.

Größter Feuer in Hamburg. Eine Meldung aus Hamburg besagt: Größter Feuer wütet am dichtbesiedelten Steinbamm. Die etwa fünf Etagen hohe Pianofortefabrik von E. Kruse steht in hellen Flammen.

In Seenot verlassen. Der Kapitän des am Sonntag in Hamburg angekommenen Dampfers „Stadt Witten“ berichtet, daß vor der Wesermündung ein norwegischer Dampfer mit einem Schoner unbekannter Nationalität zusammenstieß, worauf der Dampfer seinen Kurs auf die Elbe fortsetzte und den Linsen-Dampfer vor der Wesermündung benachrichtigte, daß der Schoner Rettungszeichen gegeben habe. Der Schoner wurde jedoch von dem Linsen-Dampfer nicht aufgefunden, so daß angenommen wird, daß dieser untergegangen ist.

Fünf Monate unschuldig in Untersuchungshaft mußte der Opfersänger Richard Kraus, zurzeit in Aachen, sitzen, der im Mai d. J. unter dem Verdachte, Juwelen geraubt zu haben, verhaftet wurde. Der unschuldig Verhaftete hat eine wahre Leidensgeschichte hinter sich. Dem „Berliner Tageblatt“ schreibt Kraus folgendes: Im Frühjahr d. J. wurden in verschiedenen Städten von zwei Gaunern Juwelendiebstähle verübt, darunter auch ein Fall in Aachen. Die Polizei war auf der Suche nach den Verbrechern, und ein Kriminalbeamter lenkte den Verdacht auf mich, da ich dunkle Haare wie einer der Gefangenen trug. Das war der ganze Verdachtsgrund. Ich wurde den Bestohlenen gegenübergestellt und eine Frau glaubte, in mir einen der Täter wiederzuerkennen. Auf Grund dieser Aussage wurden mir vielleicht zwanzig andere Verbrecher, die von den beiden Dieben begangen wurden, zur Last gelegt. Mein Alibi nachweis und meine Unschuldsbeweisungen, daß es sich um einen Irrtum handelte, wurden mir immer als belanglos abgelehnt. Dann wurde noch ein Kaufmann verhaftet, er sollte wieder der andere der beiden Täter sein, also mein Komplize. Ich habe den Mann im Leben nie gesehen; das wurde mir aber nicht geglaubt. Ich wurde wie ein schwerer Verbrecher (obwohl doch nur ein Verdacht bestand) von Stadt zu Stadt gebracht und überall den Beschädigten gegenübergestellt. Die meisten sagten, ich sei es nicht gewesen, einige sagten, ich hätte Ähnlichkeit mit einem der Täter. Obwohl ich nachgewiesen habe, daß ich die ganze Zeit, während die mir zur Last gelegten Verbrechen begangen wurden, mich in Aachen entfernt habe, wurden diese Beweise erst nach einer fünfmonatigen Untersuchungshaft berücksichtigt, und in der Hauptverhandlung hat sich meine Unschuld herausgestellt; gleichzeitig wurde bewiesen, daß ich das Opfer einer Personenvertauschung geworden war. Ich wurde freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen. Wer will mir nun den körperlichen, seelischen und materiellen Schaden vergüten? Da ich Ausländer bin, habe ich nicht einmal Anspruch auf Entschädigung. Bei meiner Entlassung hatten die Behörden nur ein Achselzucken mit dem Bemerkens: „Ja, es ist traurig, aber das kann jedem passieren!“ Kraus ist leider nicht der einzige, dem so etwas passiert. Eigentlich müßten die Beamten, die den Alibi-Beweis des Angeklagten ablehnten, für den materiellen Schaden desselben aufkommen.

Kessel-Explosion. Einer Meldung aus Hamburg zufolge ist in der dortigen Salpeterfabrik Sonnabend Abend ein Kessel explodiert. Ein Arbeiter wurde sofort getötet, zwei sind schwer und mehrere leicht verletzt. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ausgeklärt.

Ueber den Fund einer gefälschten Leiche wird aus Bremen gemeldet: In einem Graben an der Demmstraße ist der vollständig unkenntliche Kumpf mit den Oberschenkeln einer weiblichen Person, ferner deren Arm und Unterschenkel gefunden worden. Die Beine scheinen vor der Abtrennung in den Gefäßen gebrochen zu sein. Die Leiche ist wahrscheinlich vor etwa einer Woche in den Graben geworfen worden. Ueber die Person der Toten konnte noch nichts festgestellt werden. Nach einer späteren Meldung ist der Kopf der Ermordeten in der Nähe der anderen Körperteile gefunden worden.

Erdbeben. Nach einer Meldung aus Stuttgart zeigten gestern früh auch auf der Erdbebenwarte Hohenheim die Instrumente ein starkes Erdbeben an. Die Bewegungen der Instrumente dauerten reichlich zwei Stunden. Der Herd des Erdbebens ist etwa 10 000 Kilometer entfernt.

Jugendflieger Ballon. In der Nähe von Perrières St. Ollaire, Dep. Eure, ging, wie aus Paris berichtet wird, ein Ballon nieder, dessen Hülle zertrümmert war und in dessen Korb sich mehrere Ballaststücke, ein Ueberrohr, eine Handtasche, ein Revolver sowie verschiedene aeronautische Instrumente befanden. Die Ballonhülle trägt den Namen Kessel-Paris. Kessel erklärte einem Berichtserstatler, es sei nicht ausgeschlossen, daß es sich um den vor mehreren Wochen in Bordeaux ausgelegenen und seither verschwundenen Ballon „Bernardo Duc“ handle.

Feuer im „Rien“-Topp. In Valencia brach, Pariser Meldung zufolge, in einem Theater während einer kinematographischen Vorstellung infolge eines Rufes „Feuer“ im Zuschauerraum eine furchtbare Panik aus. In dem Gedränge wurde ein Mädchen getötet, zwei andere Kinder wurden sehr schwer und eine große Anzahl von Kindern leicht verletzt.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 31. Dezember 1907.
Etwas kälter, zeitweise auffrischend, jedoch neblig bei Schauern nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten
der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	29.12.	30.12.		29.12.	30.12.
Remel, Mühl	289,9	+ 7	Saale, Großh.	128	- 16
Tregel, Unterburg	96,9	0	Havel, Spandau	107	- 7
Beichsel, Thon	4,4	+ 12	Havel, Rathenow	134	- 2
Oder, Ratibor	182,9	- 21	Spree, Spremberg	114	- 6
Strofen	239,9	+ 1	Weser, Verden	148	+ 1
Frankfurt	233,9	+ 5	Weser, Minden	- 19	- 21
Wärthe, Schrimm	182,9	+ 6	Rhein, Barmen	80	- 18
Ramburg	120,9	- 2	Rhein, Mühlheim	329	- 3
Rege, Vorbaum	26,9	- 20	Kaue	156	- 5
Elbe, Leimberg	50	- 12	Kaue	181	- 8
Tresden	- 48	- 10	Kaue, Seibronn	58	- 6
Bardo	26,9	- 19	Kaue, Bruchheim	169	- 7
Magdeburg	225	- 17	Kaue, Lier	85	- 9

+) + bedeutet Sinken, - Fall, - ? Unsegeel. - ? Sinkend.
*) Abstreifen. *) Grundbeis. *) Schwaches Grundbeis. - Auf der Beichsel ist stellenweise Eisstand eingetreten.

Dr. Simmel Geschäftseröffnung.
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, nicht am Moritzplatz, 10-2.5-7. Sonntags 10-12. 2-1

Allen Kollegen und Genossen, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß wir mit heutigem Tage im Hause Gubernstr. 2 eine **Spezial-Praxis** eröffnen.
Um gütige Unterstützung bitten
K. Czach nebst Frau.

Erfindungen
faßt oder finanziert. Offerten unter P. 8063 an Hansen, Stein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

Saal für 500 Personen mit großer Bühne zum 15. Februar (Sonntag) noch zu vergeben. (Nicht am Rosenhain Tor.)
Fritz Wilko, Brunnstr. 188

In diesem Schritt gekommen sei, darüber war in dem Schreiben nichts zu lesen. Bei Jürgens wurde eine Rechnung und eine Quittung über einen Revolver, der erst vor wenigen Tagen gekauft worden war, vorgefunden. Nachforschungen der Polizei nach den Angehörigen des Paares hätten noch keinen Erfolg. Die Leichen wurden nach dem Klein-Magdower Gemeindefriedhof übergeführt.

Die Persönlichkeiten der beiden Toten sind nachträglich als der 31 Jahre alte Brauer Rudolf Jürgens aus Weisensee und die 23jährige Hilda Förster aus Schönberg festgestellt worden.

Bierbrennerei Arbeitszeit am Sonntag hatten zahlreiche Angestellte des Brauereibesitzers des Westens zu leisten. Es wird berichtet, daß Angestellte von morgens 8 bis 12 Uhr nachts arbeiten mußten mit einer etwa zweifachen Unterbrechung. Allgemein fiel dies auf und erregte allenthalben großes Aufsehen. Augenscheinlich handelte es sich um Aufnahme der Inventur.

Der Todeskurz eines Geisteskranken aus dem vierten Stockwerk rief gestern in der frühen Morgenstunde in der Liebenowstraße ungewöhnliches Aufsehen hervor. Im vierten Stockwerk des Hauses Liebenowstraße 7 wohnte der 23jährige Schuhmacher Franz Woblan. Er war stark nervenkrank und oft traten bei ihm Anfallserscheinungen des Irrens zu Tage. Gestern in früher Morgenstunde erhob er sich von seinem Lager, öffnete das Fenster und stürzte sich kopfüber in die Tiefe hinab. Mit verschmettern Gliedern blieb der Unglückliche auf dem Bürgersteig liegen. Ein hinzugerufener Arzt konnte bei dem Lebensmüden nur noch den Tod infolge Genickbruchs feststellen.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall, der zu besonderer Vorsicht beim Ueberfahren der Fahrdämme mahnt, hat sich gestern in der Potsdamerstraße ereignet. Die Frau des Kaufmanns Huth, Kubensstraße 20 in Schönberg wohnhaft, versuchte gegen 6 Uhr nachmittags in der Nähe der Eichhornstraße die Potsdamerstraße zu überqueren, als ein Straßenbahnwagen der Linie 74 herannah. Dieser Wagen hatte die Haltestelle verlassen und befand sich noch in langsamer Fahrt. Frau H. versuchte nun an der hinteren Plattform vorbeizugehen, ohne zu beachten, daß zu derselben Zeit aus entgegengesetzter Richtung ein Straßenbahnzug der Linie 78 herannah. Der Motorwagen des letzteren war bereits an dem Zuge der Linie 74 vorbeigefahren und die H. geriet nunmehr zwischen den Motor- und Anhängewagen des Zuges der Linie 78. Die Frau wurde niedergedrückt und geriet unter die Vorderplattform des Anhängers. Mit einem Schlag des linken Oberarms, schweren inneren Verletzungen und einer Wunde am Kopfe wurde die Unglückliche auf eigenen Wunsch nach ihrer Wohnung gebracht, wo sie gegen 9 Uhr abends den schweren Verletzungen erlag.

Im Stadtbahnzuge erschossen. Große Aufregung rief Sonntag Abend die Tat eines Lebensmüden unter den Fahrgästen eines S-Bahnzuges hervor. Kurz vor Einfahrt in die Station Schwargendorf holte er einen Revolver hervor und vor den Augen der Mitfahrenden jagte er sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Ein Passagier, der dem Selbstmörder gegenüber saß, hatte die Waffe entziehen wollen, doch hatte der Lebensmüde mit einer derartigen Schnelligkeit gehandelt, daß es bereits zu spät war. Die Kugel hatte den Tod fast auf der Stelle herbeigeführt. In dem Selbstmörder, dessen Leiche von der Polizei beschlagnahmt worden ist, wurde der 24jährige Kaufmann Philipp Bernstem aus Charlottenburg festgestellt.

Unbekannt verstorben ist ein Obdachloser, der gestern früh Ecke der Wilm- und Danzigerstraße aufgefunden wurde. Der Aermste hatte sich auf einem unbauten Platz zum Schlafen niedergelegt und ist jedenfalls ertrunken.

Ein aufsehenerregender Selbstmordversuch wird dem „Berl. Tagebl.“ auf dem Zentrum Berlin gemeldet. Der Kaufmann William Dreslauer, Inhaber des bekannten großen Fleischn- und Wurstwarenhandels von Samuel Dreslauer, schloß sich in seinem Kontor Klosterstr. 9 eine Revolverkugel in den Kopf. Ansehend ist aber keine Lebensgefahr vorhanden. William Dreslauer, ein erst 39jähriger Mann, hielt sich längere Zeit in Amerika auf. Vor zweieinhalb Jahren kehrte er nach Berlin zurück, um nach dem Tode seiner Mutter das Geschäft des Vaters fortzuführen. In Berlin und Charlottenburg gründete er mehrere Filialen; ferner verband er sich mit einem Leibarzt, um eine „rituelle Reform“ mit prunkvollen Festen zu eröffnen. Es sollte am Neujahrstage eingeweiht werden.

Mit einer Schusswaffe eine schwere Handverletzung erlitten hat der Buchdruckerinhabende Seher in der Stalitzerstraße; er mußte ein Krankenhaus aufsuchen.

Eine Drahtseile mit Pferd von der Straße gestohlen. Die Gaspetrochle Nr. 3091, mit einem braunen Pferde bespannt, wurde am Sonntag früh gegen 1/8 Uhr vom Drohkohlenplatz Schiermachersstraße, Ecke Blücherstraße, gestohlen. Der Ausreißer hatte auf einige Augenblicke seinem Hinterrad die Aufsicht seines Wagens übergeben; als er aber wieder an seinem Platze eintraf, war sein Fuhrwerk verschwunden. Zwei halbwüchsige Bengel hatten die Gelegenheit ausgenutzt, sich auf den Wog gesetzt und mit dem Gefährt das Weite gesucht. Der Hinterrad des Verstorbenen, der in seinem Wagen Platz genommen hatte, war im Halbtschlaf der Rechnung, sein Kollege sei unbemerkt auf den Wog gestiegen. Gestern, Montag früh, teilt das Polizeipräsidium mit, daß das Gespann in Mohlow mit Beschlag belegt sei und vom Eigentümer in Empfang genommen werden kann.

Müllfliehende Eindrehen haben in der vorkleichen Nacht dem Fabrikarbeiter von Töhn u. Söhne in der Alexanderstraße 99 einen Besuch abgestattet. Die Diebe hatten es auf Kassettenapparate und Walzen abgesehen. Sie erbeuteten vier Apparate und nicht weniger als 160 Platten und Walzen. Die behohlene Firma hat durch den Einbruchdiebstahl einen ganz erheblichen Schaden erlitten.

Vermißt. Am 26. September d. J. hat sich der Buchhalter Max Potopp, am 26. Oktober 1878 zu Berlin geboren, aus seiner Wohnung, Goldenbergerstr. 24, entfernt und wird seitdem vermißt. Er ist 1,67 Meter groß, hat blondes Haar, blaue Augen, Anschlag von Spitzbart, längliches, schmales, blaßes Gesicht. Bei seinem Fortgehen war er mit schwarzem, steifem Hut, grauem Rock, neuen Schuhschneisen, schwarzen Strümpfen und Wäsche, gegessener N. A. bekleidet. Personen, welche über den Verbleib des Vermißten Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeiviertel mündlich oder schriftlich zu den Akten 7423, IV/17 07, mitzuteilen.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonntagnachmittag zwischen 14 bis 5 Uhr ein Dienstmädchen erlitten, das auf dem Wege vom Straußbergerhof nach dem Alexanderplatz und der Kaiser Wilhelmstraße ihren ganzen Monatslohn im Betrage von über 25 Mark verlor. Derselbe befand sich in einem graulebernen Portemonnaie, das sich in einem blauen mit Weißblech beschlagenen Pompadour befand. Der eventuelle Finder wird um Angabe gebeten an Verthe Gleditsch, Kaiser Wilhelmstr. 17, vorn 2 Treppen, bei Ruf.

Die Lintensstraße von der Dragonerstraße bis zur Hülfersstraße wird behufs Ausführung von Tunnelarbeiten vom 5. Januar 1908 ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Jugendverstoß. Am 10. Dezember 1907 zwischen 5 bis 8 Uhr ist der Arbeiter Soh auf dem Ringbahnhohe Weisensee beim Einsteigen vom Trittbrett des Zuges abgeglitten und zwischen die Räder gefallen, wodurch ihm das eine Bein vollständig abgefahren worden ist. Ein Herr hat darauf die Notbremse gezogen und den

Zug zum Stehen gebracht. Um ihn festhalten zu können, wera die Schuld an diesem Unfälle beigemessen wäre, werden Zeugen dieses Vorfalls und namentlich der Herr, welcher die Notbremse gezogen hatte, ersucht, ihre Adresse an Frau Soh, Berlin N. 31, Gartenstr. 63 im Keller, gelangen zu lassen.

Bei der Antine im „Artushof“ am 2. Feiertage hat ein Besucher eine wertvolle Haarbürste verloren. Der Besitzer kann dieselbe bei dem Genossen Vieh, Emdenerstr. 23, in Empfang nehmen.

Feuerwehrrichter. In den letzten Stunden hatte die Feuerwehr zahlreiche Brände zu löschen. Unter anderem hatte die 1. Kompanie gestern früh um 7 Uhr in der Magazinstr. 3/5 zu tun, wo eine Laubhude in Flammen stand. Gleichzeitig wurde die 2. Kompanie nach Stralau gerufen. Dort war die Holzbockelung eines Drehalters auf dem Dachboden der dortigen Färberei in Brand geraten. Die 4. Kompanie hatte nachts einen großen Brand in der Tegelerstr. 17 zu löschen. Ein Stallgebäude mit großen Vorräten an Heu und Stroh stand dort um 2 Uhr in Flammen. Um diese zu löschen mußte die Wehr mit mehreren Schlauchleitungen Wasser geben und beim Vorgehen zwei Stedtergänge benutzen. Die Pferde konnten sämtlich in Sicherheit gebracht werden. In der Kungestr. 18 kam in einem Fabrikgebäude Feuer aus. Als der 5. Zug an der Brandstelle ankam, brannten im 3. Stock des dritten Seitenflügels Regale, Kisten, Wollwaren und anderes. Die Feuerwehr fuhr mit einer mechanischen Leiter auf den Hof und drang über diese von außen bis zur Brandstelle vor. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand auf den Fabrikraum zu beschränken.

Vor dem Brandenburger Tore geriet abends um 7 Uhr eine Automobildrosche in Brand. Als die Feuerwehr erschien, stand das Auto schon total in Flammen, so daß sie eine Schlauchleitung vornehmen mußte, um etwas zu retten. Ein zweites Automobil brannte abends um 7 Uhr vor dem Hause Kronprinzen Ufer 13. Weihnachtsbäume gerieten an vielen Stellen in Brand. Unter anderem in der Danzigerstr. 9 und Wienerstr. 58b, wo außerdem noch Regale, Schuhe usw. in einem Schuhmacherladen verbrannten. Wohnungsbrände beschäftigten die Feuerwehr in der Romintenerstraße 18, Paulstr. 1, Hauptstr. 6, Tischstr. 3, Burgstr. 27, Köpenickerstr. 124, Burgstr. 2 und anderen Stellen. Möbel, Gardinen, Holz, Kohlen, Puffböden, Balken usw. wurden dort ein Raub der Flammen. Wegen eines Toerbrandes in einer Fabrik wurde die Wehr nach der Zehdenickerstr. 31 alarmiert und wegen des Brandes des Küchertrens lief ein Alarm vom Neubou Charlottenstr. 11/12 ein. Der 7. Zug hatte nachts in der Königsbergerstr. 31 zu tun, wo zur Rettung einer Person mit Erfolg ein Sauerstoffapparat benutzt wurde. Außer dieser Hülfe mußten noch mehrere Hülfsleistungen an verschiedenen Stellen gewährt werden.

Vorort-Nachrichten.

„Ein Antwort“

glaubt das von der Clique des Reichverbandes gespeiste „Teltower Kreisblatt“ an seine Abonnenten richten zu müssen. Dieses Blatt, das vor der letzten Reichstagswahl die Hege gegen die Sozialdemokratie auf die äußerste Spitze treiben holl, glaubt, daß die Gefahr nahe ist, daß die bürgerlichen Parteien infolge der Gotten-tottenwahlflüge in einem „faulsten Optimismus“ verfallen. Gekanntlich sollte der Teltower Kreis bereits bei der letzten Reichstagswahl der Sozialdemokratie abgenommen werden; als dies nicht eintraf, spornete das „Kreisblatt“ dazu an, gegen die Wahl Jubels infolge „vorgekommener Unregelmäßigkeiten“ bei der Wahl Protest einzulegen. Ganz besonders überhärdete es für unablässige Agitation, um bei der zukünftigen Reichstagswahl das Ideal, den Teltower Kreis den Konservativen — den Herren vom Mist — zu erobern, zu erfüllen.

Die Zunahme der Abonnenten auf die sozialdemokratische Presse, sowie die Stärkung der sozialdemokratischen Organisation hat dem sehnlichstigen Wunsch des Blattes einen starken Dämpfer aufgesetzt. Das Blatt schreibt nämlich:

„Der Kampf im Januar dieses Jahres galt den Lebensbedingungen des Vaterlandes, und es handelte sich um Wahlen, bei denen die nationalen Instinkte wie kaum je zuvor wachgerufen waren. Die Sozialdemokratie aber steht auch nach ihrer Niederlage in achtunggebietender Stärke da und ist mit verdoppeltem Eifer und sichtbareren Erfolge bemüht, ihre Mitgliederzahl zu erhöhen, ihre Organisation auszubauen und so die Scharte wieder auszuweiden. Will daher das Bürgerturn bei den nächsten Wahlen, bei denen die Konstellation der Verhältnisse kaum eine so günstige sein dürfte, unangenehme Ueberraschungen vermeiden, so sind Wachsamkeit und Fleiß auf seiner Seite dringend nötig.“

Eine weitere Gefahr glaubt das Blatt in dem „geistigen Niedergange“ der Sozialdemokratie zu finden. Das ist um so komischer, als das „Teltower Kreisblatt“ den Sozialismus bisher nur mit der Brille unserer Burgärdonomen betrachtet hat, nach deren Ansicht bekanntlich das Marx'sche Lehrgebäude schon zehnmal niedergedrückt ist. Wenn es in den Köpfen der Arbeiterklasse ebenso anzusehen würde wie in dem Kopfe des „Teltower Kreisblatt“-Redakteurs, so könnte das zutreffen. Das ganze Elabarat ist nur der schlagendste Beweis dafür, daß in dem Landratsorgan auch nicht das geringste Verständnis über die wissenschaftliche Bewegung des Sozialismus vorhanden ist. Gerade die Wucht der Argumente und die wissenschaftlichen Ideen sind die Triebkräfte der sozialistischen Bewegung, gegen die verbildete Hirne vergeblich kämpfen müssen. Und daß die Arbeiterklasse mehr wie bisher sich der geistigen Hebel im Kampfe bedienen will, dafür bürgt die ständige Zunahme der Bildungsmittel und Bildungsinstitute. Mag das Blatt auch die siegestrunkenen Geister zum Kampfe auffordern, die Arbeiterklasse des Kreises Teltow ist doppelt gerüstet.

Reinickendorf.

Am Totenbett ihres Mannes Selbstmord verübt hat die 64 Jahre alte Ehefrau Erneline Haake aus der Reibensstr. 67/68. S., ein früherer Platzwächter, war an den Folgen eines erlittenen Schlagsturzes gestorben, und die Lebensgefährtin glaubte, den Verlust ihres Mannes nicht verschmerzen zu können. Sie erschloß sich daher, ihm in den Tod nachzufolgen. Sie laute sich Lysol und trank das Gift an dem Sterdebett des Mannes. Bald darauf wurden die Nachbarn durch ein starkes Stöhnen, das aus der östlichen Wohnung herausdrang, aufmerksam gemacht. Als man die Tür zum Schlafzimmer öffnete, bot sich den Eintretenden ein trauriger Anblick. Im Bett lag der Ehemann als Leiche, während seine Frau davor auf dem Erdboden liegend mit dem Tode rang. Ein sofort hinzugerufener Arzt wandte bei der alten Frau alle nur erdenklichen Gegenmittel an, doch vergeblich. Unter seinen Händen verschied Frau H.

Nieder-Schönhausen.

Eine große Aufregung rief gestern gegen Mittag unter den Bewohnern der Reiter- und Siedlerstraße der Selbstmord eines Soldaten hervor. Der Russtler Leinde von der 4. Kompanie des 20. württembergischen Infanterieregiments schoß sich zwei Kugeln durch die rechte Schläfe. Duzwellige Bewohner fanden den Lebensmüden mit dem Tode ringend vor. Ueber die Motive der Tat vermochte der Soldat keine Auskunft mehr zu geben. In seinem Besitz fand man noch vier schäbige Patronen und 11,25 R. bares Geld vor. Seine Leiche wurde in das Schauhaus gebracht.

Die Mischung der Josetti Vera Cigaretten vereint alle Eigenschaften feinsten Türkischer Tabake in vollkommener Weise. Aromatisch, rein im Geschmack, gehaltvoll und doch milde.

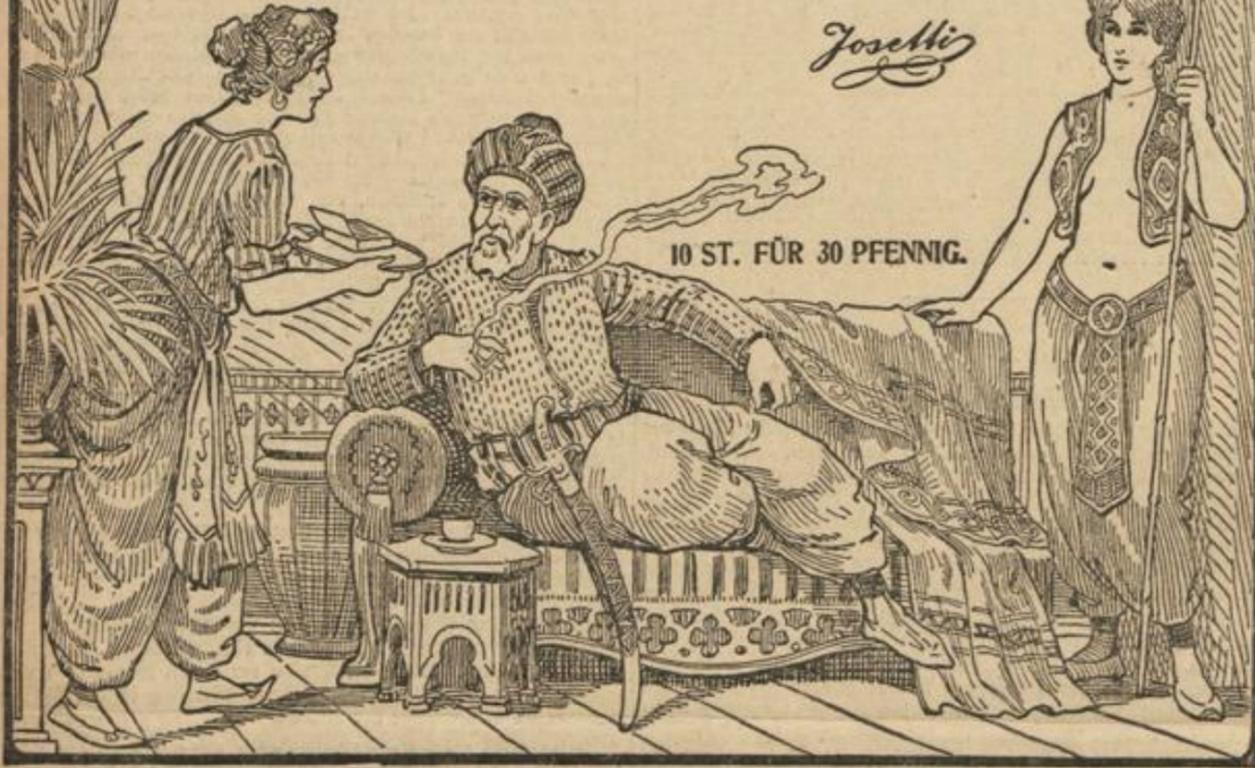
JOSETTI VERA

CIGARETTEN

bieten zu mässigem Preis die Qualitäten, welche für Cigaretten zu doppelten Preisen als deren hervorragende Eigenschaften in Anspruch genommen werden.

10 ST. FÜR 30 PFENNIG.

Josetti



Partei-Expeditionen:

Zentrum I: Reich Straße, Kaiserstr. 89.
Zentrum II: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Kochstrasse.
2. Wahlkreis, Berlin: Gustav Schmidt, Kirchhofstr. 14, Hofpartei.
Süd- und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Pauli, Brunnstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Hildersdorferstr. 3, am Schützenplatz. — Wilhelm Rann, Rudowstr. 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Zauslerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Anders, Salwedelerstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Beike, Bogardstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Alderstr. 36, Eingang Anflamerstrasse.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Steintorstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lohenerstr. 123.
Alt-Glienke: Wilhelm Dörre, Rudowstr. 83 II.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenheimerstr. 1, Ecke Goethestr. Laden.
Wilmerdorf-Halensee: Georg Feese, Berlinerstr. 46, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seifert, Kronprinzenstr. 50, I.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, Alt-Boxhagen 56.
Grünau: Otto Schröder, Köpenickerstr. 1.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeiffer, Bohnsdorf, Genossenschaftshaus.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Tumpstr. 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Maria Luthert. 51, im Laden.
Tempelhof: W. Müller, Berlinerstr. 41/42.
Ober-Schöneberg: Julius Grunow, Edlstr. 10, I.
Nieder-Schöneberg: Bonafonski, Haffelmerderstr. 8.
Johannisthal: Franz Hünold, Kaiser Wilhelmstr. 15 III, Eingang Parkstrasse.
Adlershof: Frick Steuer, Hadenbergstr. 5, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Rudowwalderstr. 1b.
Köpenick: Friedrich Bold, Riekerstr. 6, Laden.
Friedenau-Steglitz-Südende: F. Bernsee, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: F. Mohr, Duppelstr. 32, und Fr. Scheibele, Ahornstr. 15a.
Mariendorf: Hermann Reichardt, Chausseest. 77.
Baumschulenweg: Stief, Ernststr. 2, II.
Trepzow: Hob. Gramenz, Rielholzstr. 412, Laden.
Neu-Weissensee: Kurt Kührmann, Sebanstr. 105, parterre.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: F. Gursch, Brunnstr. 4, Ecke Grünweg (Eingang Grünweg).
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Kienast, Forsthaus, Rauschstr. 10.
Pankow-Niederschönhausen: G. Freiwaldt, Rühlstr. 73.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Hohenstr. 74, part.
Eichwalde, Zeuthen, Mierdorf und Hankels Ablage: Wilh. Gräb, Eichwalde, Kronprinzenstr. 83, I.
Teltow: Wilhelm Reyle, Hohenstr. 7.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Priesterstr. 46.
Spandau: Köppen, Bagowstr. 9.
Hahnsdorf und Kaulsdorf: Albert Schmidt, Hahnsdorf, Weigstr. 2.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden.

Allen Parteigenossen, Freunden und Bekannten die herzlichsten Glückwünsche zur Jahreswende.

Robert Schulz
Ober-Schöneberg, Tabbertstr. 5.

Allen meinen werten Vätern und Vereinen, die mich in diesem Jahre beehrten, wünsche ich ein fröhliches neues Jahr! Zugleich bringe ich mein herzlich am Balde gelegenes Totale in empfehlende Erinnerung. 1896/97

Restaurant Waldschlößchen
Eichwalde
Emil Witte.

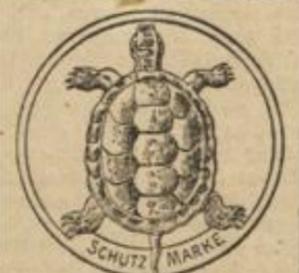
Zum Silvester lebende Karpfen.
Grote, Badstr. 45/46.

Theater an der Spree
Köpenickerstr. 68, dicht am Bahnhof Jannowitzbrücke
Täglich 8 Uhr:

Hokuspokus
Neue Berliner Posse m. Gesang u. Tanz von Louis Herrmann.
Neu! Neu! Auf schriftl. od. teleph. Bestell. (IV. 2835) werden 4 Billets in Berlin u. sämtl. orten gegen Nachn. (ohne jede Preisermäß.) in die Wohnungen geschickt!

Das größte Zugstück der Saison!
Hygienische Bedarfsartikel, Gummivarren, 10000 Anork. V. Prof. u. Arzt, empf. bill. Apoth. S. Schwelzlers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang

Glas- und Porzellanwaren-Geschäft von Jacob Guthrodt
(früher Friedrichstr. 13) jetzt Yarkstr. 63 u. Gnelsonstr. 22. Rief. Nachm. I. Weihnachtsgeschenken. Vorzeigedies. Annonce erhalten 10 Proz. Rabatt.



Albert Marquard
Berlin, Neanderstr. 26
Weingroßhandlung u. Likörfabrik
empfiehlt zum

Sylvester
Bordeaux-, Rhein- und Moselweine
Ferner
feinst. Rum per Flasche 1.50-5.00
Arrak . 1.00-3.75
Cognak . 1.75-6.00
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch
per Ltr. 3.00 u. 3.50,
feinen Punsch-, Grogk- und Glühwein-Extrakt
per Ltr. 1.00-2.50.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalten, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt. Liefer. f. Orts- u. Hülfskrankentassen. Berlin N. 5801

jetzt Göttinger-Strasse 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenen, angenehm u. reich an Körper.

Unserem
Friede Linde
zu seinem 56. Weichenste ein dreimal donnerndes Hoch!
Die Genossen aus der moralischen Kollateralkammer (Grünstr.)
G. W. W. H. W. B. A. A.
Unserem Weichenstebruder Wilhelm Glaser zu seinem 57. Weichenste ein dreifach donnerndes Hoch!!!
Die Weichenstebrüder von Gemütlichkeit I.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Steglitz.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Maler
Wilhelm Klein
mohndhaft Herderstr. 7, verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Gemeinde-Friedhofes aus statt. 203/20
Um zahlreiche Beteiligung erucht Der Vorstand.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kollege
Wilhelm Klein
am 29. Dezember verstorben ist. Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar 1906, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Steglitzer Kirchhofes aus statt.
Um rege Beteiligung erucht 126/10 Die Ortsverwaltung

Zentral-Verband der Töpfer Deutschlands. Filiale Berlin.
Todes-Anzeige.
Am Sonntag, den 29. Dezember, verstarb plötzlich der Kollege
Albert Lehmann
(Wegfall Schönhauser Vorstadt) im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar 1906, mittags 12^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Um rege Beteiligung erucht 201/17 Der Vorstand.

Kranken - Unterstützungs - und Begräbnis-Verein für Bau- und gewerbliche Hülfсарbeiter Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am 27. Dezember starb nach langem Leiden unser treues Mitglied, der Bauarbeiter
Albert Bohndorf
im 42. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des südlichen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung erucht 37/7 Der Vorstand.

Am Sonnabend, den 23. Dez., verstarb nach langem schweren Leiden unser einziger Heber Sohn
Richard Gundelach
im 30. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Dienstag, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhaus, Rantestellstr. 105, nach dem St. Emmaus-Kirchhof statt.
Um stille Teilnahme bitten Paul Gundelach u. Frau.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Feiner Hamburger Familien-Kaffee-Ersatz.
Vorzügliches Kaffeegetränk von hohem Nährwert, aus gerösteten Röhbohnen hergestellt von
Ferd. Kleiner, Hamburg.
Detail-Verkaufspreise: 1/2 Pfund 50 Pf., 1/4 Pfund 25 Pf., 1/8 Pfund 15 Pf. In allen Kolonialwarenhändl. käuflich. 11079

Engros-Vertrieb Fritz Markgraf, Berlin NO. und Lager: Neue Königstr. 5.
H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1271

Am Sonntagabend 7^{1/2} Uhr, starb nach kurzem Krankenlager unser hochverehrter Kollege, der Schriftleiter
Adolf Niecke
im 62. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 1. Januar, nachmittags 3 Uhr, auf dem Parochial-Kirchhof, Bogdamerstr. 111.
Die Kollegen der Vossischen Zeitung.

Typographia.
Den Mitgliedern die betrieblende Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, Kollege
Adolf Niecke
im 62. Lebensjahre, am Sonntag, den 29. d. M., abends 7^{1/2} Uhr, plötzlich verstorben ist.
Wir werden seiner stets in Ehren gedenken.
Die Beerdigung findet am Neujahrstage, nachmittags 3 Uhr, auf dem Parochial-Kirchhof, Bogdamerstr. 111, Ecke Mainzerstr. 111, statt.
Die Sängere werden gebeten, recht zahlreich an der Beerdigung teilzunehmen. Der Vorstand.

Verband der Lithographen, Steindruckere u. verw. Berufe. (Deutscher Senefelder-Bund.)
Todes-Anzeige.
Am 28. Dezember 1907 verstarb unser Kollege, der Lithograph
Otto Hoffmann
im Alter von 24 Jahren an Lungentuberkulose.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, aus statt.
Die Verwaltung der Filiale III.

Invaliden - Unterstützungskasse d. Steindruckere u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 28. Dezember verstorbenen Lithographen
Otto Hoffmann
findet statt am Dienstag, den 31. Dezember, nachmittags 3^{1/2} Uhr, von der Leichenhalle des Heiligen-Kreuz-Kirchhofes, Mariendorf, 23626 Das Komitee.

Verband d. baugewerblichen Hülfсарbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk Köpenicker Vorstadt.
Nachruf.
Am Sonntag, den 23. Dez., verstarb unser langjähriges Mitglied, der Unterträger 48/17
Gustav Wolf
im Alter von 47 Jahren an der Prostatalektkrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Der Zweigvereinsvorstand.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Klempners
Willi Winkler
sage ich den Kollegen u. Kolleginnen, sowie dem Sozialdemokr. Arbeiter- und Metallarbeiter-Verband, und vor allem dem Chef der Firma Emmerich u. Schöning meinen besten Dank.
Wwe. Martha Winkler.

Dankagung.
Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen haben, insbesondere dem Verband der Dachdecker, sowie für die reiche Straußspende sage ich meinen besten Dank.
22496
Witwe Volgt.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, unter Mariannen-Strasse 2.

Soziales.

Aus Ost- und Westpreußen.

Die Verichte der Landesversicherungsanstalten „Ostpreußen“ und „Westpreußen“ lassen erkennen, wie traurig die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter ist.

In beiden Versicherungsanstalten dominiert das agrarische Element und können deshalb beide Verichte nicht denen mit überwiegender industrieller Bevölkerung gleichgestellt werden.

„Westpreußen“ nimmt sich der notleidenden Landwirtschaft direkt an. Auf Seite 23 des Verichts heißt es: „Zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses sind 1564 000 Mark ausgeliehen worden.“

„Ostpreußen“ hat dagegen dem „Armenunterstützungsverein zur Verhütung der Vettelei“ die Summe von 44 866,23 M. und dem Gemeindefiskusrat Drensfurt eine Hypothek für das Jünglingsheim“ gegeben.

Die „Vettelei“ soll verhütet werden, deshalb gewährt man die „hohen Altersrenten“, die laut Vericht in „Westpreußen“ durchschnittlich sich auf 147,37 pro Jahr stellen!

Die Invalidenrenten stellen sich durchschnittlich bei Männern auf 156,59 M., bei Frauen auf 130,31 M. pro Jahr.

In „Ostpreußen“ wurden im Jahre 1906 insgesamt 9363 Anträge auf Invalidenrente gestellt (1905: 10 791) in „Westpreußen“

4747 Anträge (1905: 5 322).

Davon wurden in „Ostpreußen“ nur 4939, in „Westpreußen“ nur 2989 bewilligt! Wo bleibt die „Rentenfürsorge“?

„Ostpreußen“ berichtet, daß eine umfassende Revision der Rentenempfänger vorgenommen wurde und dadurch 343 Renten entzogen werden konnten, so daß nur noch 44 007 „Rentner“ für Invalidenrenten vorhanden sind.

„Westpreußen“ hat leider keine vergleichenden Zahlen angegeben, sondern man kann nur aus den Ausgabenbüchern den Rückgang der Altersrenten erkennen. Es wurden für Altersrenten herausgibt:

im Jahre 1905: 452 704,26 M.

1906: 409 486,63 „

Für Heilverfahren hat „Ostpreußen“ im Berichtsjahre 301 776,72 M., „Westpreußen“ 163 046,45 M. verausgabt.

Wie sehr die Krankenversicherung in diesen Provinzen noch im Argen liegt, ergibt sich daraus, daß z. B. „Ostpreußen“ von den Krankenkassen nur 16 174 M., „Westpreußen“ 10 940 M. Ersatzleistungen zurückerhielt!

Ueber die Landflucht geben uns beide Verichte interessante Aufschlüsse. „Ostpreußen“ schreibt:

„Von den hier aufbewahrten Quittungskarten waren aus den Bezirken fremder Versicherungsanstalten, also von solchen Personen, die aus Ostpreußen verzogen sind, eingegangen:

bis Ende 1905 708 140 Quittungskarten (darunter 71 939 Nr. 1)

im Jahre 1906 80 410 („ 4 489 „ 1)

zusam. Ende 1906 788 550 Quittungskarten (darunter 76 428 Nr. 1)

Von Versichererten, die aus fremden Anstaltsbezirken nach Ostpreußen verzogen, sind eingegangen und an die betreffenden Anstalten abgegeben:

bis Ende 1905 123 823 Quittungskarten (darunter 16 020 Nr. 1)

im Jahre 1906 14 574 („ 978 „ 1)

zusam. Ende 1906 138 397 Quittungskarten (darunter 16 998 Nr. 1)

„Westpreußen“ berichtet:

„Um eine Vergleichung des Austausch eigener und fremder Quittungskarten zu ermöglichen, haben wir die in dem vorjährigen Geschäftsbericht aus diesen Jahren veröffentlichten Ergebnisse hier mit zum Abdruck gebracht.

Table with columns: Namen der Versicherungs-Anstalt, im Jahre 1903 (eigene, fremde), im Jahre 1904 (eigene, fremde), im Jahre 1905 (eigene, fremde), im Jahre 1906 (eigene, fremde). Rows include Summa and various provinces like Westpreußen, Brandenburg, etc.

Wohin das ländliche Proletariat strömt, erstieht man aus der folgenden Zusammenstellung: Die Versicherungsanstalt „Berlin“ gab im Jahre 1905: 15 631 Karten nach „Westpreußen“ zurück und erhielt von dieser nur 822.

„Brandenburg“ gab 16 759 Karten zurück und erhielt 1 847 „Rheinproving“ 7 545 „ „ 888 „Westfalen“ 7 045 „ „ 447 „Hannover“ 2 917 „ „ 338

Welche „hohen Löhne“ in der Provinz Westpreußen bezahlt werden ergibt sich auch aus dem Vericht. Es heißt da:

Der Erlös aus dem Markenverkauf verteilt sich auf: a) 4 620 196 Wochenbeiträge I. Lohnklasse 14 Pf. b) 5 121 282 „ „ II. „ 20 „ c) 2 008 430 „ „ III. „ 24 „ d) 957 684 „ „ IV. „ 30 „ e) 601 576 „ „ V. „ 38 „

zusammen 13 308 968 Wochenbeiträge

Mit anderen Worten: über 4 1/2 Millionen Wochenbeiträge wurden entrichtet von Personen, die weniger als 1,20 M. Tageslohn hatten, über 5 Millionen von Personen, die 1,20 M. bis 1,80 M. Tagesverdienst, über 2 Millionen Marken von Personen, die 1,80 bis 2,80 M. verdienten und nur 1 1/2 Million Marken von Personen, die mehr als 2,80 M. pro Tag verdienten!

Und gegenüber solchen Verhältnissen sucht der Bloß die Erfüllung der sozialdemokratischen Forderung zu bereiten, menschenwürdige Verhältnisse für die Landarbeiter zu schaffen, und ruft nach neuen Härtemaßnahmen gegen die Landarbeiter! An die ausländischen Arbeiter, gegen die vom 1. Februar ab mit den Staatsverträgen unvereinbare Legitimationsbeschränkungen eingeführt werden sollen, um die nach Deutschland Gelodeten von einer Flucht vor den agrarischen Gefilden abzuhalten, kann nicht dringend genug der Ruf gerichtet werden: Laßt Euch nicht nach Preußen anwerben! Der Niederhaltung der Lebenslage der deutschen Arbeiter gilt die Verschärfung der in Deutschland fast rechtlosen ausländischen Arbeiter.

Konferenz der Drechler Deutschlands.

Leipzig, den 29. Dezember.

Die Drechler der verschiedenen Branchen halten in Leipzig eine Konferenz ab, um die gewerblichen und organisatorischen Verhältnisse zu beraten.

Dieser allgemeinen Konferenz ging heute eine Konferenz der Knopfabriker voraus. Berieten waren die Orte: Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Hartha, Gardelegen, Frankfurt am Main, Frankenhäusen, Göhring, Kelbra und Schmölln. Ferner sind vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Genossen Leipzig, Becker und Weinhardt, für den Drechlerverband Oesterreichs die Genossen Sukaned, Reische und Roth erschienen. Die Tagesordnung lautete: Die Lage in der Knopfindustrie und die Möglichkeit eines Einheitsstarifes.

Riedel-Schmölln referierte über die Lage in der Knopfindustrie.

Schmölln ist in Deutschland die Knopfmopolopol; es sind da etwa 1200 Personen beschäftigt. In der Hauptsache werden Steinnußknöpfe hergestellt. Die Knopfindustrie wurde in den 30er und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts eingeführt. Mit der Einführung der Maschinen ging es mit den Lohnabzügen los. Jeden Lohnabzug suchten die Arbeiter durch vermehrte Tätigkeit auszugleichen; freilich vergeblich. Jede vermehrte Tätigkeit reizte die Unternehmer zu immer neuen Abzügen. Es wurden schließlich die Abzüge nicht in Geldform gemacht, sondern man führte in Schmölln das sogenannte Leberwurstsystem ein. Dieses besteht nun darin, daß die Arbeiter statt 144 Stück 168-170 pro Gros machen müssen. Alle bisherigen, zum Teil langwierigen Kämpfe vermochten dieses Ausbeutungssystem nicht zu beseitigen. Die Unternehmer hielten den Arbeitern bei jeder Lohnbewegung die ausländische Konkurrenz, sowohl die österreichische wie die italienische entgegen.

Lange Zeit hindurch hintertrieben die Unternehmer die Organisierung der Arbeiter durch Mafregelung der agitatorisch tätigen Kollegen sowie durch allerlei andere Mittel. Erst als die Unternehmer 1894 einen 75prozentigen Lohnabzug zu machen versuchten, erhoben sich die Arbeiter und wehrten sich durch partielles Streiken mit Erfolg dagegen. Der Durchschnittsverdienst beträgt in Schmölln 16,75 M. wöchentlich. Neben dem Fabrikbetrieb gibt es in der Knopfindustrie auch die Heimarbeit. Frauen und Kindern wird für das Gros Knöpfe aufnähen 2 Pf. gezahlt. Erst das Kinderzuschußgesetz hat hier etwas gebessert.

Eine andere Methode, den höheren Lohn wieder hereinzubekommen, wenden die Unternehmer mit der Lieferung schlechteren Materials an. Sehr zugute kommt den Unternehmern der Umstand, daß sie keine Lehrlinge ausbilden brauchen. Jeder ungelernete Arbeiter kann bei der Arbeitsmethode in Schmölln arbeiten. Jetzt

muß man erst mit der Lohnregulierung da anfangen, wo die niedrigen Löhne gezahlt werden, um dann auf einen Einheitsstarif zu kommen.

Reische-Wien entwarf nun ein sehr düsteres Bild von der sozialen Lage der Knopfabriker Oesterreichs. Die Unternehmer klagten dort über den Mangel an jungen Arbeitern in derselben Zeit, als sie die Arbeiter mahregelten, weil sich diese organisierten. Der Redner schilderte die Entwicklung der Knopfindustrie, namentlich soweit es die Steinnußknopfindustrie betrifft. Lange Zeit hindurch glaubten die Arbeiter, daß die Maschine einzuführen unmöglich sein werde; heute freilich ist dies entschieden, soweit die Steinnußknopfindustrie in Frage kommt. In Nordböhmen mag es etwa 2000, in Wien 600 Knopfabriker geben. In Wien sind die Knopfabriker gut organisiert. Im einzelnen schilderte der Redner die Kämpfe mit den Unternehmern und die ungeheuren Schwierigkeiten beim Organisieren der Arbeiter. In den verschiedenen Bezirken der Knopfindustrie dominiert die Heimarbeit mit all ihrem Elend: Frauen- und Kinderarbeit, erbärmliche Löhne, Zwischenmeisterium. In manchen Orten sind die Bauarbeiter im Winter hausindustrielle Knopfabriker. Statt daß die Fabrikanten selbst die Maschinen kaufen, muß sie der Heimarbeiter anschaffen. Selbst bei diesen traurigen Verhältnissen ist es doch vorgekommen, daß sich die Arbeiter erhoben und Lohnforderungen gestellt haben. Bei einem solchen Streit hat der böhmische Fabrikant Riesel bei Arbeiter auf Schadenersatz verklagt, wobei es dann offensichtlich wurde, um die Schadenersatzsumme festzustellen, was die Unternehmer an den Arbeitern verbieten. Der Arbeiter, der einen Gulden Lohn bekommt, hat dem Unternehmer zwei Gulden verdient.

Recht treffend wurden die antisemitischen gesinnten Klein- und Zwischenmeister gezeichnet, daß sie beim Großunternehmer, dem Juden, sich gegenseitig unterbieten und so das Geschäft herunterbringen. In Karbis sind die Kinder der Frauen den ganzen Tag über mit in der einen Knopfabrik. So verschieden wie die Löhne ist auch die Arbeitszeit. In Wien besteht die 8stündige, in Leipzig in einem Betriebe die 9 1/2stündige und sonst die 10- bis 12stündige Arbeitszeit. Die Unternehmer suchen die Organisierung der Arbeiter durch alle terroristischen Mittel zu verhindern. Das Leberwurstsystem kennt man in Oesterreich nicht, dafür aber das Prämiensystem. Im allgemeinen hat die technische Entwicklung die Lage der Arbeiter in der Knopfindustrie verschlechtert.

Böttcher-Frankenhäusen referierte nunmehr über die Möglichkeit eines Einheitsstarifes.

Zunächst verbreitete er sich über die Einführung der Perlmutterknopfindustrie und deren Entwicklung in Deutschland. Der Hauptort der Perlmutterknopfindustrie Deutschlands ist Frankenhäusen. Weitläufiger als in den Steinnußknopfbetrieben war die Einführung der Maschine in den Perlmutterknopfbetrieben. Ein Einheitsstarif wäre für gewisse Grundarbeiten sehr wohl möglich, einzuführen. Vor allem müsse versucht werden, an Stelle des Akkordlohnes den Wochenlohn einzuführen. Der Redner schlug schließlich vor, eine Kommission einzusetzen, die die Grundlage für einen Einheitsstarif auszuarbeiten solle.

In der nun folgenden Debatte gab der Wiener Delegierte Sukaned ein ausführliches Bild über die Verhältnisse in der Perlmutterknopfindustrie Oesterreichs. Daß die Technik in der Perlmutterknopfindustrie einziehen werde und diese umwälze, hält der Redner für unwahrscheinlich.

Die Delegierten der obengenannten Orte schilderten nun ausführlich die örtlichen Verhältnisse, wobei sich zeigte, daß sowohl die Löhne als auch die Arbeitszeit an einem und demselben Orte sehr verschieden sind.

Das Vorstandsmittglied Becker faßte die Debatte dahin zusammen, daß an die Einführung des Einheitsstarifes vorläufig nicht zu denken sei; das beweise das ganze vorgebrachte Material.

Die gleiche Auffassung drückte Leipzig aus. Die Abschaffung der Akkordarbeit könne jetzt nicht gefordert werden. Vielleicht werde es später möglich sein, einen Einheitsstarif aufzustellen. Vor allem aber müsse die Heimarbeit abgeschafft werden, ebenso der unwürdige Zustand, daß Arbeiter dem Unternehmer noch Rohmaterial liefern. — Die Konferenz stimmte seinem Vorschlage auf Einsetzung einer viergliedrigen Kommission zu, die Vorschläge auszuarbeiten hat. Dieser gehören außer den beiden Referenten zwei Wiener Genossen an.

Eingegangene Druckschriften.

18. Jahres- und Kassenbericht der Berliner Gewerkschaftskommission und Bericht des Arbeitersekretariats Berlin 1906. 81 Seiten. Verlag der Berliner Gewerkschaftskommission, Berlin, Engel-Platz 15. Kann und soll das Englische an unteren Gummifäden als obligatorisches Verbot eingeführt werden? Von Prof. Dr. Wellmann. Verlag: Paulsen u. Rühlbrecht, Berlin, Französischer Platz 23.

Kaufhaus Gebr. Preuss
Beussel-, Ecke Huttenstraße
wünschen ihren lieben Kunden, Freunden und Gönnern
ein glückliches neues Jahr!

